

Genehmigt: 21.08.2025

Protokoll 11

Stadtratssitzung

Donnerstag, 12.06.2025, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr

Rathaus, Grossratssaal

Für das Wortprotokoll mit Audio beachten Sie unser [Audioprotokoll](#) auf der Website.

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr.....	3
2024.SR.0254.....	4
1 Begrüssung und Mitteilungen.....	
2025.SR.0075.....	5
2 Protokoll Stadtrat 08 vom 24.04.2025; Genehmigung.....	
2025.SR.0152.....	5
3 Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS): Ersatzwahl.....	
2025.SR.0170.....	6
4 Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU): Ersatzwahl.....	
2021.BSS.000055	6
5 Wahl in Schulkommission.....	
2025.SR.0109.....	7
6 Dringliche Motion: Auslagerung Kitas Stadt Bern aus der Kernverwaltung.....	
2024.SR.0292.....	19
7 Postulat Micieli Matteo (PdA), Joggi Raffael (AL): Kinderbetreuung zu Randzeiten: Überprüfung der Nachfrage und möglichen Lösungsansätzen.....	
2024.SR.0291.....	25
8 Motion Bernhard Hess (SVP): Angemessene Kleidung an Stadtberner Schulen.....	
Schluss der Sitzung: 18.59 Uhr.	32
Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:30 Uhr.....	33
2024.SR.0291.....	34
8 Motion Bernhard Hess (SVP): Angemessene Kleidung an Stadtberner Schulen.....	
2024.SR.0302.....	36
9 Postulat Fraktion SP/JUSO (Bernadette Häfliger, SP/Emanuel Amrein, SP/Cemal Özçelik, SP): Ergänzungsleistungen für Working-Poor Familien.....	
2024.SR.0135.....	43
10 Teilrevision Geschäftsreglement des Stadtrats: Änderungsantrag Fraktion SVP: mangelhafte Antworten (GRSR).....	
2024.FPI.0013	46
11 WLAN Access Points und Switches base4kids: Ersatz; Investitionskredit.....	

2019.FPI.000126.....	50
12 Entwicklung Viererfeld/Mittelfeld; Abgabe einer Landfläche im Baurecht an die Pensionskasse der Technischen Verbände (Baustein O51)	
2024.SR.0303.....	53
13 Postulat Fraktion SP/JUSO (Bernadette Häfliger/Lena Allenspach, SP): GüWR-Kriterien für armutsgefährdete Personen erweitern	
2019.SR.000258	57
14 Postulat Fraktion SP/JUSO (Bernadette Häfliger, SP): Gesellschaftliche Auswirkungen der digitalen Transformation in der Stadt Bern	
2023.SR.0123.....	59
15 Postulat Fraktion GB/JA (Katharina Gallizzi / Franziska Geiser / Mirjam Arn, GB): Denkmalschutz und energetisch nachhaltigen Sanierungsbedarf in Einklang bringen	
Verschieden und eingereicht	63
Schluss der Sitzung: 22.30 Uhr.....	65

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr

Stadtrat anwesend

Tom Berger, Präsident

Valentina Achermann
Janina Aeberhard
Nadine Aebischer
Timur Akçasayar
Debora Alder-Gasser
Lena Allenspach
Emanuel Amrein
Mirjam Arn
Oliver Berger
Natalie Bertsch
Lea Bill
Laura Binz
David Böhner
Laura Brechbühler
Carola Christen
Francesca Chukwunyere
Laura Curau
Andreas Egli
Nik Eugster
Alexander Feuz
Jelena Filipovic
Sofia Fisch
Dominik Fitze
Katharina Gallizzi
Franziska Geiser

Helin Genis
Thomas Glauser
Bernadette Häfliger
Georg Häsler
Bernhard Hess
Dominique Hodel
Thomas Hofstetter
Stephan Ischi
Monique Iseli
Ueli Jaisli
Bettina Jans-Troxler
Anna Jegher
Raffael Joggi
Nora Joos
Ingrid Kissling-Näf
Fuat Köçer
Mirjam Läderach
Anna Leissing
Corina Liebi
Maurice Lindgren
Nicolas Lutz
Denise Mäder
Esther Meier

Salome Mathys
Matteo Micieli
Szabolcs Mihályi
Tanja Miljanovic
Dominic Nellen
Roger Nyffenegger
Cemal Özçelik
Chantal Perriard
Ronja Rennenkampff
Mirjam Roder
Sarah Rubin
Michael Ruefer
Judith Schenk
Lukas Schnyder
Tobias Sennhauser
Chandru Somasundaram
Michelle Steinemann
Ursula Stöckli
Irina Straubhaar
Johannes Wartenweiler
Lukas Wegmüller
Béatrice Wertli
Janosch Weyermann

Stadtrat entschuldigt

Gabriela Blatter
Michael Burkard
Seraphine Iseli

Barbara Keller
Nora Krummen
Shasime Osmani

Mehmet Özdemir
Simone Richner

2024.SR.0254

1 Begrüssung und Mitteilungen

Präsident: Geschätzte Anwesende, es ist Zeit, mit der heutigen Sitzung zu starten. Ihr kennt es, ich bitte euch jetzt, an eure Plätze zu gehen, euch zu setzen und den Geräuschpegel runterzufahren. Ich gebe euch wie immer als Erstes die Entschuldigungen bekannt. Für beide Sitzungen abgemeldet haben sich Seraphine Iseli, Grünes Bündnis, Barbara Keller, SP, Gabi Blatter, GLP, Simone Richner, FDP, Michael Burkard, GFL, Shasime Osmani, SP, und Mehmet Özdemir, SP. Zu Mehmet komme ich nachher noch. Etwas später kommt Mirjam Roder von der GFL. Rücktritte gibt es heute keine, aber wir haben ein neues Ratsmitglied. An der letzten Sitzung haben wir Sybil Eigenmann verabschiedet. Für sie neu im Rat ist seit heute Andreas Egli. Ich mache keinen Witz über den Namen und bin gespannt, ob man ihm Andi Egli sagen darf, weil ich witzig fände. Und für alle medizinischen Notfälle: Andreas Egli ist Arzt. Dann könnt ihr nachträglich zum Geburtstag gratulieren. Am Dienstag hatten Ingrid Kissling-Näf und Seraphine Iseli Geburtstag. Seraphine hat diesen Geburtstag offensichtlich krank verbracht. Und gestern hatte Gabi Blatter Geburtstag. Dann habe ich eine sehr wichtige Mitteilung für euch. Ihr habt alle die Einladung zur nächsten Session des Kinderparlaments (KiPa) erhalten. Die Kinderparlamentssession findet am Donnerstag, 19. Juni von 14 Uhr bis 15.45 Uhr hier in diesem Saal statt. Ganz wichtig: Dieses Mal ist das Motto der Session "Frage den Stadtrat". Und damit man jemanden fragen kann, braucht es Leute aus dem Parlament. Wir hatten vor 2 Wochen einen Austausch zwischen dem Parlament des Stadtrats und dem Parlament des KiPas und ich kann euch im Namen des Büros des Kipas den ausdrücklichen Wunsch überbringen, dass sich das KiPa immer sehr, sehr freut, wenn an seinen Sessionen Leute aus dem Stadtrat teilnehmen. Ihr nehmt in dieser Situation dann quasi die Rolle der Verwaltung ein und könnt dort hinten, in der hintersten Reihe, Platz nehmen. Und wie gesagt: Nächsten Donnerstag wäre es besonders schön, wenn es funktionieren würde und aus möglichst allen Fraktionen Leute vor Ort wären. Wichtig für die Leute, die diese Sessionen organisieren, wäre, dass ihr euch kurz anmeldet, wenn ihr kommt, damit sie in etwa wissen, wer alles da sein wird. Dann die üblichen Mitteilungen. Bitte vergesst nicht zu badgen. Das Einreichen der Vorstösse ist wie immer: die dringlichen Vorstösse bis 21 Uhr, die weiteren Vorstösse bis 21.30 Uhr. Jetzt habe ich vorhin bei den Abmeldungen gesagt, ich komme noch zurück auf Mehmet Özdemir. Mehmet wurde letzte Woche zum zweiten Mal Vater. Wir können die Geburt seines Sohnes Vincent Eray feiern. Es hat vorne wieder eine Karte, die ihr sehr gerne alle unterzeichnen könnt. Uns liegen zwei Anträge vor, die ihr auf der Antragsliste habt. Der erste Antrag ist ein Ordnungsantrag der Fraktion Mitte, ein Antrag auf Schluss der Diskussion. Die Fraktion Mitte beantragt, dass bei den Traktanden 14 und 15 keine Debatte durchgeführt wird. Wir stimmen über diesen Antrag ab. Wenn ihr ihn annehmt, stimmt ihr Grün, wenn ihr ihn ablehnt, stimmt ihr Rot.

Ordnungsantrag 1

Mitte

Antrag auf Schluss der Diskussion (Art. 51 GRSR):

Bei den Traktanden 14 («Gesellschaftliche Auswirkungen der digitalen Transformation in der Stadt Bern») und 15 («Denkmalschutz und energetisch nachhaltigen Sanierungsbedarf in Einklang bringen») wird auf eine Debatte verzichtet.

Abstimmung Nr. 005

2024.SR.0254: Ordnungsantrag 1

Ablehnung

Ja	25
Nein	31
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Dann liegt uns ein Antrag der Fraktion SVP vor, ein Antrag auf Diskussion zu einem aktuellen Ereignis, gestützt auf Artikel 49 GRSR. Es geht um die Demonstration und den Polizeieinsatz vom 24. Mai. Wenn ihr diese Diskussion gewähren wollt, stimmt ihr Grün und sonst Rot.

Ordnungsantrag 2

SVP

Antrag auf Diskussion zu einem aktuellen Ereignis (Art. 49 GRSR):

Diskussion zu Demonstration und Polizeieinsatz vom 24.05.2025 in Bern.

Abstimmung Nr. 006

2024.SR.0254: Ordnungsantrag 2

Ablehnung

Ja	15
Nein	42
Enthalten	0

Präsident: Damit ist der Antrag abgelehnt.

2025.SR.0075

2 Protokoll Stadtrat 08 vom 24.04.2025; Genehmigung

Präsident: Wir kommen somit als nächstes zum Traktandum Nummer 2. Das ist eine Protokollgenehmigung. Es geht um das Protokoll der Stadtratssitzung vom 24. April 2025. Es liegen uns keine Änderungsanträge vor. Ist dieses Protokoll bestritten? Das ist nicht der Fall, dann gilt dieses Protokoll als genehmigt.

Stillschweigende Genehmigung

2025.SR.0152

3 Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS): Ersatzwahl

Antrag 1

Mitte

Als Mitglied nominiert die Fraktion Mitte Nicolas Lutz (Mitte) für die zurückgetretene Sibyl Eigenmann (Mitte)

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 3. Es geht um die Wahl in die Kommission PVS, eine Ersatzwahl. Als Ersatz für die zurückgetretene Sibyl Eigenmann nominiert die Fraktion Mitte Nicolas Lutz als Mitglied. Gibt es weitere Kandidaturen? Gibt es Diskussionsbedarf? Das scheint nicht der Fall zu sein. Wer Nicolas Lutz als Mitglied in die PVS wählen will, bezeugt das bitte mit Handerheben. Gibt es hier eine Enthaltung? Das ist nicht der Fall, dann gratuliere ich zur einstimmigen Wahl.

Einstimmige Wahl

2025.SR.0170

4 Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU): Ersatzwahl

Antrag 1

Mitte

Als stellvertretendes Mitglied nominiert die Fraktion Mitte Andreas Egli (Mitte) für den zurückgetretenen Nicolas Lutz (Mitte)

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 4. Es geht um die Ersatzwahl des stellvertretenden Mitgliedes in die Kommission RWSU. Hier tritt Nicolas Lutz zurück und die Fraktion Mitte nominiert Andreas Egli als stellvertretendes Mitglied in die Kommission RWSU. Gibt es bei dieser Wahl weitere Wahlvorschläge? Das ist nicht der Fall. Gibt es Diskussionsbedarf? Das ist auch nicht der Fall. Dann stimmen wir auch hier ab über diese Wahl. Wer die Wahl annehmen will, bezeugt das mit Handerheben. Gibt es Enthaltungen? Das ist nicht der Fall. Dann gratuliere ich auch hier zur Wahl.

Einstimmige Wahl

2021.BSS.000055

5 Wahl in Schulkommission

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 5, Ersatzwahl in eine Schulkommission. Hier erteile ich das Wort für die SBK David Böhner.

David Böhner (AL) für die Kommission: Wir werden an der nächsten Stadtratssitzung die Schulkommission komplett neu wählen. Nun ist aber noch ein Rücktritt zu verzeichnen und eine Neuwahl. Zurück tritt Lena Skoko, die Mitglied der Schulkommission der Sprachheilschule Bern war. Wir danken ihr sehr herzlich für die geleistete Arbeit. Und neu nominiert als Mitglied der Schulkommission der Sprachheilschule Bern ist bis am 31. Juli 2025 – wie gesagt, nächstes Mal wählen wir alle neu – Michaela von Albertini. Wir empfehlen sie zur Wahl.

Präsident: Vielen Dank. Gibt es hier weitere Wahlvorschläge? Gibt es Diskussionsbedarf? Das scheint nicht der Fall zu sein. Wer der Empfehlung der SBK folgen will und Michaela von Albertini in die Schulkommission wählen will, bezeugt dies mit Handerheben. Gibt es Enthaltungen? Das ist nicht der Fall, dann schliesse ich mich dem Dank der SBK an das abtretende Mitglied für seinen Einsatz an und ich wünsche dem neu gewählten Schulkommmissionsmitglied viel Spass in der neuen Aufgabe.

Einstimmige Wahl

2025.SR.0109

6 Dringliche Motion: Auslagerung Kitas Stadt Bern aus der Kernverwaltung

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 6. Es geht um die Auslagerung Kitas Stadt Bern aus der Kernverwaltung. Der Gemeinderat hat den Vorstoss in der Form als Motion bestritten, ist aber bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Die Einreichenden haben bereits vor der Sitzung mitgeteilt, dass sie den Vorstoss in ein Postulat wandeln. Ist die Erheblicherklärung dieses Vorstosses in der Form eines Postulats bestritten? – Somit ist der Vorstoss auch als Postulat bestritten und ich erteile den Einreichenden das Wort.

Janina Aeberhard (GLP) für die Einreichenden: Ich erlaube mir, etwas ausführlicher zu werden, weil es mir wichtig ist und weil ich euch wirklich bitten möchte, unserem Vorstoss als Postulat zuzustimmen. Wie Tom bereits erwähnt hat, halten wir nicht an der Motion fest, sondern wandeln in ein Postulat. Es geht uns nämlich um eine Lösungsfindung und nicht um Ideologie. Zum wiederholten Mal führen wir eine Debatte über Kitas. Ich möchte betonen, dass wir uns mit dem Vorstoss keineswegs gegen Kitas aussprechen, im Gegenteil. Ein flächendeckendes und qualitativ gutes Betreuungsangebot ist uns sehr wichtig. Und das gibt es in der Stadt Bern auch dank der Einführung der Betreuungsgutscheine. Ein herzliches Dankeschön möchte ich an dieser Stelle an die Betreuenden in den Kitas aussprechen, die jeden Tag äusserst wertvolle Arbeit leisten. Während sowohl die städtischen als auch die privaten Kitas gute und wichtige Arbeit für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und für einen chancengerechten Start von Kindern ins Leben leisten, müssen wir aber auch anerkennen, dass die städtischen Kitas dies wirtschaftlich gesehen bedeutend weniger nachhaltig tun als private Trägerschaften. Für alle Leistungserbringer sind es herausfordernde Zeiten und einen Betrieb kostendeckend zu führen, ist schwieriger geworden. Kitas Stadt Bern gelingt genau dies, eine kostendeckende Führung ihrer Betriebe, nicht. Wie wir alle bestens wissen, ist das Defizit in der Spezialfinanzierung von Kitas Stadt Bern in den letzten Jahren auf über 8,5 Mio. Franken angewachsen. Das ist eine immense Summe und keine private Trägerschaft könnte sich ein solch hohes Defizit leisten. Dass dieses Defizit in der Spezialfinanzierung in den kommenden Jahren durch Gewinne ausgeglichen werden kann, ist unrealistisch. Diese Meinung teilt auch der Gemeinderat. Die Ursachen für das Defizit mögen vielschichtig sein, sie rühren aber nicht daher, dass Kitas Stadt Bern im Vergleich zu den privaten Leistungserbringern ein besonderes Angebot hat, die tiefsten Tarife hat oder die höchsten Löhne bezahlt. Dessen müssen wir uns bewusst sein. Das wäre eine relativ einfache Erklärung dafür, weshalb eine wirtschaftlich nachhaltige Führung von Kitas Stadt Bern schwer möglich ist. Und nochmals: Ich habe das hier im Rat auch schon einmal gesagt. Es ist auch nicht so, dass die Stadt Bern vor allem dort Kita-Plätze anbietet, wo dies Private nicht tun. Gerade in Quartieren mit dichter Versorgungsquote betreibt auch die Stadt eine oder mehrere Kitas. Aber eben einfach mit dem Unterschied, dass sie damit Defizite anhäuft, die durch die Steuerzahlenden irgendwann ausgeglichen werden müssen, während private Leistungserbringer sich das nicht leisten können. Natürlich, es gibt verschiedene Möglichkeiten, wie die Zukunft von Kitas Stadt Bern aussehen könnte. Wir fordern, dass eine Auslagerung eingehend geprüft wird, und zwar unvoreingenommen. Einige mögen jetzt vielleicht sagen, dass

diese Option im Bericht von Bolz + Partner ja bereits enthalten war und verworfen wurde. Ja, aber dieser Bericht wurde vom Gemeinderat in seiner alten Zusammensetzung in Auftrag gegeben und damit klar unter der Prämisse, dass kein politischer Bedarf nach einem Strategiewechsel vorhanden ist. Das steht so auch explizit im Bericht und das wage ich schwer anzuzweifeln. Ganz offensichtlich läuft doch etwas schief. Die Defizite nehmen zu. Wir alle wissen, dass am Ende die Stadt die Defizitgarantie übernehmen wird, weil die Defizite nicht durch Gewinne gedeckt werden können. Und dann können wir doch nicht ernsthaft einfach weiter zusehen und an der aktuellen Strategie festhalten oder nicht einmal bereit sein, diese ernsthaft und sachlich in Frage zu stellen und nach alternativen Lösungen zu suchen. Mit "tragfähige Lösungen suchen" meine ich auch nicht etwa irgendwelche trägerschaftsbedingten Mehrkosten abgelden, von denen letztlich niemand etwas hat, weil sie weder die Qualität der Betreuung verbessern noch den wirtschaftlichen Handlungsspielraum von Kitas Stadt Bern massgeblich verändern. Genau das möchten wir aber. Und ich bitte euch deshalb, die Forderung wenigstens als Postulat zu überweisen. Ich bin überzeugt, dass es sich lohnt, das nochmals eingehend zu prüfen; gerade jetzt, wo die Auswertung der eingegangenen Vernehmlassungsantworten zur FEBR-Revision (Revision des Reglements über die familienergänzende Betreuung von Kindern) läuft. Und es gibt nicht einfach nur einfach einen Weg, wie eine Auslagerung ausgestaltet werden kann, ob wie Bernmobil oder EWB als ausgelagerte Betriebe im Besitz der Stadt Bern oder wie im Fall des Alters- und Pflegeheims in Kühlewil. Es gibt verschiedene Optionen. Und was letztlich die beste Option ist oder wäre, können wir prüfen lassen und gemeinsam weiter diskutieren. Bitte nutzen wir diese Chance. Herzlichen Dank für eure Unterstützung.

Präsident: Merci vielmals. Ihr könnt euch anmelden für die Fraktionsvoten. Als erstes für die Fraktion SVP, Janosch Weyermann.

Janosch Weyermann (SVP) für die Fraktion: Wir hätten heute natürlich gerne den Vorstoss als Motion überwiesen, aber wir kennen die politische Realität in diesem Stadtrat und hoffen, dass man zumindest das Postulat durchbringt, weil selbst der Gemeinderat es annehmen oder erheblich erklären will. Ja, die SVP war schon immer dagegen, dass die öffentliche Hand Aufgaben übernimmt, die Private genauso gut, wenn nicht sogar besser machen können. Und hier haben wir ein Paradebeispiel dafür, was die Stadt Bern und die öffentliche Hand einfach nicht können. Schaut die Zahlen an. In den letzten 5 Jahren sind fast 9 Mio. Franken Defizite angehäuft worden. Der Gemeinderat sagt selber: Man kann dort nicht mehr herauskommen, selbst wenn man Gewinne macht. Und was macht man jetzt? Man macht irgendwelche Bubentricks. Man ändert die Spielregeln. Wer muss wieder dafür aufkommen? Es sind die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dieser Stadt. Und das ist einfach ein Hohn gegenüber allen privaten Kitas in dieser Stadt, die sich tagtäglich den Arsch aufreissen und, wenn sie mal rote Zahlen schreiben, nicht die hohle Hand machen können und Subventionen von der öffentlichen Hand bekommen. Es gilt ganz klar, das Postulat zu überweisen. Und die Stadt Bern macht mit dem eigentlich nichts anderes, als einfach Kommapatienten mit öffentlichen Geldern über Wasser zu halten, am Leben zu erhalten, denn die städtischen Kitas sind nichts anderes als Kommapatienten. Und das gilt es ganz klar zu verhindern. Die Kitas müssen ausgelagert werden. Man hat es auch gesehen bei Kühlewil, das an Siloah gegangen ist. Dort hat die Stadt auch über Jahre hinweg Defizite geschrieben. Das geht nicht, das ist nicht Aufgabe der Stadt. Und vor allem: Wenn es eben Kitas gibt, so dass es keine Versorgungslücken gibt, dann braucht es nicht auch noch 2-3 städtische Kitas

auf dem Platz, wenn es schon private gibt. Und darum bitte ich euch doch, dem Postulat zuzustimmen. Merci.

Präsident: Merci, als nächstes für die Fraktion SP-JUSO, Lena Allenspach.

Lena Allenspach (SP) für die Fraktion: Ich habe bereits in der Debatte zum Nachkredit ausgeführt, was die Haltung der SP-JUSO-Fraktion zur familienexternen Kinderbetreuung ist und kann mich hier eigentlich nur wiederholen. Für die SP-JUSO-Fraktion ist es klar, dass Elternteile, Familien, alle Zugang zu einem bezahlbaren Kitaplatz haben sollen und dass gleichzeitig die Anstellungsbedingungen in den Kitas gut sind. Kitas gehören zum Bildungssystem, sie sind Teil des Service public und sie dürfen auch etwas kosten. Die Kinderbetreuung ist heute Teil unserer Wirtschaft. Ohne Kitas weniger Wertschöpfung, weniger Produktivität, weniger Fachkräfte im Markt. Würde die Wirtschaft in unserem Land ihre Verantwortung komplett wahrnehmen, würden wir heute Abend hier und jetzt vermutlich nicht über diesen einseitigen Vorstoss debattieren. Aber sie macht es eben nicht. Auch deshalb ist der Gedanke, dass sich die Stadt von den Kitas verabschiedet, verwegen, falsch, um nicht zu sagen, kühn – und keine Option für uns. Der Gemeinderat hat in seiner Antwort auf die Motion ausführlich dargelegt, welche Nachteile die Auslagerung an Dritte oder ein Rückzug mit sich bringen, und weshalb er dies ablehnt. Da diese Varianten auch bereits geprüft wurden und die FEBR-Teilrevision gerade in der Vernehmlassung war, ist es auch obsolet, diesen Vorstoss als Postulat zu überweisen. Entweder wollen wir die Kitas auslagern oder wir wollen es nicht, entweder wir wollen, dass die Stadt Kitas betreibt oder eben nicht. Die SP-JUSO-Fraktion unterstützt den Entscheid des Gemeinderats klar, weiterhin städtische Kitas als Teil des öffentlichen Angebots zu führen. Gerade in einer sich veränderten Angebots- und Nachfragesituation sehen wir die öffentliche Hand in der Verantwortung, Lücken zu schliessen und ein flächendeckendes Grundangebot sicherzustellen, unabhängig von Profitinteressen und Marktbedingungen und mit einem klaren Ziel, allen Kindern die gleichen Startchancen zu ermöglichen. Dementsprechend lehnt die SP-JUSO-Fraktion die vorliegende Motion auch als Postulat klar ab. Liebe Anwesende, in 2 Tagen gehen wir oder einige von uns schweizweit erneut für mehr Gleichstellung auf die Strasse. Eine der zentralen Forderungen des feministischen Streiks sind gute und bezahlbare Kitaplatze. Denn wir wissen es: Altersarmut ist weiblich. Frauen verdienen immer noch massiv weniger als Männer und übernehmen den Grossteil der Carearbeit. Die familienexterne Kinderbetreuung ist ein wichtiges Puzzleteil hin zu mehr Gleichstellung. Und die Stadt erfüllt mit ihren Kitas einen wesentlichen Beitrag für mehr Chancengerechtigkeit und Gleichstellung. Und zu mehr Gleichstellung gehört eben auch, dass in jenen Berufen, die heute vor allem von Frauen ausgeführt werden, endlich bessere Arbeitsbedingungen herrschen. Eine Angleichung der Arbeitsbedingungen nach unten durch eine Auslagerung oder einen Rückzug der Stadt kommt für uns nicht infrage. Eher sehen wir die Verantwortung bei der Stadt, das Lohn- und Ausbildungsniveau zu heben, auch mit Blick auf die gesamte Branche. Die Annahme dieses Vorstosses wäre ein Rückschritt für die Gleichstellung. Und solche Rückschritte erleben wir im Moment wirklich genug.

Präsident: Danke. Für die Fraktion Mitte, Béatrice Wertli.

Béatrice Wertli (Mitte) für die Fraktion: Wir wünschen uns unbedingt auch Gleichstellung und setzen uns mit aller Kraft dafür ein – auch für eine Gleichstellung, wenn es um die Kitas geht. Dieses Ausspielen von privaten gegen städtische Kitas führt uns

nicht weiter. Und genau der Schritt, den der Gemeinderat jetzt gemacht hat, indem er unseren Vorstoss als Postulat annehmen würde, ist ein Schritt aufeinander zu. Und nur so können wir die Problematik und das Thema der flächendeckenden, genügenden, guten Betreuung in unserer Stadt auch lösen. Wir wollen gemeinsam die beste Lösung finden. Und darum braucht es eine Gleichstellung der Kitas – gleich lange Spiesse. Persönlich finde ich es wirklich störend, dass wir in diesem Saal immer wieder hören, man wolle sich nicht mit dem Niveau nach unten angleichen, und damit suggeriert, dass private Kitas schlechtere Betreuung anbieten als die städtischen. Das ist nicht wahr. Und ich denke, alle Mitarbeitenden in privaten Kitas sowie in städtischen würden dies so nicht akzeptieren. Ich finde das sehr störend und es wird diesen Personen, diesen Menschen, die sich täglich für die Betreuung unserer Kinder einsetzen, einfach nicht gerecht. Darum sind wir der Meinung, dass eine Auslagerung der städtischen Kitas aus der Kernverwaltung ein Schritt in die absolut richtige Richtung ist, um ineffiziente Strukturen und überhöhte Personal- und IT-Kosten auch zu beseitigen. Kinder brauchen Betreuung, nicht teure IT-Strukturen und Verwaltungskosten. Die Stadt soll nur dann eigene Kitas betreiben, wenn private Anbieter nachweislich besondere Leistungen nicht erbringen können. Und das bedeutet auch, dass, wenn die Möglichkeit besteht und wenn es einen Bedarf an einer Kita gibt, wirklich geprüft wird, ob eine private Kita diese betreiben könnte, und nicht einfach per Default eine städtische Kita hingestellt wird. Was die Mitte-Fraktion und unsere Partei sich wünscht, ist ein effizienter Mitteleinsatz, faire Wettbewerbsbedingungen, Gleichstellung von städtischen und privaten Kitas, eine Wahlfreiheit – und eine top Betreuungssituation in unserer Stadt. Ich bedanke mich bei euch, dass ihr den Schritt aufeinander zugehen möchtet und unseren Vorstoss als Postulat unterstützen werdet. Vielen Dank.

Präsident: Merci. Als nächstes für die Fraktion AL/PdA/TIF, Raffael Joggi.

Raffael Joggi (AL) für die Fraktion: Ich versuche jetzt das ins rechte Licht zu rücken, was ich bei der Kreditdebatte schon gesagt habe. Es war also nicht so, dass unsere Fraktion der Meinung ist, dass die privaten Kitas nicht genauso gute Arbeit leisten können. Das habe ich so auch nie gesagt. Es ging damals darum, dass es bei diesem ganzen Marktgebaren im Kinderbetreuungssegment ein Szenario gibt, das man Race to the Bottom nennen könnte, das heisst, wenn die Marktlage derart ist, dass sich eigentlich nur noch der günstigste Anbieter bei den Kitas im reinen Markt durchsetzen könnte, letztlich auch die Qualität der Kinderbetreuung leiden würde. Und dass das nicht passiert, ist einer von einigen Gründen, warum es gut ist, einen hybriden Ansatz zu haben, private wie auch öffentliche. Öffentliche Kitas haben andere Eigenschaften als private, vielleicht nicht nur gute, wie wir jetzt hier auch gehört haben. Es kostet ein bisschen mehr. Aber es hat eben auch Vorteile. Es ist beispielsweise resilienter gegen konjunkturelle Schwankungen. Wenn in 5 Jahren alle privaten Kitas auch zugegangen sind, die ihr jetzt hier auslagern wollt und die anderen auch, wer sorgt dann dafür, dass ihr überhaupt noch Kitaplätze habt? Wollen wir wieder ein Szenario wie damals 2014, als man monatelang auf Kita-Plätze warten musste? Nein. Deshalb braucht es einen Grundstock an Kitas. Wenn das Private auch hinkriegen, schön. Aber der Vorteil von städtischen Kitas ist, dass es dort halt in Gottes Namen eine Defizitgarantie gibt. Das ist ein Vorteil, den Private halt nicht haben. Und warum ist das okay? Weil wir nicht zur Gänze einen freien Markt wollen. Es ist ein Segment, eine öffentliche Grundversorgung wie Kindergärten, Schulen auch. Das wird kommen. Das ist jetzt noch nicht in allen Köpfen drin, aber die Zukunft geht dorthin. Und es ist halt nicht so, dass man hier den Markt grenzenlos spielen lassen möchte. Deshalb braucht es die städtischen Kitas und

deshalb haben wir heute Abend auch eine Motion kursieren lassen, die eigentlich das Konträre ist von dem, was wir jetzt hier behandeln, nämlich die tatsächliche Eingliederung der Kitas in die Kernverwaltung. Sprich, wir warten nicht darauf, bis der Kanton neue Spielregeln lässt. Oder wir warten nicht darauf, bis die konjunkturelle Lage noch schlimmer wird und wir hier trotz Sparbemühungen und irgendwelchen "Sonderbuben-trickli" trotzdem wieder unter Druck geraten und wieder die Idee aufkommt: Die sind ja defizitär. Krass. Wir müssen was tun dagegen. Nein, wir wollen, dass die Kitas stabil bleiben. Die gehören zum Grundauftrag, es ist etwas Allgemeines für die Allgemeinheit. Es gehört in den allgemeinen Haushalt. Es ist nichts Spezielles für eine Spezialfinanzierung. Vielen Dank.

Präsident: Merci. Als nächstes für die Fraktion GFL, Francesca Chukwunyere.

Francesca Chukwunyere (GFL) für die Fraktion: Auch wir sind für Gleichstellung. Auch uns geht es um eine möglichst gute Versorgung für unsere Kinder mit Kitas. Und wir wissen darum, wie wichtig das in Bezug auf Gleichstellung etc. ist. Trotzdem hat die GFL diese Motion miteingereicht und wird auch dem Postulat zustimmen. Gerne begründe ich diese Haltung namens der Fraktion. Faktisch stehen wir vor folgender Ausgangslage. Um euch nicht zu langweilen, beschränke ich mich auf Stichpunkte. In der Spezialfinanzführung, wir haben es gehört, hat sich mittlerweile ein Defizit von 8,7 Mio. Franken angehäuft, welches bis 2028 getilgt sein muss. Es wird weiterhin mit Verlusten in der Höhe von 1 Mio. Franken pro Jahr gerechnet. Erklärt wird das mit sogenannt trägerschaftbedingten Mehrkosten. Ich gehe darauf nicht weiter ein. Ihr habt es sicher gelesen. Mit den Tagesschulstrukturen – und auch dort wurde 2024 ein Nachkredit von 3,7 Mio. Franken fällig – finanziert die Stadt in Teilen im Kindergartenbereich ein Konkurrenzangebot – mit seinem eigenen. Mit den Betreuungsgutscheinen finanziert die Stadt über den Lastenausgleich ein System, welches die Eltern entlasten soll. Da sich dieses kantonale System vom vorherigen städtischen unterscheidet, federt die Stadt Bern die entstandenen Zusatzkosten durch den Wechsel für die Eltern in Form einer einkommensabhängigen Tagespauschale ab. Dieses Abfederungssystem kostet den Steuerzahler auch wieder. Das Betreuungsreglement wurde im August 2024 durch den Stadtrat entsprechend geändert. Bedarfsseitig sieht es aber so aus: Von diesem grossen finanziellen Aufwand profitieren heute gerade mal 15% der in der Stadt in Kitas betreuten Kinder. Tatsächlich müssen insgesamt viel weniger Kinder weniger lang betreut werden. Es gibt mittlerweile ein Überangebot an Kitaplätzen. Und – sehr wichtig auch da in diese Richtung – ausgerechnet in den Quartieren, wo dies aus sozioökonomischen Gründen nicht der Fall sein sollte, fehlt es einerseits an Kitas, aber auch an zu betreuenden Kindern. Methodisch ist man so vorgegangen. Seit Sommer 2024 liegt der Bericht von Bolz + Partner vor, der die externe Grundlage für die FEBR-Revision bildet. Untersucht wurden 4 Lösungsvarianten, welche auch in einer Begleitgruppe diskutiert wurden. Die Begleitgruppe favorisierte dann tatsächlich die nun ausgearbeitete Variante 2. Die sich heute endlich in der Vernehmlassung befindende FEBR-Revision dient einzig und allein dem Zweck, die rechtliche Grundlage dafür zu schaffen, damit diese Variante 2 umgesetzt werden kann. Darüber, welche Variante grundsätzlich weiterverfolgt werden soll, lässt man weder den Stadtrat noch das Volk abstimmen. Es besteht aber das Risiko einer Abstimmung. Interessante Demokratieauffassung. Was ist daran störend und wurde unseres Erachtens zu wenig berücksichtigt? Die Tatsache, dass der Stadtrat nun über ein Reglement diskutiert, welches allein dem Zweck dient, diese Variante 2 umzusetzen, verhindert die eigentliche inhaltliche Diskussion darüber,

mit welchen Mitteln das unbestrittene Ziel einer flächendeckenden Zurverfügungstellung von Kindertagesstätten in allen Quartieren und für alle Bevölkerungssichten am qualitativ besten und ökonomisch besten erreicht werden kann. Indem man nun ausschliesslich wieder am Kita-Reglement herumgebastelt wird, geht der Blick dafür verloren, dass die Stadt sich auch in anderen Kinderbetreuungssystemen wie den Tagesschulen einerseits selbst konkurrenziert und andererseits diese Systeme in einer Art und Weise betreibt, die finanziell weit über das hinausgehen, was der Kanton dafür auszugeben bereit ist. Aus den Augen verliert man ausserdem das eigentliche Problem, nämlich dass zu wenig Bedarf besteht, ausgerechnet auch in jenen Quartieren, wo die Stadt sozioökonomisch den grössten Bedarf dafür ortet – in Sachen frühe Integration von fremdsprachigen Kindern, Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit. Auf die Frage, weshalb dies so ist, gibt der externe Bericht leider kaum schlüssige Antworten. Das lässt Raum für Hypothesen. Sind die Tarife für die angesprochene Bevölkerungsgruppe immer noch zu hoch oder ist am Ende der Zugang zum Betreuungsgutscheinssystem zu wenig niederschwellig? Die auszufüllenden Formulare sind nämlich sehr kompliziert, ähnlich den Steuerformularen. Zudem basieren sie auf regelmässigen Einkommen. Menschen, die auf Abruf arbeiten, im Stundenlohn mit wechselnden Monatseinkommen, müssen diese dauernd wieder neu ausfüllen, ansonsten machen sie sich nämlich des Sozialhilfebetrugs schuldig. Letzteres Vergehen muss dann durch die verantwortliche Behörde dem Migrationsdienst gemeldet werden und wirkt sich negativ auf Integrationsprognosen aus. Andere Frage: Erfüllt die Kita mit ihren relativ starren Öffnungszeiten, den aus pädagogischen Gründen fixen Betreuungstagen einem Angebot, das ausschliesslich auf eine Betreuung tagsüber ausgerichtet ist, die Bedürfnisse einer Bevölkerungsgruppe, die Schicht arbeitet, an Sonn- und Feiertagen arbeitet, nachts arbeitet? Wir überweisen mutmasslich heute ein Postulat der AL-PDA-TIF-Fraktion, das mindestens die Untersuchung dieser Frage fordert. Indem die GFL die vorliegende Motion mitunterzeichnet hat, hat sie dazu beigetragen, dass nun die inhaltliche Diskussion stattfindet, welche mit der Vernehmlassung zur FEBR-Revision verhindert wurde. Die Überweisung als Postulat zwingt den Gemeinderat, dem Stadtrat auch andere Varianten vorzulegen und ihn darüber befinden zu lassen. Ich begrüsse die Gegenmotion, die im Moment kursiert zum Gegenvorschlag. Als Motion ist uns die Vorlage letztlich zu wenig ergebnisoffen, genauso wie die vorliegende FEBR-Revision. Einer kompletten Auslagerung stehen auch Teile der Fraktion etwas skeptisch gegenüber. Das Geschäft der Kinderbetreuung der Stadt Bern scheint uns in seiner Tragweite so wichtig, dass letztlich das Volk darüber entscheiden sollte, wie viel an Steuergeldern auf welche Weise in diesen Bereich investiert werden soll. Dabei sollten in einer Auslegeordnung alle durch die Stadt mitfinanzierten Betreuungsangebote mitbetrachtet werden. Danke fürs Zuhören.

Präsident: Merci. Als nächstes für die Fraktion GB/JA, Franziska Geiser.

Franziska Geiser (GB) für die Fraktion: Unsere Fraktion GB/JA lehnt den Vorstoss auch als Postulat ab. Der Vorstoss ist, obwohl erst Ende März eingereicht und für dringlich erklärt, eigentlich schon veraltet. Kaum eingereicht hat der Gemeinderat das Vernehmlassungsverfahren zum Betreuungsreglement eröffnet. In diesem Rahmen konnten alle sich bis Ende Mai zur Auslagerung der Kitas aus der Verwaltung äussern und auch zu den drei anderen Varianten für die Beibehaltung des Status Quo, der Optimierung der Spezialfinanzierung und der Privatisierung der städtischen Kitas. Wir verstehen nicht, warum das keine inhaltliche Debatte sein soll, warum es dort nicht möglich

hätte sein können für eine andere als die vom Gemeinderat präferierte Variante einzustehen. Wir verstehen grundsätzlich nicht, warum dieser Vorstoss unmittelbar vor Beginn des Vernehmlassungsprozesses eingereicht wurde. Und wir verstehen auch nicht, warum der Expertenbericht, der vor einem Jahr abgeschlossen wurde, jetzt veraltet oder nicht mehr aktuell sein soll. Denn tatsächlich hat die Frage, ob die Auslagerung der Kitas aus der Kernverwaltung ein gangbarer Weg wäre, der Expertenbericht von Bolz und Partner beantwortet. Er untersucht die möglichen Folgen der Auslagerung. Und der Bericht kommt zum Schluss, dass die Auslagerung der Kitas keine attraktive Variante darstellt. Ich zähle jetzt nicht alle Argumente auf. Es sind eigentlich zwei Punkte, die in Bezug auf den Vorstoss interessant sind. Die Auslagerung wäre sehr teuer. Und es besteht die Gefahr, dass die ausgelagerten Kitas verstärkt in einen Wettbewerbskonflikt mit Privaten verwickelt werden. Sind es nicht genau die beiden Ziele, welche der Vorstoss verfolgt? Kosten vermeiden und Konkurrenz zwischen privaten und öffentlichen Kitas vermeiden? Diese beiden Ziele jedenfalls werden mit einer Auslagerung der Kitas laut Expertenbericht nicht erreicht. Im Gegenteil: Es entstehen Kosten, welche nicht zu einer besseren Qualität der Kinderbetreuung führen. Und die ausgelagerten Kitas konkurrenzieren dann die privaten. Das sind die oberflächlichen Gründe, warum wir das Postulat ablehnen. Wir halten aber schon die Ausgangslage des Vorstosses für falsch. Der Vorstoss suggeriert, dass private und öffentliche Kitas zwei Pole bilden, die ganz weit auseinanderliegen. Das stimmt natürlich nicht. Erstens gibt es nicht die privaten. Es gibt quasi Kita-Ketten. Die grösste von ihnen betreibt in der Schweiz über 80 Standorte. Es gibt Kleinstunternehmungen mit einem einzigen Standort und es gibt vieles dazwischen. Diese Privaten haben ganz unterschiedliche Voraussetzungen in Bezug auf ihre Betriebsmodelle, Finanzierungsmöglichkeiten, Betreuungskonzepte und Arbeitsbedingungen. Wir können also nicht von *den* privaten Kitas reden, die ganz andere Probleme und Voraussetzungen hätten als *die* städtischen Kitas. Zweitens leiden alle Kitas, die privaten und die städtischen, unter den gleichen Problemen. Sie sind einer Marktlogik ausgeliefert, die Druck auf die Betriebe und die Angestellten bedeutet. Die Unterfinanzierung seitens des Bundes und des Kantons setzt alle Kitas, die privaten wie die städtischen unter Druck. Hier, bei dieser Unterfinanzierung, muss der politische Kampf stattfinden. Davon würden alle Kitas, die privaten wie die öffentlichen, profitieren und damit auch alle Angestellten, alle Eltern und Erziehungsberechtigten, alle Kinder – und um die geht es ja irgendwie bei der ganzen Diskussion. Da muss der politische Kampf stattfinden. Der Kampf besteht nicht darin, die Länge irgendwelcher Spiesse festzulegen. Grundsätzlich sind wir absolut überzeugt davon, dass die Stadt weiterhin eigene Kitas betreiben muss. Für uns gehören Kitas zum Service public. Kitas sind Bildungseinrichtungen und nicht Kinderhütendienste. Und die öffentliche Hand muss die Bildungslandschaft auch im Bereich der frühkindlichen Bildung mitgestalten. Konkret auf Bern bezogen sind wir sicher, dass die Stadt in jedem Stadtteil mindestens eine Kita betreiben soll, damit eine minimale Kitaabdeckung und damit ein minimaler Service public garantiert ist. Denn wir glauben nicht an die unsichtbare Hand, die den Markt wie von allein zum Wohle aller steuert. Wir sind vielmehr sicher, die öffentliche Hand kann erreichen, dass die Kita-MitarbeiterInnen zu fairen Arbeitsbedingungen angestellt sind und dass Kinder mit ganz unterschiedlichen finanziellen und sozialen Ressourcen gut betreut und ihren Bedürfnissen entsprechend gefördert werden. Und darum geht es.

Präsident: Merci. Als nächstes für die Fraktion FDP, Oliver Berger.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Die Fraktion FDP begrüsst den interfraktionellen Vorstoss, der die städtischen Kitas auslagern will. Vorab: Die FDP setzt sich dezidiert für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein und wir begrüssen deshalb auch die Arbeit, die in den Kitas in der Stadt geleistet wird. In der Stadt Bern haben wir aber ein Überangebot an Kita-Plätzen. Die städtischen Kitas sind defizitär, weil für sie das städtische Personalreglement gilt, weil sie sich an die städtischen Infrastrukturen und die entsprechenden Bezugsquoten halten müssen. Statt die selber verursachten Defizite über Steuergelder zu decken, verlangen wir deshalb eine Auslagerung in rechtlich selbstständige Anstalten ohne Defizitgarantie oder eben an private Trägerschaften. Die Stadtberner Stimmbevölkerung hat im Jahr 2013 klar für eine Subjektfinanzierung über Betreuungsgutscheine und gegen eine Defizitgarantie für städtische Kitas votiert. Die geplante Ausfinanzierung der Spezialfinanzierung führt zu einem Wettbewerbsnachteil für die Privaten und zu höheren Kosten für die Allgemeinheit über die Steuern. Der Expertenbericht von Bolz + Partner sagt auf Seite 22, dass die Trägerschaftsform keine markanten wirtschaftlichen Unterschiede zur Folge habe. Es gehe vielmehr um die konkrete Ausgestaltung der Variante sowie um einen Handlungsspielraum bei Personal, Verwaltung, Informatikkosten, die politisch abgestützte Standortstrategie und die betrieblichen Optimierungsmassnahmen. Das Fazit wird von der FDP bestritten. Die Trägerschaftsvariante hat sehr wohl einen starken Einfluss auf das Betriebskonzept, auf die Flexibilität, auf die Fähigkeit oder den Willen, sich zeitnah an die Umfeldentwicklungen anzupassen und schlussendlich auf den Grad des politischen Einflusses – über ein Parlament beispielsweise – auf das Angebot am Markt. Einfach trägerschaftsbedingte Mehrkosten ins Feld zu führen und beim Staat die hohle Hand zu machen, ohne dass man vorher die Hausaufgaben sauber gemacht hat und die betrieblichen Optimierungen konsequent durchgeführt hat, finden wir nicht zielführend und auch nicht fair gegenüber den Privaten. Die privaten Kitas funktionieren gut. Der Staat kann deshalb mit gutem Gewissen die Leistung an Dritte oder die Privaten auslagern. Es ist rein eine Frage des politischen Willens. Wir nehmen den Vorstoss sowohl als Motion als auch als Postulat an. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Merci. Für die Fraktion GLP-EVP, Bettina Jans-Troxler. Ihr könnt euch ab jetzt für Einzelvoten anmelden.

Bettina Jans-Troxler (EVP) für die Fraktion: Weil jetzt so viel über den sogenannten Expertenbericht gesprochen wurde, möchte ich dazu gerne noch etwas sagen. Ich lese euch einen Abschnitt daraus vor, auf Seite 16 heisst es nämlich: "Gemäss Interviews inklusive BSS und Experten erbringen heute die städtischen Kitas keine zusätzlichen Leistungen im Bereich sozialer Integration und Spracherwerb, welche die privaten Kitas nicht auch erbringen." Und ein bisschen später heisst es zum Thema der Absicherung der Versorgung: "Dazu benötigt es seitens der Stadt nicht zwingend eigene städtische Kitas." Von mir aus gesehen sind diese Teile des Berichts wirklich der Expertenbericht. Leider sind die Empfehlungen und Schlussfolgerungen, die herausgekommen sind oder am Schluss stehen, extrem politisch und für mich nicht mehr ein Expertenbericht. Sie sind einfach das, was in der Begleitgruppe, der sogenannten RGM-Begleitgruppe, ich war ein paar Mal dabei, vorher abgecheckt wurde, was genehm ist und vom Stadtrat gewünscht wird. Und so von einem Expertenbericht zu reden – der Gemeinderat sagt dann auch, er stütze seine Beschlüsse auf diesen Expertenbericht ab –, ist für mich eigentlich nicht ein Vorgehen, das angebracht ist. Was auch auffällt, wenn man den Expertenbericht genau liest, ist, dass beim Auftrag, den Bolz + Partner vom Gemein-

derat bekommen hat, bei der Variante 4 ein Teiltrückzug aufgeführt war, den er untersuchen soll. Das steht am Anfang des Berichts. Und dann wird ein Teiltrückzug nie mehr erwähnt, mit keinem Wort. Dabei wäre das aus unserer Sicht wahrscheinlich der gangbarste Weg. Nur steht nie in diesen Berichten, nie im Gemeinderatsvortrag irgendwo eine Auflistung, wo die städtischen Kitas sind, wo welcher Bedarf ist, wo ist welcher Sozialbedarf und so. Wo braucht es jetzt unbedingt die Kitas, weil ja immer betont wird, dass es diese unbedingt brauche. Also es gibt keine Aufschlüsselung darüber, wo man sie braucht und wo nicht. Also man könnte jetzt sagen, es sei Absicht, dass es keinen solchen Plan gibt, damit man nicht merkt, dass relativ viele städtische Kitas in die Quartiere gehen, wo sie eigentlich nicht nötig wären, weil es genug Private hat, die das abdecken. Und deshalb hat man auch den Teiltrückzug nicht untersucht, weil man zum Schluss kommen könnte, dass man in gewissen Quartieren die Kitas privatisieren könnte, abgeben könnte, und nur noch dort, wo es wirklich die Stadt braucht, diese aktiv Kitas betreiben soll. Ich würde vom Gemeinderat gerne wissen, warum man den Teiltrückzug nicht weiterverfolgt und das kein Thema mehr ist. Wir danken euch, wenn ihr das Postulat unterstützt. Dann kann man genau diese Fragen nämlich noch klären.

Präsident: Vielen Dank. Als Einzelsprecherin, Ronja Rennenkampff.

Ronja Rennenkampff (JA): Ich möchte kurz etwas sagen als ehemalige Mitarbeiterin einer städtischen sowie auch einer privaten Kita, da die gegeneinander Ausspielung dieser ja anscheinend ein Kern der Debatte ist und die Gemüter bewegt. Um es ein für allemal klarzustellen: Die Arbeitsbedingungen in den Kitas sind nicht gut, weder in den städtischen noch in den privaten Kitas. Die Arbeitsbedingungen haben aber nicht direkt etwas damit zu tun, wie gut wir Betreuungspersonen arbeiten, sondern eher zu welchem Preis. Würde ich immer noch dort arbeiten, wäre ich wahrscheinlich nicht hier. Denn während ich in der Kita gearbeitet habe, hatte ich keine Kapazität für Abendsitzungen. Ich war oft erschöpft, weil ich eben gut gearbeitet habe, weil ich trotz Stress und fehlenden Ressourcen alles gegeben habe, um eine möglichst gute Betreuung zu gewährleisten. Aber oft hat es nicht gereicht und ich konnte nicht allen Kindern gerecht werden. Mehr Ressourcen, Anerkennung und Wertschätzung für die Betreuungspersonen ist deshalb unabdingbar. Dies kann und wird der Markt niemals bieten, sondern das muss die öffentliche Hand regeln. Leider sind wir heute nicht an diesem Punkt. Aber ich wollte das für ein und allemal klarstellen. Danke.

Präsident: Merci. Als nächster Einzelsprecher, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Die Stadt Bern kann Kita nicht. Ich habe schon früher gesagt. Die Stadt Bern kann Informatik nicht. Seien wir ehrlich. Wenn das ein Privater wäre, dann wäre er längstens in Konkurs. Ihr könnt euch erinnern: Kühlewil brauche ich immer als Beispiel. Dort hat man jahrelang darüber exerziert, wie das geht und am Schluss hat man es natürlich restauriert und saniert für etwa 32 Mio. Franken und nachher für 12 Mio. Franken verkauft. Das ist die Stadt Bern. Jetzt geht es darum, die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Und denkt daran, was die Ausgangslage ist. Das haben schon viele Vorredner gesagt. Wir hatten eine Volksabstimmung, in der man das Gutschein-Modell eingeführt hat. Man will eine faire Konkurrenz und es kann ja nicht sein, dass die Stadt die teilweise viel höheren Leistungen hat, ich denke insbesondere beim Personal – eine Personalvorsorge, bei der man sich bekanntlich viel früher pensionieren lassen kann. Man hat viel mehr freie Tage hat, und dass nachher der Steuerzahler dafür aufkommen muss, auch wenn die Stadt teilweise viele andere ungünstige

Strukturen hat. Ausserdem ist es ja nicht plötzlich gekommen. Ich gebe zu: Corona war ein schwerwiegendes Ereignis, aber man hat das Schiff kommen sehen, dass es wahrscheinlich wird aufgeht. Und es hat nicht geklappt. Jetzt geht es darum, die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Wettbewerbsvorteil: Ich bin der Meinung, wenn man gleich lange Spiesse machen will, muss man dieser Sache zustimmen. Franziska Geiser hat gesagt, das sei jetzt ein abgeschlossenes Projekt. Ja, natürlich – FEBR ist jetzt der Zaubertrick, mit dem versucht wird, die finale Finanzierung anzubringen. Ich halte klar fest, die SVP hat in der FEBR-Vernehmlassung gesagt, wir seien für die Variante 4, die Ausgliederung. Sonst kommt das nicht gut. Und wir haben uns dort klar zum Wettbewerb bekannt und für die Privaten, die auch kämpfen müssen. Denn das ist schon Ungleichbehandlung. Und deshalb sind wir ganz klar für das Postulat. Wir hätten ihm auch in Motionsform zugestimmt, aber ich bin froh, dass man es gewandelt hat, weil wir damit eine gewisse Chance haben. Und ich möchte abschliessend auch bitte, zur Kenntnis zu nehmen: Die SVP ist nicht grundsätzlich gegen Kitas und Tagesschulen. Meine Tochter besucht auch Kita und Tagesschule. Das ist nicht etwas, das wir generell ablehnen, ganz und gar nicht. Das hat durchaus sinnvolle Aspekte. Aber es muss doch so geführt werden, dass es wirtschaftlich vertretbar ist und nicht so, wie es eben die Stadt geführt hat. Ich bin wieder am Anfang und Ende immer noch dort: Die Stadt Bern kann es nicht. Und daher bin ich der Meinung, man müsse die nötigen Konsequenzen ziehen. Das Postulat gibt der Stadt jetzt die Möglichkeit, die nötigen Anpassungen vorzunehmen. Allenfalls wird es so sein, dass man in den Quartieren, wo es enge Verhältnisse sind, wo es wenig Betreuungsmöglichkeiten hat, vermehrt dort einsteigt. Aber es kann nicht sein, dass man in anderen Quartieren versucht, mit Dumpingangeboten auf Kosten des Steuerzahlers die Privaten zu konkurrenzieren. Ich möchte auch das zuhanden des Protokolls festgehalten haben. Also Fazit: Die SVP ist für die Kitas, ist für die Tagesschulen. Aber sie müssen wirtschaftlich fair und vernünftig geführt werden, sonst haben wir eben die Probleme wie bei Kühlewil, nämlich, dass wir nachher noch im Konkurs und im Malaise landen. Danke allen, die dem Postulat zustimmen.

Präsident: Als nächste Einzelsprecherin, Janina Aeberhard.

Janina Aeberhard (GLP), Einzelvotum: Ich erlaube mir noch ein Einzelvotum, weil ich ein paar der genannten Punkte doch noch kurz aufgreifen möchte. Zunächst möchte ich kurz klarstellen, denn das scheint einigen nicht ganz klar geworden zu sein, dass eine Auslagerung nicht eine Privatisierung ist und die Stadt damit nicht einfach sämtliche Hoheit abgibt. Auch mit einer Auslagerung kann die Stadt ihre Interessen immer noch wahren und Einfluss nehmen, dass es ein ausreichendes und flächendeckendes Betreuungsangebot gibt. Etwa durch eine Eignerstrategie wie bei EWB oder Bernmobil oder je nach Ausgestaltung der Auslagerung auf andere Weise. Es stimmt also nicht, dass sich die Stadt damit dann einfach komplett zurückziehen müsste. Und dann bin ich etwas erstaunt, wenn wir hier in diesem Rahmen jetzt eine Debatte über Gleichstellung führen. Natürlich sind wir auch für Gleichstellung. Ich kann es einfach nur noch einmal betonen: Wir haben nicht gesagt, dass wir gegen Kitas sind oder per se gegen städtische Kitas. Aber wir wollen einfach nicht länger zuschauen, wie die städtischen Kitas Defizite machen, obwohl ein Defizit-Deckungsverbot gilt. Und es stimmt nämlich auch einfach nicht, dass Defizite machen oder Schulden anhäufen, in einer Spezialfinanzierung einfach ganz normal ist. Per Volksabstimmung gilt, dass die städtischen und privaten Leistungserbringer gleiche und faire Bedingungen vorfinden sollen. Und dann geht es doch einfach nicht auf, dass Kitas Stadt Bern Defizite in Summen anhäuft, bei denen jede private Kita dichtmachen müsste. Und nein, es ist auch nicht so, dass

die Tarife ohne ein städtisches Angebot ins Unendliche steigen würden. Die städtischen Kitas sind nämlich nicht die günstigsten. Ich kann es einfach noch einmal sagen und ihr könnt auch gerne einmal ein paar Tarife vergleichen. Und abschliessend: Ja, es ist richtig, dass es nicht *die* privaten Leistungserbringer gibt, weil sie sehr unterschiedlich sind. Und gerade deshalb kann man auch den Bericht von Bolz + Partner kritisieren und seine Sachlichkeit oder Unvoreingenommenheit anzweifeln. Denn darin wurden maximal, ich bin mir nicht mehr ganz sicher, wie viele, aber maximal eine Handvoll private Leistungserbringer hinzugezogen, obwohl es in der Stadt Bern weit mehr gibt, die man aber einfach nicht berücksichtigt hat. Und Bettina hat es vorhin auch gesagt: Eine Variante Teilrückzug wurde im Bericht nicht einmal mehr aufgegriffen. Wenn wir also Lösungen finden wollen, um aus dieser Defizitspirale von Kitas Stadt Bern herauszukommen, sollten wir unsere Scheuklappen kurz für einen Moment absetzen und zumindest bereit sein, etwas zu prüfen.

Präsident: Merci. Gibt es hier noch weitere Voten aus dem Saal? Das ist nicht der Fall. Dann hat für den Gemeinderat das Wort Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Wir werden in regelmässigen Abständen noch lange über die Kitas diskutieren, das ist auch gut so, denn es ist eine hochpolitische Frage und auch eine ziemlich komplexe Ausgangslage. Ja, die vorliegende Motion beauftragt den Gemeinderat, Kitas Stadt Bern aus der Kernverwaltung auszugliedern und Dritte mit dieser Aufgabe zu betrauen und dem Stadtrat sollen die gesetzlichen Grundlagen zur Revision vorgelegt werden. Wir haben es heute in der lebhaften Debatte schon mehrmals gehört. Alle Fragen und Abwägungen dieser Forderungen sind Teil der politischen Diskussion rund um die Teilrevision des FEBR-Reglements und diese war vor kurzem in der Vernehmlassung. Dieser Vorstoss wurde kurz vor der Eröffnung der Vernehmlassung eingereicht. Darum ist es auch gut, wenn wir das diskutieren. Und sicher wird die konkrete Frage dieser Motion auch weiterhin in die Debatte einfließen. Der Gemeinderat beschäftigt sich schon sehr lange mit der zukünftigen Ausrichtung und Stabilisierung der städtischen Kitas. Das haben wir hier drin auch schon mehrmals diskutiert. Er hat unter anderem die Frage der Trägerschaft in der Vergangenheit bereits eingehend evaluiert. Die Berichte und die Evaluation habt ihr heute schon mehrmals erwähnt. Und die Resultate und Einordnungen dieser Evaluation habt ihr alle in den Vernehmlassungsunterlagen erhalten. Der Gemeinderat hat auch die Varianten "Rückzug" und "Ausgliederung" geprüft und beraten. Das hat noch das alte Gremium gemacht. Das neue Gremium hat nun in der neuen Zusammensetzung die FEBR-Vorlage beschlossen. Ihr seht ja, was der Vorschlag des neuen Gremiums ist, nach wie vor. So sind wir in die Vernehmlassung gestartet. Das Gremium hat beschlossen, die städtischen Kitas auch weiterhin führen zu wollen und spricht sich für den Status Quo mit der Möglichkeit der Abgeltung trägerschaftsbedingter Mehrkosten aus. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass mit dem Vernehmlassungsvorschlag die Sicherstellung der Versorgung in allen Quartieren und dem sozialpolitischen Auftrag so am besten entsprochen wird. Selbstverständlich werden wir nun die Vernehmlassungsantworten anschauen und schauen, welche Vorschläge kommen, und dann zuhänden des Stadtrats die neue Vorlage verabschieden. Und vielleicht noch auf deine Frage, Bettina: Klar ist das eine hochpolitische Frage. Und zur politischen Entscheidungsfindung werden Expertise und Evaluation miteinbezogen, so wie auch der Bericht von Bolz + Partner. Aufgrund dieser Einschätzung, dieser Expertise, ist das alte wie das neue Gremium zu einer politischen Einschätzung gekommen und hat nun einen Vorschlag eröffnet. Und der Gemeinderat führt ja auch in dieser Vorstossantwort aus, wie er zu diesem Schluss kommt, warum

er zur Ablehnung dieser Motion kommt. Die Frage der Trägerschaft ist ein sehr wichtiger Kernbereich der FEBR-Teilrevision. Daneben werden aber auch noch andere Eckpunkte rund um das Kita-Wesen verhandelt werden. Es geht unter anderem auch darum, einen Kita-Dialog zusammen mit dem Privaten zu installieren. Das ist auch ein weiterer Vorschlag. Es steht auch ein Vorschlag im Raum, für zusätzliche Abgeltungen einen Topf zu schaffen, an dem auch die privaten Kitas mit einer spezifischen sozialpolitischen Ausrichtung sich beteiligen können. Und ich bin sehr gespannt auf die gesamte Debatte. Und parallel zu diesen politischen Diskussionen sind wir bei der Kita Stadt Bern seit längerem daran und auch immer noch daran, auf der Einnahmen- wie auf der Ausgabenseite Massnahmen zur betriebswirtschaftlichen Optimierung umzusetzen. Auch hierzu findet ihr sehr viele Informationen in den Vernehmlassungsunterlagen zur FEBR-Revision. Und dort könnt ihr auch sehen, in welchem Umfang dies bisher geschah und mit welchen Effekten. Und wir werden, falls wir weitere Massnahmen ergreifen werden, die einschneidend sind, selbstverständlich auch darüber informieren. Und vielleicht kann ich hier auch noch sagen: Demnächst wird das neue Monitoring publiziert werden können. Das schaut auf das ganze Kita-Wesen, auf die Kita-Landschaft in der Stadt und auch auf die Entwicklung. Das wird publiziert und wir werden auch die Resultate oder die Erkenntnisse aus diesem Monitoring in die neue, definitive Vorlage, die wir im Gemeinderat zuhänden des Stadtrats verabschieden, einfließen lassen. Und vielleicht noch zu deinen Bedenken, Francesca: Ich verstehe dein Anliegen nicht ganz. Die Vernehmlassung läuft doch immer so, dass das Exekutivgremium einen Vorschlag in den Raum und Unterlagen zur Verfügung stellt, dann die Vernehmlassungsantworten anschaut und prüft und aufgrund der zusätzlichen Vorschläge oder den verschiedenen Haltungen, die hereinkommen, eine definitive Vorlage auszuarbeiten. Das wird selbstverständlich passieren und dann gibt es die Stadtratsdebatte Und dort werden dann entsprechend die politischen Beschlüsse gefällt. Wie gesagt: Wir sind momentan daran, die Vernehmlassung auszuwerten. Und logischerweise befinden sich auch Antworten von Mitwirkenden darunter, die in eine sehr ähnliche Stossrichtung gehen wie die vorliegende Motion. Der Gemeinderat wird natürlich schon nur deshalb selbstverständlich in der definitiven Vorlage nochmals Stellung nehmen zu den Varianten von Auslagerungen. Und deshalb ist der Gemeinderat auch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegzunehmen, lehnt die Motion aber ab.

Präsident: Vielen Dank. Francesca Chukwunyere wurde persönlich angesprochen. Sie verlangt das Wort für eine kurze Erklärung.

Francesca Chukwunyere (GFL): Ich bin mir absolut bewusst, dass so eine Vernehmlassung quasi alle Punkte beinhalten sollte. Mir schien, weil ich auch Teil des Grüppchens war, das die Bolzunterlagen vorher bekommen hat, die Vernehmlassung in ihrer ganzen Attitüde – und ihr wisst alle, wie man mit Worten manipulieren kann – viel zu stark nur darauf ausgerichtet, dass Variante 2 favorisiert wurde. Und das hat mich gestört.

Präsident: Vielen Dank. Wir kommen somit zur Abstimmung. Wie gesagt, der Vorstoss wurde in ein Postulat gewandelt. Wir stimmen über das Postulat ab. Wer dieses erheblich erklären will, stimmt Grün. Wer es ablehnt, stimmt Rot.

Abstimmung Nr. 007

2025.SR.0109: als Postulat

Ablehnung	
Ja	30
Nein	38
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Vorstoss abgelehnt.

2024.SR.0292

7 **Postulat Micieli Matteo (PdA), Joggi Raffael (AL): Kinderbetreuung zu Randzeiten: Überprüfung der Nachfrage und möglichen Lösungsansätzen**

Präsident: Wir kommen somit zu Traktandum Nummer 7, Postulat Matteo Micieli, Raffael Joggi: "Kinderbetreuung zu Randzeiten." Das Postulat ist aus den Reihen des Stadtrats bestritten. Entsprechend erteile ich den Einreichenden das Wort. Für die Einreichenden hat das Wort Matteo Micieli.

Matteo Micieli (PdA) für die Einreichenden: Schön ist der Gemeinderat dafür, das Postulat zu überweisen. Ich möchte eigentlich nur noch ein paar zentrale Gründe ausführen, weshalb der Rat das auch sein sollte und weshalb wir das Thema Betreuung zu Randzeiten ernsthaft angehen sollten, auch die, die das jetzt bestritten haben. Es gibt in unserer Stadt nämlich zahlreiche Menschen, die zu Randzeiten arbeiten, am frühen Morgen, am späten Abend, in der Nacht oder am Wochenende. Ich spreche hier auch nicht von Ausnahmefällen, sondern von einem strukturellen Merkmal vieler Berufe in unserer Stadt. Besonders betroffen sind Branchen wie die Pflege, der Detailhandel, die Reinigung, die Gastronomie, in der ich selbst tätig bin, und so weiter. Gerade Alleinerziehende oder Personen ohne familiäre oder sonstige private Netzwerke stehen oft vor einem Dilemma, das sich kaum lösen lässt. Wer betreut das Kind um 5 Uhr morgens, wenn die Schicht beginnt, oder wenn ein Abendservice erst um 23 Uhr endet? Arbeiten gehen und Kinderbetreuung ist für viele dieser Menschen schwer zu koordinieren. Da solche Randzeiten oft eher für Arbeiten im Tieflohnsegment typisch sind, können sich die Betroffenen auch selten private Zusatzlösungen leisten. Nebst den Randzeiten kommen instabile kurzfristige Arbeitsplätze erschwerend hinzu, aber wie auch schon gehört, unregelmässige Arbeitszeiten, teilweise auch Arbeit auf Abruf und so weiter. Das zwingt die Betroffenen in einen komplexen Flickenteppich von spontanen Betreuungsformen. Geschwister müssen solche Aufgaben übernehmen. Teilweise sind Kinder sogar unbeaufsichtigt. Das wirkt sich dann langfristig nicht nur auf die materielle Situation der Familie aus, sondern auch auf die soziale Entwicklung der Kinder und die Chancengerechtigkeit. Diese Lebenslagen sind also nicht nur individuell herausfordernd, sondern gesellschaftlich relevant und müssen in Bern deshalb erfasst und angegangen werden. Das Betreuungsangebot richtet sich nämlich auch heute noch vorwiegend an Menschen mit mittlerem bis hohem Einkommen und Bildungsstand. Die Betreuungsinfrastruktur wurde zwar modernisiert und institutionalisiert, bleibt aber im Grunde immer noch elitenfixiert. Es richtet sich insbesondere an gutqualifizierte Mütter, welche als Fachkräfte in den Arbeitsmarkt zurückgebracht werden sollten. Und wer nicht in diese Kategorie fällt, ist dann oft auf sich allein gestellt. Gerade Menschen, die sowieso schon wenig haben – wenig Zeit, wenig Geld, wenig Unterstützung – bleiben hier auf der Strecke. Ein solches Betreuungssystem ignoriert aber jene, die unsere Stadt täglich am

Laufen halten. Und diese strukturelle Ungleichheit oder Schieflage gilt es zu benennen und zu korrigieren – und deshalb auch dieses Postulat. Es geht uns aber natürlich nicht darum, und das ist mir wichtig zu betonen, Betreuungsinstitutionen rund um die Uhr offen zu halten, denn damit würden wir das Problem nur an Betreuende weiterreichen, die dann selbst zu unregelmässigen Arbeitszeiten arbeiten müssten. Die Lösung kann also nicht sein, ein Übel durch ein anderes zu ersetzen, weshalb der zweite Prüfpunkt im Postulat auch bewusst offen formuliert wurde. Es soll geprüft werden, welche Modelle grundsätzlich denkbar sind. Von teilweise flexibleren Betreuungszeiten über einen städtischen Fonds für Carearbeit bis hin auch zu quartierspezifischen Lösungen. Das sind mehr Fragen als Antworten von unserer Seite und deshalb ist es auch wichtig zu untersuchen, wie der Bedarf überhaupt aussieht, was die Stadt auch als Arbeitgeberin machen könnte und so weiter. Denn das Problem dieser Elitenfixierung heute ist, dass die Betreuungsangebote schichtspezifisch oder stark schichtspezifisch genutzt werden. Es ist erwiesen, dass der Zugang dazu stark davon abhängt, wie gut insbesondere eine Mutter verdient und wie hoch ihr Bildungsniveau ist. Menschen im Niedriglohnsektor kommen in dieser Debatte über den Betreuungsausbau aber kaum vor, weder damals, als solche Angebote politisch lanciert wurden, noch heute. Es dominiert eine ökonomische Logik. Man kann es sich nicht leisten, gut ausgebildete Frauen nicht arbeiten zu lassen. Es wurde zu viel investiert und es ist zu viel zu verlieren. Diese rein wirtschaftlich gedachte Gleichstellungspolitik gepaart mit einem wachsenden Erwerbsdruck führt dann dazu, dass eigentlich gutgemeinte Entwicklungen eine neue soziale Schieflage produzieren. Und zwar Betreuungslücken, die früher irgendwie im Privaten aufgefangen wurden, etwa auch in der Erwachsenenbetreuung, werden heute durch schlecht bezahlte Carearbeit geschlossen, oft durch migrantische Frauen unter prekären Bedingungen. So hat der Fortschritt – eben auch eine höhere Erwerbstätigkeit gut qualifizierter Mütter – beispielsweise eben auch eine Kehrseite: Neue Formen von Ausbeutung und Ungleichheit. Wenn wir in Bern also dieses Thema wirklich angehen wollen, müssen wir auch solche Dynamiken im Auge behalten. Die Kluft zwischen den Care-Nutzer*innen und den Care-Erbringer*innen wurde nicht überwunden, sondern neu strukturiert. Das ist eine etwas lange Klammerbemerkung, um zu sagen: Es kann nicht darum gehen, einfach das Ganze zu flexibilisieren und einfach alles so lange offen zu halten, damit alle ihre Kinder deponieren können. Vielmehr muss die Stadt ein Gespür für solche Dynamiken auch haben. Deshalb ist dieses Postulat auch wichtig. Wir können das Problem also nicht einfach umstrukturieren, sondern wir müssen es lösen. Und diese Gleichstellung muss auch für alle gelten. Und das ist von uns aus gesehen die Aufgabe und Pflicht auch der Stadt, aber nicht nur auch als Arbeitgeberin. Ein Betreuungssystem, das alle erreichen will, muss sich an den Bedürfnissen aller orientieren. Dazu gehört auch, alle Arbeitswelten zu berücksichtigen, auch die der Arbeiter*innen jenseits des 9-to-5-Ideals. Es geht also um gerechte Verteilung. Es geht um Sichtbarkeit, um diejenigen, die in solchen Verhältnissen leben und Care-Arbeit erbringen müssen. Es geht um Gleichstellung und Klassen- und Armutsfragen. Das ist ein komplexes Thema. Danke, nehmt ihr das an.

Präsident: Merci. Ihr könnt euch anmelden für Fraktionsvoten. Als erstes für die Fraktion SVP, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich sehe das Anliegen der Postulanten. Aber wir müssen jetzt einfach die ganze Sache sehen. Nicht für alles und jedes können die Stadt Bern und der Steuerzahler aufkommen. Das Problem der Schichtarbeitsseite

sehe ich. Die Frage ist einfach, ob man nicht bei den Unternehmungen, die diese Arbeitsstellen anbieten – früher war das beispielsweise die Post gewesen, gewisse Bäckereien, die Jowa-Bäckereien, heute heisst es nicht mehr so –, ansetzen müsste, damit man dort die Möglichkeiten hat, dass man die Kinder auch einigermaßen erreichen und abholen kann. Und dann müsst ihr etwas dazu bedenken: Ihr habt jetzt gesagt, es gehe um jene, die eine Vollzeitwerbstätigkeit haben. Es gibt aber vielleicht auch Anwälte oder Leute, Anwältinnen oder Ärztinnen, die vielleicht in durchaus finanziell gut situierten Verhältnissen sind, die auch sagen: Dann kann ich am Abend um halb 8 noch meine Tagung oder meine Vorstandssitzung durchführen. Wir müssen einfach auch das anschauen. Die Frage ist, ob der Staat auch eingreifen muss. Wäre hier nicht auch die Möglichkeit, dass die Leute auf eine Nanny zurückgreifen könnten. Dann gibt es die Fälle – und das ist wahrscheinlich relativ schwierig, zu kontrollieren –, dass jemand sagt: Das ist praktisch, wir wollen auch unseren Freiraum haben und ins Kino und ins Theater gehen können. Schauen wir, dass wir an gewissen Abenden nachher auf ein solches Angebot zurückgreifen können. Und darum sage ich, das ist jetzt genau wieder das – ihr habt vorhin gesehen, wie schlecht die städtischen Kitas funktionieren. Und wenn wir das einführen, werden wir wahrscheinlich dann noch viel, viel höhere Kosten haben. Es wird noch viel, viel teurer sein. Und die Frage ist dann, ob das Angebot eben sinnvoll ist. Ich habe das Gefühl, das wird hier ein Problem geben. Und wenn wir die finanzielle Situation der Stadt Bern anschauen, sind wir der Meinung, dass man hier anders operieren muss als so, wie es verlangt ist. In Ziffer 4 wird verlangt, es sei zu überprüfen, welche Massnahmen die Stadt Bern als Arbeitgeberin einführen sollte, um Angestellte, die zu Randzeiten arbeiten (Stadtgrün, Entsorgung usw.) in ihren Betreuungsaufgaben zu entlasten. Also ich gehe jetzt davon aus, dass Stadtgrün nicht so viele Abendzeiten hat. Nicht machen. Etwas Aufräumen ist etwas anderes, aber das sind einige wenige Mitarbeiter. Und ich habe das Gefühl, dann würde die Stadt Bern wieder einen riesigen Aufwand betreiben, wahrscheinlich in 3 Vierteln der Kitas. Das heisst, dann müssten wir das Angebot haben und hätten wir vielleicht ein oder zwei Kinder, für die das spezielle Betreuungsmodell zugeschnitten ist. Und daher bin ich einfach der Meinung, das sei der falsche Ansatz. Man muss vielleicht auch im Haus geeignete Betreuungsmodelle suchen. Die Mutter des einen Kindes hütet auch das andere Kind. Das habe ich auch schon gemacht, die Hausfreunde der Tochter gehütet, weil die Eltern irgendwie einen Termin hatten oder was auch immer. Kein Problem. Solche Lösungen müssen wir anvisieren. Aber man kann nicht immer nach dem Staat und nach dem Geld rufen. Man muss schauen, in dieser Situation eine Lösung zu finden. Es gibt auch den Fall, das vielleicht einmal ein Notfall ist oder ein Elternteil krank ist und deshalb keine Betreuungsaufgaben übernehmen kann. Aber da muss man andere Lösung finden und nicht das. Ihr habt gesehen, ich komme wieder zurück zum Satz, den ich im vorherigen Traktandum gesagt habe: Bern kann Kita nicht. Und dann muss man nicht noch eine kompliziertere Lösung wählen, die sie nicht kann. Merci.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion SP-JUSO, Lukas Wegmüller.

Lukas Wegmüller (SP) für die Fraktion: Selbstverständlich geniesst dieses Postulat die volle Unterstützung der SP-JUSO-Fraktion. Dass die SVP hier wieder einen möglichen Missbrauch wittert, ist wie immer wenig überraschend. Es geht hier aber um eine Prüfung, wie hoch das Bedürfnis ist. Das Postulat spricht wichtige und zentrale Fragen der sozialen Gerechtigkeit, der Gleichstellung und der Würde arbeitender Menschen in dieser Stadt an. Bern lebt nicht nur vom Tagesbetrieb. Bern funktioniert, weil Menschen frühmorgens putzen, spätabends pflegen oder servieren, bis spät nachts Busse lenken

oder im Schichtbetrieb unsere Infrastruktur am Laufen halten. Doch viele dieser Menschen, vielfach Frauen, vielfach im Tieflohnsektor tätig, stehen vor einem Problem, das wir nicht ignorieren dürfen. Es gibt kaum Kinderbetreuung zu den Zeiten, zu denen sie arbeiten müssen. Politik beginnt dort, wo der Alltag konkret wird, und dieser Alltag zeigt: Frauen mit tieferen Einkommen können seltener auf institutionalisierte Betreuung zurückgreifen, nicht, weil sie das nicht wollen, sondern weil das System nicht für sie gemacht ist. Das aktuelle und bestehende Betreuungsangebot richtet sich primär an Bürotag. Wer zu Randzeiten arbeitet, steht allein da. Diese strukturelle Benachteiligung müssen wir aufbrechen. Entsprechend unterstützen wir die Abklärung, wie hoch das Bedürfnis nach Betreuungsangeboten ist. Kinderbetreuung zu Randzeiten ist kein Luxus, sondern eine notwendige Infrastruktur für eine solidarische und gerechte Stadt. Setzen wir mit dem Postulat gemeinsam ein Zeichen für eine Stadt, die niemanden im Stich lässt, schon gar nicht jene, die für uns alle früh aufstehen oder spätabends heimkommen. Herzlichen Dank für die Unterstützung.

Präsident: Danke. Für die Fraktion GLP/EVP, Janine Aeberhard.

Janina Aeberhard (GLP) für die Fraktion: Institutionelle Betreuungsangebote sind sehr wichtig und unterstützen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die GLP-EVP-Fraktion anerkennt wie die beiden Postulanten aber auch, dass diese Betreuungsangebote nicht für alle erwerbstätigen Eltern und deren Kinder gleichermassen zugänglich sind. Für Schichtarbeitende – wer Früh-, Spät- oder gar Nachtdienste hat, möglicherweise noch unregelmässig – sind die üblichen Öffnungszeiten von Betreuungsinstitutionen nicht hilfreich. Diese Familien bräuchten eine flexible Betreuungslösung mit Öffnungszeiten frühmorgens oder bis spätabends und vielleicht auch nicht fixe Betreuungstage. Aber wie das dann in der Realität tatsächlich genutzt würde, sehen wir ein paar Fragezeichen. Wir glauben, dass kaum jemand sein Kind dann wirklich, auch wenn es angeboten würde, bis 21 Uhr oder gar später in einer Kita oder anderen Betreuungsinstitutionen betreuen lassen würde. Es wäre nämlich wohl schon die Zeit, an der das Kind möglicherweise oder normalerweise ins Bett geht. Mit dem Rhythmus des Kindes wäre ein solches Betreuungsangebot nicht einfach so ohne Weiteres vereinbar. Gerade deshalb, auch wenn es sich um eine Betreuungslösung über Nacht handelt, greifen viele auf Lösungen aus dem privaten Umfeld zurück. Der Vorteil ist: Die Kinder können dann im eigenen Zuhause betreut oder bei einer bekannten oder verwandten Person untergebracht werden. Natürlich kommt das auf die konkrete Ausgestaltung an. Aber in der Fraktion kamen auch Zweifel auf, dass ein solches Angebot dann auch wirklich genutzt wird und eben den Eltern tatsächlich Entlastung bietet. Aber ja, in vielen Branchen und Berufen mit unregelmässigen Arbeitszeiten – ob das nun Hoch- oder Tieflohnsegmente sind, finde ich nicht so relevant –, aber auch, wenn man einfach ausserhalb der Büroöffnungszeiten arbeiten muss, stellt die familienexterne Kinderbetreuung eine grosse Herausforderung dar. Was wir anders sehen als die Postulanten, ist, wer denn ein solches Angebot überhaupt zur Verfügung stellen sollte oder wer bestehende Lücken in der institutionellen Betreuung schliessen müsste. Das ist für uns nicht zwingend die Stadt. Wir werden das Postulat auch deshalb ablehnen, weil wir den konkreten Prüfungsauftrag zumindest in einigen Punkten für nicht realisierbar halten. So kann die Stadt die Punkte 1.1 und 1.2 nicht überprüfen. An Personen, die ihr Kind zum Beispiel privat betreuen lassen, kommt die Stadt Bern ja gar nicht heran, also sie hat keine Kenntnis, wie viele Kinder privat betreut werden, und auch nicht über die Gründe, weshalb das so ist. Und auch die Befragung von Familien, die derzeit ein Kind zum Beispiel in einer Kita haben, kann nicht einfach ohne Weiteres durchgeführt werden. Von Familien mit

Betreuungsgutscheinen hat man zwar Kontaktmöglichkeiten und -daten, aber wenn die Kinder ohne Betreuungsgutschein betreut werden, vor allem auch in einer privaten Kita, kommt man dann auch schon wieder nicht an sie heran. Also die Frage ist hier: Wenn man das prüft, wie könnte man das machen? Und wir glauben deshalb nicht unter der gegebenen Form, dass diese Fragen, die die Einreichenden stellen auch tatsächlich überprüft werden und beantwortet werden können.

Präsident: Merci. Für die Fraktion GFL, Francesca Chukwunyere.

Francesca Chukwunyere (GFL) für die Fraktion: Wenig überraschend wird die GFL-Fraktion dieses Postulat annehmen. Ich habe es eigentlich schon erklärt, dass sie ähnliche Fragen in diesem Bereich gerne beantwortet haben möchte. Es sind schichtspezifische Fragen, das schleckt keine Geiss weg. Und wie man das dann löst – den Bedarf, den sehe ich auch – ich finde auch, es muss nicht jede Frage so geprüft werden, dass man wissenschaftlich relevante Resultate bekommt. Aber dass man den Fragen nachgeht, finde ich sehr wichtig. Und wie man das Defizit oder das Manko dann löst, da wünsche ich mir von der anderen Seite eine ebenso ergebnisoffene Haltung. Danke schön.

Präsident: Danke. Für die Fraktion der FDP, Oliver Berger.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Chancengleichheit ist wichtig. Aber hier wird der Bock ein bisschen zum Gärtner gemacht. Wir als FDP lehnen den Vorstoss der Postulanten ab. Es braucht keine zusätzliche Überprüfung und Lösungsansätze für die städtischen Kitas zu Randzeiten. Es gibt bereits genug private Kitas, die die flexiblen Möglichkeiten bieten und auch in den Randzeiten ein sehr gutes Angebot haben, ohne überproportionale Mehrkosten durch ein grosszügig ausgestaltetes städtisches Personalreglement. Wir lehnen deshalb das Ansinnen sowohl materiell als auch finanziell ab. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Merci. Für die Fraktion Mitte, Nicolas Lutz.

Nicolas Lutz (Mitte) für die Fraktion: Wir von der Mitte stimmen dem Postulat zu – nicht in allen Teilen, aber das Grundanliegen verstehe ich wirklich. Ich arbeite selber im Gesundheitswesen, arbeite auch am Wochenende und habe Mitarbeiterinnen, die das machen. Und ihr müsst euch schon bewusst sein, dass es ganz viele Leute gibt, die dann arbeiten, wenn wir im Apéro sind oder sonst irgendetwas wollen. Die arbeiten auch in der Nacht. Und natürlich gibt es grosse Unternehmen, die vielleicht Lösungen finden können. Aber es gibt ganz viele KMUs, das sind kleine Unternehmen, das ist ein Restaurant, das sind ganz viele andere, die nicht selber eine Kita oder eine Lösung bringen können. Und ich glaube, die Frage einmal zu klären – und man hat gesagt, wie man denn das machen will: man müsste halt vielleicht auch mit diesen kleinen Unternehmen reden und fragen, was ihre Mitarbeiter für Bedürfnisse haben. Ob das dann die Stadt machen muss, stelle ich in Frage. Am Abend um 11 Uhr ist es wahrscheinlich schwierig ein Kind in die Kita zu bringen, aber am Wochenende braucht es Angebote, weil die Leute auch am Wochenende arbeiten müssen. Und darum finde ich, ist das prüfenswert. Und dann muss man innovative Lösungen suchen und das kann eine städtische Lösung sein, aber es könnte eben auch gut eine private sein, weil die vielleicht flexibler sind. Und am Schluss spielt es diesen Leuten ja keine Rolle, wer das macht,

sondern es geht darum, dass ihre Kinder gut betreut sind. Und deshalb finde ich das prüfenswert und wir stimmen dem zu. Danke.

Präsident: Für die Fraktion GB/JA, Ronja Rennenkampff.

Ronja Rennenkampff (JA) für die Fraktion: Aus Sicht der GB/JA!-Fraktion sind Betreuungsinstitutionen Teil des Service public. Die GB/JA!-Fraktion begrüsst deshalb dieses Postulat, der Kinderbetreuung zu Randzeiten mehr Beachtung zu schenken. Viele hier wissen wahrscheinlich aus eigener Erfahrung, wie zeitaufwendig die Organisation der Kinderbetreuung ist. Diese intensiviert sich, wenn die Lohnarbeitszeiten sich zu Randzeiten abspielen. Für viele stellt das eine hohe Doppelbelastung dar und trifft vor allem auch weniger privilegierte Personen. Eltern die Möglichkeit zu geben, diese Organisation zu erleichtern, ist wichtig und richtig, denn Kinderbetreuung ist nicht Privatsache. Der Staat muss und soll Interesse daran haben, eine möglichst zugängliche und bezahlbare Kinderbetreuung zur Verfügung zu stellen. Dies fördert Konstanz im Leben des Kindes und reduziert Stress sowohl beim Kind wie auch bei den Eltern. Das kommt schlussendlich allen zugute. Die Stadt kann sich nicht auf dem heutigen Angebot ausruhen, denn dieses schliesst ganz viele Menschen aus, wird ihnen nicht gerecht und ist vor allem auch noch weit weg von echter Gleichstellung; erstens durch das zeitliche Angebot, wie auch durch die Kosten des Angebots. Es kann nicht sein, dass Kinder nur, weil ihre Eltern nicht von 8 Uhr bis 17 Uhr arbeiten, benachteiligt werden, und keine konstante Betreuung für sie zur Verfügung steht. Des Weiteren können die Betreuungsinstitutionen nicht nur der Elite zur Verfügung stehen, sondern müssen eben ein Teil des Service public werden. Echter Service public bedeutet, ein vollumfängliches und günstiges Angebot anzubieten. Echte Gleichstellungspolitik bedeutet nicht nur, gut situierte Mütter wieder möglichst schnell in den Arbeitsmarkt zu bugsieren, sondern dass alle die Wahl haben, wie sie die bezahlte und unbezahlte Arbeit koordinieren. Dafür muss der Staat Lösungen bieten. Die Punkte des Postulats sind vielfältig, und ich appelliere an den Gemeinderat, die Prüfung dieses Postulats ernstzunehmen und die verschiedenen Punkte eingehend zu prüfen, zum Beispiel eine Einführung eines Carefonds oder als Arbeitgeberin als gutes Beispiel voranzugehen. Merci.

Präsident: Gibt es zu diesem Vorstoss weitere Voten aus dem Saal? Das scheint nicht der Fall. Dann hat das Wort für den Gemeinderat, Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Das Postulat nimmt sehr wichtige Fragen auf, welche auch immer wieder Thema sind, auch bei uns in der Verwaltung, nämlich wie, von wem und wann werden Kinder ausserhalb derjenigen Care-Arbeiter*innen betreut, mit denen sie familiär verbunden sind. Welche Eltern sind auf andere Betreuungszeitungen angewiesen, als dies die privaten und städtischen Kitas und die Tagesbetreuungsstrukturen anbieten? Wir haben neben diesen genannten Angeboten, also Kita und Tagesbetreuung, noch das System der Tagesfamilien in der Stadt. Hier wird die Betreuungsarbeit von Tageseltern angeboten, welche einer anerkannten Tagesfamilienorganisation angehören. Der Zugang wird ebenfalls mit Betreuungsgutscheinen vergünstigt, und zwar auch für Schulkinder. Und diese Tagesfamilien haben sich einerseits seit Jahren professionalisiert und bieten andererseits eben Betreuung zu unüblichen Betreuungszeiten an, also am Abend, am Wochenende oder vereinzelt auch über Nacht. Die Zahl der Tageseltern und auch die Nachfrage nehmen jedoch seit Jahren kontinuierlich ab. Daneben kann ich noch ein weiteres Angebot nennen, nämlich das Kinderhaus in der

Elfenau. Das hat erweiterte Öffnungszeiten für Kleinkinder, Kindergarten- und Schulkinder. Dieses Angebot ist jedoch begrenzt und es ist eben einfach mal eins und nicht für alle Familien und Kinder gut erreichbar. Uns ist seitens Stadt und Gemeinderat daher zum Stand heute nicht bekannt, ob und in welchem Umfang eine Angebotslücke zu Randzeiten oder zu unüblichen Betreuungszeiten besteht. Die These aber, dass dort Lücken bestehen, die können wir bestätigen. Aber die ist im Moment nicht erhärtet bzw. ist nicht spezifiziert, wie diese Lücke genau aussieht. Der Gemeinderat beabsichtigt im Rahmen des sowieso laufenden Monitorings zur Kinderbetreuung in der Stadt Bern, diesen Bedarf vertieft abzuklären. Zudem sollen auch Eltern befragt werden, welche ihre Kinder heute nicht oder nicht vergünstigt betreuen lassen können. Und der Gemeinderat ist darum sehr gerne bereit, das Postulat entgegenzunehmen und auf die entsprechenden Fragen einzugehen und dort diese Prüfungen vorzunehmen.

Präsident: Merci. Wir kommen somit zur Abstimmung. Wer das Postulat erheblich erklären will, stimmt Grün, sonst Rot.

Abstimmung Nr. 008

2024.SR.0292

Annahme

Ja	45
Nein	18
Enthalten	2

Präsident: Das Postulat ist erheblich erklärt.

2024.SR.0291

8 Motion Bernhard Hess (SVP): Angemessene Kleidung an Stadtberner Schulen

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 8, Motion Bernhard Hess: "Angemessene Kleidung an Stadtberner Schulen". Der Vorstoss ist bestritten.

Bernhard Hess (SVP) für die Einreichenden: Vorab möchte ich meine Interessenverbindung bekanntgeben. Vor fast 30 Jahren habe ich für fast 8 Jahre der Schulkommission damals Bümpliz-Höhe angehört. Und jetzt, also etwa 25 Jahre später, bin ich schon seit 4 Jahren wieder in der Schulkommission Bethlehem. Ich erinnere mich, dass die Frage der Kleiderordnung immer und immer wieder ein Dauerbrenner an der Schule gewesen ist, in SchuKo-Sitzungen oder in den Klassenzimmern. Vor 30 Jahren waren Schülerinnen und Schüler, die in Trainerhosen zu Schule gekommen sind. Das waren meistens Buben in Adidas-Trainerhosen. Und schon damals hat man sich natürlich überlegt, was man in dieser Frage machen soll. Dagegen sind es heute vielleicht weniger Trainerhosen. Aber es sind zum Beispiel gerade im Moment wieder Flipflops, die man nicht so gerne sieht, oder es sind auch Spaghettiträgerchen, die man im Schulbetrieb nicht gerne sieht. Ich erinnere mich, dass man damals, wie auch heute zum Schluss gekommen ist, dass das Schulreglement keine Kleiderregeln kennt. Für die Kleidung und allgemein für das Erscheinungsbild der Schülerinnen und Schüler sind die Eltern oder die Erziehungsberechtigten selber verantwortlich. Auch Weisungen über

Haarfarbe oder Schminke stehen der Schule bislang natürlich nicht zu. Gemäss dem Schweizer Zivilgesetzbuch, ZGB, sind aber die Erziehungsberechtigten dafür verantwortlich, ich zitiere, "die körperliche, geistige und sittliche Entfaltung der Kinder zu fördern". So war es damals und auch heute. Bei den Eltern der Kinder mit Trainerhosen oder Flipflop oder eben anderen Kleidungsstücken, die man da nicht gerne sieht, wurde man vorstellig mit der Bitte, doch künftig auf Trainerhosen oder eben Flipflops und so weiter im Unterricht zu verzichten. Wie gesagt, eine gesetzliche Handhabung hat weder die Lehrerschaft noch die Schulkommission. In den Lehrerzimmern und auch an Elternabenden ist die Kleiderordnung aber immer wieder Gesprächsstoff. Interessanterweise dürfen die Lehrpersonen auch angemessene Kleider im Sportunterricht verlangen. Auch Schmuck im Sportunterricht kann verboten werden, sofern es eben gefährlich ist, zum Beispiel Halskettchen – oder Armringe beim Handwerken. Zudem kann die Schule verlangen, dass das Schulzimmer nur mit Finken betreten werden kann oder soll. Zum Schluss darf die Schulkommission oder die Schule verlangen, dass die Schülerinnen und Schüler sauber in die Schule kommen, sich die Haare waschen oder im Fall der damaligen Covid-Massnahmen Masken tragen. Angemessene Kleidung in der Schule, vor allem von Dresscodes, bietet einige Vorteile. So können soziale Unterschiede kaschiert werden. Eine Kleiderordnung kann aber auch als Respekt für die schulische Atmosphäre gesehen werden. Aus all diesen Gründen empfehle ich euch meine Motion für angemessene Kleidung in den Schulen zuzustimmen.

Präsident: Vielen Dank. Ihr könnt euch anmelden für Fraktionsvoten. Für die Fraktion GFL, Mirjam Roder.

Mirjam Roder (GFL) für die Fraktion: Vorab möchte ich gerne festhalten, dass ich noch selten so viel Freude an einer Antwort des Gemeinderates hatte und weil wir immer sagen, dass wir mit der Antwort nicht zufrieden sind, dachte ich, möchte ich vorab mal das Positive hervorheben. Die Motion verlangt eine Ergänzung des Schulreglements, um eine angemessene Kleidung an unseren Schulen verbindlich vorzuschreiben. Das kann auf den ersten Blick tatsächlich harmlos klingen. Aber auf den zweiten merkt man schnell: Diese Forderung ist nicht nur unnötig, sie ist auch höchst problematisch in ihrer Wirkung, in ihrer Begründung und in ihrer politischen Botschaft. Was hier vorgeschlagen wird, ist ein pauschaler Eingriff in die persönliche Freiheit von Kindern und Jugendlichen. Wie schon der Gemeinderat festhält, ist Kleidung Ausdruck von Persönlichkeit, Identität und kulturellem Hintergrund, besonders im Jugendalter. Eine Schule, die diese Selbstfindung nicht nur duldet, sondern aktiv begleitet, muss mit Vielfalt umgehen können, anstatt sie zu reglementieren. Zudem ist die Begründung der Motion, vorsichtig gesagt, unausgewogen. Wenn dort von übertiefen Dekolletees und zu kurzen Röcken die Rede ist, dann wird deutlich, dass solche Vorschriften vor allem weibliche Jugendliche betreffen. Das schafft nicht Sicherheit, sondern reproduziert Stereotypen und verlagert Verantwortung auf die falsche Seite. Es entsteht der Eindruck, dass Kleidung der Auslöser für Grenzverletzungen sei. Das ist eine implizite Täter-Opfer-Umkehr, die wir hier entschieden zurückweisen. Und nicht zuletzt ist die Forderung schlicht überflüssig. Die bestehenden Hausordnungen geben Schulleitungen und Lehrpersonen bereits heute die nötigen Mittel, um auf Einzelfälle und Konflikte pädagogisch angemessen zu reagieren. Ein zusätzlicher Dresscode würde nicht mehr Klarheit schaffen, sondern eher neue Reibungsflächen, Unsicherheiten und Ausgrenzung. Wir brauchen keine Modopolizei an unseren Schulen, sondern starke Lehrpersonen, die mit Jugendlichen in Dialog treten, und Strukturen, die auf Vertrauen, Respekt und Haltung setzen. Die Stadt Bern versteht sich zu Recht als Ort der Vielfalt, auch und gerade in Bezug auf Körper,

Identität und Ausdrucksformen. Diese Offenheit ist kein Risiko, sondern ein demokratischer Wert. Die GFL unterstützt deshalb die Haltung des Gemeinderates und lehnt die Motion klar und überzeugt ab. Denn Freiheit und Respekt entstehen nicht durch pauschale Kleidervorschriften, sondern durch ein Schulklima, das von Gleichwertigkeit und Verantwortung geprägt ist. Wer Kleidung reguliert, um Übergriffe zu verhindern, legt nicht die Regeln fest, sondern die Schuld falsch. Merci.

Präsident: Merci, als nächstes für die Mitte-Fraktion, Laura Curau.

Laura Curau (Mitte) für die Fraktion: Die Jugend achtet das Alter nicht mehr, zeigt bewusst ein ungepflegtes Aussehen, sinnt auf Umsturz, zeigt keine Lernbereitschaft und ist ablehnend gegen übernommene Werte. Das steht nicht im SVP-Parteiprogramm – dort würde es aber auch passen –, sondern auf einer Tontafel von etwa 3'000 vor Christus und genau dorthin gehört der Vorstoss. Eines muss ich den SVP-Motionäre zugestehen: Die Motion hat mich zurückkatapultiert in die 90er- und 00er-Jahre in meiner Schulzeit, als ich so angezogen war wie die Jugendlichen jetzt wieder. Und ich war auch in der Fraktion Spaghetti-Träger und in der Fraktion Minirock und ich habe am Schluss einen Bachelor gemacht und noch anderes. Also da sind andere schlechter herausgekommen. Hätte ich doch nun auch all die Kleider von damals behalten. Ich könnte sie heute sehr teuer in Secondhand-Stores verkaufen. Und ich finde es eigentlich noch schön, dass es wieder Mode geworden ist. Aber sicher bin ich damals, wie heute gegen unverhältnismässige Kleidervorschriften. Es ist nicht die Aufgabe des Stadtrats, über Kleidervorschriften überhaupt zu diskutieren. Eigentlich sollten Mitglieder einer Partei, die gross auf ihrer Website Freiheit stehen hat, diesen Slogan gerade wieder mit diesem Vorstoss abgeben müssen. Denn die persönliche Freiheit ist eine elementare Freiheit in unserer Gesellschaft. Der Gemeinderat hat die Motion – und darin kann ich meiner Vorrednerin zustimmen, es hat Spass gemacht, um die Antwort zu lesen – mit der nötigen Klarheit beantwortet. Und die Mitte-Fraktion lehnt die Motion selbstredend auch ab.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion GB/JA, Anna Jegher.

Anna Jegher (JA) für die Fraktion: Über den Inhalt dieser Motion müssen wir eigentlich nicht diskutieren. Der Gemeinderat hat in seiner wirklich sehr guten Antwort bereits zur Genüge ausgeführt, wieso diese Forderung kurz zusammengefasst einfach sexistischer Bullshit ist. Darum möchte ich an dieser Stelle lieber darauf hinweisen, dass das ja alles sehr schön und gut tönt, wie die Stadtberner Schulen laut der Gemeinderatsantwort mit diesem Thema umgehen. Ich bin allerdings nicht ganz sicher, ob das wirklich der Realität entspricht. Ich habe nach dem Lesen des Vorstosses kurz nachgeschaut und herausgefunden, dass beispielsweise auf der Website eines Schulhauses im Schulkreis Breitenrain-Lorraine Immer noch dieselbe Kleiderordnung aufgeschaltet ist, wie sie bereits im Jahr 2006 in den Klassenzimmern hing. Laut dieser Kleiderordnung ist unter anderem das Tragen von übermässigen Dekolletees und Hotpants, kurzen Minijupes und knappen Turnhosen nicht gestattet. Das dünkt mich angesichts der Antwort des Gemeinderats doch ziemlich widersprüchlich. Die Sexualisierung von insbesondere weiblich gelesenen Schülerinnen, die in der Antwort kritisch reflektiert wird, wird mit dieser Kleiderordnung einmal mehr verstärkt. Zudem führt allein die Situation, dass schlussendlich Lehrpersonen darüber urteilen, ab wann eine Hose zu knapp und ein Ausschnitt zu tief ist, zu ziemlich problematischen und teilweise auch übergriffigen Situationen. Deswegen, nehmt euch doch ein Beispiel an eure eigene Antwort: Schützt

die Schülerinnen an den Berner Schulen vor der unangebrachten Sexualisierung ihrer Körper und schmeisst diese veralteten Kleiderordnungen endlich weg.

Präsident: Merci. Ich erlaube mir ganz kurz den Hinweis auf die Charta "Respekt im Ratssaal". Das Votum wäre auch ohne den englischen Kraftausdruck sehr prägnant gewesen. Als nächstes für die Fraktion GLP-EVP, Denise Mäder.

Denise Mäder (GLP) für die Fraktion: Ich bin sehr froh, löst diese Motion so viele Emotionen aus, so viele Rednerinnen, die das Vorhaben nämlich in meinen Augen ins rechte Licht rücken. Es zeigt auch, dass wir 2025 in einem völlig anderen Zeitalter angekommen sind, als sich vielleicht die Motionäre befinden. Ja, die Motionäre fordern eine Festschreibung einer angemessenen Kleidung im Schulreglement der Stadt Bern. Und zur Begründung nennen sie Beispiele, die so scheint es, Missstände an den Berner Schulen aufzeigen sollen. Überraschenderweise werden dabei mehrheitlich Beispiele genannt, die weibliche Personen betreffen, Kleidungsstücke, die ablenken sollen: zu kurze Röcke. Und schon sind wir mittendrin – ein vorgeschriebener Dresscode für Schülerinnen und Schüler – Klammerbemerkung: oder vielleicht auch für Lehrpersonen, für weitere Personen an der Schule? Oder wer oder was ist überhaupt mit "allen Mitgliedern der Schulgemeinschaft" gemeint? – ist ein Eingriff in die persönliche Freiheit und sendet obendrein ein vollkommen falsches Signal. Wer entscheidet, was angemessen ist und was nicht? Wer kontrolliert das Ganze? Sind es die Lehrpersonen, die jeden Morgen vor Unterrichtsbeginn als Kleiderpolizei auftreten sollen? Eine Zusatzaufgabe ohne pädagogischen Mehrwert. Was diese Motion vor allem zeigt, ist ein veraltetes Rollenbild und den Vorwurf vermeintlicher Freizügigkeit. Und dieser richtet sich leider in der Regel an Schülerinnen, nicht an männliche Schüler. Mädchen/jungen Frauen wird damit die Verantwortung zugeschoben, dass sie Jungs oder Männer vom Unterricht ablenken können. Viel wichtiger wäre es, allen deutlich zu machen, dass egal, welche Kleidung getragen wird, weibliche Personen – oder niemand – als sexuelles Objekt wahrgenommen werden darf. Diskussionen über angemessene Kleidung gibt es vermutlich schon so lange, wie es Schulen gibt. Was sich bewährt hat, ist, die Diskussion gemeinsam zu führen, also zusammen mit den Schülerinnen und Schülern – und wir freuen uns sehr, dass es hierfür bereits sehr gutes Unterrichtsmaterial gibt und dieses auch an vielen Schulstandorten in der Stadt Bern umgesetzt wird – situations- und kontextbezogen im Dialog, in der Auseinandersetzung mit den verschiedenen Diskussionsfeldern Kleidung, Geschlechterstereotype sowie Diskriminierung im Zusammenhang mit der Kleiderwahl. Die Fraktion GLP-EVP wird die Motion natürlich ablehnen.

Präsident: Merci. Ich muss auch noch einmal sagen: Respekt im Ratssaal. Auch dieses Thema hatten wir in der Vergangenheit schon. Gruppenfotos und so: Entweder bringt ihr die ganz leise hin oder dann macht ihr sie bitte in der Ratspause. Als nächstes für die Fraktion SVP, Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion: Viele werden jetzt denken, dass das ein ganz komischer Vorstoss ist. Aber es liegt halt schon in den Kinderschuhen, dass man, wenn man in der Schule Gartenbau hat, Gummistiefel anzieht und vielleicht auch Arbeitshosen, wenn man in der Schule Rüben oder Zwiebeln setzt. Ich stelle mir vor: Mein Vater hatte einen Landwirtschaftsbetrieb, in dem er 40 Jahre lang Lehrlinge ausgebildet hat. Und ihr könnt euch nicht vorstellen, wie es war, als diese Kinder von der Schule gekommen sind und bei uns den ersten Lehrtag hatten. Da hat man denen zum Teil sagen müssen: Mit diesen Schuhen gehst du nicht in den Schweinestall oder hier musst du

Stiefel anziehen. Es hat halt auch ein bisschen einen erzieherischen Sinn. Manche finden es logisch, dass man nicht mit den Sonntagskleidern ins Werken geht oder man sich beim Malen etwas über die Kleider überzieht. Es ist Sache der Lehrerschaft, das immer wieder zu sagen. Und es ist auch ein Bedarf der Lehrerschaft da. Die Lehrerschaft hat immer diese Diskussionen, dass Kinder in die Schule kommen, die am Morgen den Trainer anziehen, nachher Mathematik haben und nachher mit dem Trainer ins Turnen gehen und nachher wieder irgendwie ins Handwerken und am Schluss noch ins Fach Gartenbau. Es hat auch eine erzieherische Seite, dass man ein gewisses Tenü anzieht. Wir sind nicht dafür, dass man Schuluniformen einführt, aber wir sind dafür, dass es verhältnismässig sein muss. Und wie gesagt: Es besteht ein Bedarf der Lehrerschaft. Das dürfen wir nicht vergessen. Es ist nicht das Thema der SVP. Es sind Schulleiter und Lehrerinnen und Lehrer, die machtlos sind, wenn Kinder mit den Finken in den Gartenbau gehen oder in Sonntagskleidern ins Werken kommen und dann wird die Kleider noch schmutzig und dann werden sie angerufen und es heisst: Was macht ihr mit den Kindern? Es müsste vielleicht trotzdem angepasst und reglementarisch an einem Ort niedergeschrieben sein. Besten Dank.

Präsident: Danke. Als nächstes für die Fraktion SP-JUSO, Dominique Hodel.

Dominique Hodel (SP) für die Fraktion: Die SP-JUSO-Fraktion ist vor diesem Vorstoss, der ein Reglement für angemessene Kleidung an Berner Schulen fordert, mehr als nur sprachlos. Wir halten ihn für absolut unangebracht und nicht zeitgemäss. Kleidung ist mehr als nur ein äusserer Schein. Sie ist ein Ausdruck von Identität und Kreativität, ein persönliches Statement zu sich selbst oder in den Worten der Bloggerin Jessica Valenti zu sagen: Kleidung ist eine Form der Kommunikation. Sie sagt, wie wir sind und wie wir uns fühlen und wer wir sein möchten. Die Forderung an ein Reglement für angemessene Kleidung birgt die Gefahr, dass wir in alte, überholte Stereotypen zurückfallen, die Mädchen, non-binäre Personen und Jungs in ihrer Ausdrucksweise einschränken. Anstatt unsere Schüler*innen in ihrer Individualität zu unterstützen, möchtet ihr sie in ein enges Korsett von Normen drängen, das nicht nur ihre Kreativität, sondern auch ihr Selbstwertgefühl beeinträchtigt. Die Diskussion über die Länge von Röcken oder die Passform von Oberteilen bis hin zur Tiefe des Dekolletees ist nicht nur unangemessen, sie wirft auch grundlegende Fragen auf. Wer wird durch die Kleidung von Kindern und Jugendlichen gestört? Sind es wirklich die Kinder und Jugendlichen selbst oder vielleicht die Erwachsenen, die in veralteten Vorstellungen gefangen sind? Wenn wir uns in der sommerlichen Hitze über bauchfreie Tops Gedanken machen müssen, sollten wir uns fragen, ob wir nicht wichtigere Werte wie Respekt und Toleranz vermitteln sollten, statt uns in Kleidervorschriften zu verlieren. Es ist entscheidend, dass wir ein respektvolles und inklusives Umfeld fördern, in dem die Individualität unserer Kinder und Jugendlichen gefeiert wird. Anstatt ihnen vorzuschreiben, was sie tragen sollen, sollten wir ihnen die Freiheit lassen, sich selbst auszudrücken und ihre Persönlichkeit zu entfalten. Wir, die SP-JUSO-Fraktion, finden diesen Vorstoss nicht nur unangemessen, sondern auch einen Rückschritt in der Diskussion um Gleichheit und Freiheit und werden somit den Vorstoss ganz klar nicht annehmen. Liebe SVP, nutzt eure Energien und tretet für eine Schulpolitik ein, die die Bedürfnisse und Rechte aller Schüler*innen respektiert. Vielen Dank.

Präsident: Danke. Für die Fraktion FDP, Georg Häsler.

Georg Häsler (FDP) für die Fraktion: Die FDP lehnt diesen Vorstoss ebenfalls ab. Es hat mich jetzt beim Zuhören sehr gefreut, wie viel liberaler Geist in diesem Haus doch noch weht, wenn es um Kleidervorschriften geht. Und jetzt ernsthafter: Es geht ganz sicher nicht um die Kleidung oder die angemessene Kleidung, wenn es darum geht, Gartenbauarbeiten zu machen. Vielmehr entnehme ich dem Vorstoss ein gewisses Moralin. Und wir haben die alten Zöpfe längst abgeschnitten. Das Tanzverbot in der Stadt Bern ist schon länger nicht mehr gültig. Und ich bin auch klar der Meinung – und das ist die Divergenz wahrscheinlich zu Ihnen auf der linken Ratsseite – dass die Schule eben keinen Erziehungsauftrag haben sollte, sondern dass die Schule Inhalte vermitteln soll und die Erziehung in der Eigenverantwortung liegt. Also ablehnen. Danke.

Präsident: Vielen Dank. Gibt es zu diesem Vorstoss noch weitere Voten? Erster von mehreren Einzelsprechern, Fuat Köçer.

Fuat Köçer (SP), Einzelvotum: Ich erlaube mir auch, ein paar Worte dazu zu verlieren, unter anderem als Pädagoge und Schulleiter. Ich frage mich, ob ihr mir bald auch verbietet, im Stadtrat in den kurzen Hosen anzutreten. Ich glaube, in den Bildungsinstitutionen geht es nicht darum, wie angezogen man auftritt, sondern welche Ressourcen vorhanden sind. Es wäre mir lieber, wenn man von eurer Seite, vor allem im Kantonsrat, dem Grossen Rat, mehr Ressourcen zusprechen würde für Bildungsinstitutionen, für Anliegen der Integration. Es ist der falsche Ansatz, so auf die Schule zu schauen. Der Vorstoss ist insofern problematisch, weil er eben einen sehr sexistischen, moralistischen oder moralisierenden Charakter in sich hat. Wer entscheidet, was die Norm ist? Wer entscheidet, wie die Kinder angezogen sein sollen? Nur weil für eine ältere Generation Trainerhosen nicht die Norm sind oder unangemessen sind, heisst das immer noch nicht, dass junge Menschen das nicht anziehen sollten. Vielleicht ist es eben auch genau eine Subkultur, in der sie ihre Freiheiten zum Ausdruck bringen können, indem sie anders angezogen sind und auftreten. Darum erachte ich es eigentlich in dem Ganzen auch eine Chance. Vor allem ist es der falsche Ort, um darüber zu diskutieren. Das städtisch zu reglementieren, macht hinten und vorne keinen Sinn. Je nach Schulstandort kann es punktuell Gegebenheiten geben, bei denen man diesbezüglich Herausforderungen hat. Dann müsste es über die Schulleitung mit den Lehrpersonen zusammen mit den Eltern eine Lösungsfindung geben. Aber städtisch so etwas zu reglementieren, das macht hinten und vorne keinen Sinn, weil nicht überall die gleichen Befindlichkeiten da sind. Und je nach Schulleitung wird es dann auch problematisch. Es müsste auch breiter gefächert gestützt werden. Je nach Grundhaltung der Lehrperson oder der Schulleitung kann etwas schon zu freizügig sein oder als sexualisiert erachtet werden, und jemand anderes findet das ganz normal. Und daher müsste es auch in einem breiteren Konsens angeschaut werden, wenn etwas in dem Sinn als grenzüberschreitend erachtet wird, aber sicher nicht städtisch reglementiert. Merci vielmals.

Präsident: Danke. Und als nächster Einzelsprecher, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Also, ich muss euch klar sagen, ich unterstütze den Vorstoss. Aber ich sage auch ganz klar: Wenn es um die Einführung von Schuluniformen geht, wäre ich ein ganz vehementer Gegner. Für mich ist Kleidung etwas von Individualität. Ich trage sehr gerne Farbe. Ich bin einer, der relativ frei ist. Aber verweise ich euch jetzt auf gewisse Artikel, die ihr teilweise in den Medien gesehen habt. Es gibt einfach wirklich manchmal Grenzen. Es führt wahrscheinlich schon zu einer Ablenkung der Mitschüler und vielleicht auch der Lehrpersonen, wenn jemand mehr oder weniger

nur so ein kurzes Tanktop und darunter vielleicht nicht einmal eine BH trägt oder was auch immer. Da gibt es für mich schon gewisse Sachen, die heikel sind – oder auch je nachdem, wie man die Hosen trägt oder nicht trägt. Also ich muss sagen, gut wäre ein Reglement – ich habe Fuat Köçer gut zugehört –, damit man hier ein bisschen allgemeine Kriterien hat, wenn der eine Lehrer es so sieht und der andere Lehrer würde vielleicht schon sagen, schickliche Kleidung heisse, man sollte wahrscheinlich ein langärmeliges Hemd tragen. Denn ein kurzärmeliges Hemd ist nach Knigge offenbar auch nicht erlaubt. Ihr seht, ich bin durchaus einer, der von diesen Normen abweicht. Ich trage heute auch keinen Kittel. Aber wir sollten einen gewissen Rahmen haben. Und dann habe ich vor allem noch etwas gesehen. Gewisse dieser Forderungen beziehen sich auf Mädchen, einen Teil auf die Schüler. Aber ich habe noch einen weiteren Punkt gesehen, den der Motionär nicht erwähnt hat. Aber ich sage den jetzt. Ich war noch nicht im Stadtrat, als die eingereicht worden ist. Aber dann ist noch ein Punkt – das sind die Lehrpersonen. Habt ihr schon gesehen, wie die Lehrpersonen manchmal herumlaufen? Da hat es also auch Fälle, bei denen man sagen muss, das wäre jetzt auch für einen Lehrer irgendwie nicht das erwartete Tenü, wenn man vom Schüler verlangt, er soll korrekt herumlaufen. Deshalb steht hier "Schulgemeinschaft". Ich bin nicht einer, der hier ein Rocksäum-Reglement machen würde, wie viel über dem Knie oder was immer. Da bin ich absolut dagegen. Es gab schon in Deutschland Diskussionen, dass man einfach gewisse ... Und ich bin weiss Gott nicht ein Moralist. Ich glaube, so gut solltet ihr mich kennen. Aber es gibt einen gewissen Punkt macht, an dem man einfach sagen muss: Das geht jetzt wirklich nicht. Darum habe ich gesagt, irgendwelche Tanktop oder Dekolletees, die teilweise an einer Schule deplatziert sind. Die Motion ist nicht eine Rocksäum-Motion. Damit hat der Gemeinderat die Möglichkeit, etwas vorzuschlagen, womit man mehr oder weniger allen Schulleitungen einen gewissen Massstab vorgeben könnte. Und das wäre wahrscheinlich auch eine Erleichterung. Denn was nützt es, wenn in Betlehem eine in einer Kleidung kommt, wozu man wirklich sagen müsste: Ja, das ist wahrscheinlich für gewisse Schüler- und Lehrpersonen eine starke Ablenkung? Das sollte man wahrscheinlich nicht machen. An anderen Orten sagt man dann schon, offene Schuhe oder was auch immer gehe zu weit. Und da bin ich der Meinung, hier würde man eben den Schulleitungen eine Möglichkeit, einen Handlungsrahmen geben, was geht und was nicht geht. Man könnte ein Merkblatt verteilen oder was auch immer. Ich gehe nicht davon aus, dass die Motion angenommen wird. Ich sage hier nicht irgendetwas über die Rocklängen oder was auch immer oder Ausschnitte. Aber ich glaube, dass man das ganz einfach machen würde. Darum kann ich dieser Motion zustimmen. Aber wenn die Schuluniformen kämen, würde ich dagegen kämpfen. Da bin ich ganz klar dagegen. Merci.

Präsident: Danke. Als letztes Votum vor der Pause, Michelle Steinemann.

Michelle Steinemann (Mitte), Einzelvotum: Ich kann es mir nicht nehmen lassen, dazu auch noch etwas zu sagen. Wenn ich den Vorstoss lese, dann erinnert es mich an eine Empfehlung, die mir einmal ein Kollege gab. Er hat mir gesagt: Wenn du deine Stelle beim VBS anfängst, musst du halt anfangen, ein bisschen unauffälligere Kleider anzuziehen, so ein bisschen beige und dunkelblau. Ich bin mir bevormundet und in meiner Persönlichkeit eingeschränkt vorgekommen, weil ich das einfach nicht bin. Kleider sind ein Ausdruck von Identität, Zugehörigkeit und Persönlichkeit und das wandelt sich auch mit dem Alter. Und gerade in dieser Entwicklungsphase ist es essenziell, die eigene Persönlichkeit zum Ausdruck bringen zu können. Es ist nicht an uns, Kleidervorschriften

an Schulen zu erlassen. Sie können sich selber organisieren und wenn nötig auch reglementieren. Ganz abgesehen davon hält man sich besser an Regeln, die man in der Gruppe selber aufgestellt hat. Zum Rocksaum: Es gibt die Rocksaum-Theorie, die besagt: Je kürzer die Röcke, desto besser die wirtschaftliche Lage. Wenn ich die wirtschaftliche Lage anschau, dann wünsche ich mir noch viel mehr und viel kürzere Röcke. Danke.

Präsident: Merci. Somit sind wir am Ende der ersten Sitzung. Wir fahren um 20.30 Uhr mit der Debatte zu diesem Vorstoss fort.

Schluss der Sitzung: 18.59 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

02.09.2025

X



Signiert von: THOMAS CHRISTIAN BERGER

für das Protokoll

03.09.2025

X



Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:30 Uhr

Stadtrat anwesend

Tom Berger, Präsident

Valentina Achermann
Janina Aeberhard
Nadine Aebischer
Timur Akçasayar
Debora Alder-Gasser
Lena Allenspach
Emanuel Amrein
Mirjam Arn
Oliver Berger
Natalie Bertsch
Lea Bill
Laura Binz
David Böhner
Laura Brechbühler
Michael Burkard
Carola Christen
Laura Curau
Andreas Egli
Nik Eugster
Alexander Feuz
Jelena Filipovic
Sofia Fisch
Dominik Fitze
Katharina Gallizzi
Franziska Geiser

Helin Genis
Thomas Glauser
Bernadette Häfliger
Georg Häsler
Bernhard Hess
Dominique Hodel
Thomas Hofstetter
Stephan Ischi
Monique Iseli
Ueli Jaisli
Bettina Jans-Troxler
Anna Jegher
Raffael Joggi
Nora Joos
Ingrid Kissling-Näf
Fuat Köçer
Mirjam Läderach
Anna Leissing
Corina Liebi
Maurice Lindgren
Nicolas Lutz
Denise Mäder
Esther Meier

Salome Mathys
Matteo Micieli
Szabolcs Mihályi
Tanja Miljanovic
Dominic Nellen
Roger Nyffenegger
Cemal Özçelik
Chantal Perriard
Ronja Rennenkampff
Mirjam Roder
Sarah Rubin
Michael Ruefer
Judith Schenk
Lukas Schnyder
Tobias Sennhauser
Chandru Somasundaram
Michelle Steinemann
Ursula Stöckli
Irina Straubhaar
Johannes Wartenweiler
Lukas Wegmüller
Béatrice Wertli
Janosch Weyermann

Stadtrat entschuldigt

Gabriela Blatter
Francesca Chukwunere
Seraphine Iseli

Barbara Keller
Nora Krummen
Shasime Osmani

Mehmet Özdemir
Simone Richner

Gemeinderat anwesend

Marieke Kruit PRD
Alec von Graffenried SUE

Ursina Anderegg BSS

Melanie Mettler FPI

Stadtkanzlei anwesend

Claudia Mannhart, Leitung Stadtkanzlei

Ratssekretariat anwesend

Nadja Bischoff, Leitung Ratssekretariat
Mago Flück, Cornelia Stücker: Weibeldienste

2024.SR.0291

8 Motion Bernhard Hess (SVP): Angemessene Kleidung an Stadtberner Schulen

Präsident: Geschätzte Anwesende, es ist Zeit für die zweite Sitzung. Wir sind bei der Behandlung des Traktandums Nummer 8. Als nächste Einzelsprecherin hat das Wort Monique Iseli.

Monique Iseli (SP), Einzelvotum: Ich stehe hier in Birkis (Birkenstock) vor euch im Stadtrat und ich würde mich hüten, meinen Schüler*innen zu sagen, sie dürfen nicht in Flipflops in die Schule kommen. Ich möchte ganz kurz 4 Sachen sagen zu diesem Vorstoss der SVP. Erstens, wessen Anliegen ist das ganz genau? Ihr sagt, dass es nicht ein SVP-Anliegen ist, sondern es ist das Anliegen der Lehrpersonen. Ich würde sagen, den Lehrpersonen ist es ein Anliegen, dass sie auf keinen Fall ein solches sexistisches und veraltetes Anliegen ihren Klassen gegenüber und auch den Eltern gegenüber durchbringen müssen. Zweitens: Ich möchte sagen, dass der Vergleich Hygienebelange und Kleidervorschriften nicht funktioniert. Wir sagen den Kindern, sie müssen die Haare waschen, also können wir ihnen auch Kleidervorschriften geben. Nein, das geht nicht, das sind zwei ganz unterschiedliche Dinge. Hygienebedenken bei Kindern und Jugendlichen sind ein schwerwiegendes Problem und die Gespräche, die wir Lehrpersonen führen müssen mit den Kindern, die ein Hygieneproblem haben, sind nicht zu vergleichen mit dem Problem, dass mich als Lehrperson das T-Shirt einer Schülerin ablenkt. Und dann möchte ich eigentlich einfach noch etwas Letztes sagen und das schliesst gerade an diesem letzten Punkt an. Wenn ich als Lehrperson abgelenkt bin von dem T-Shirt meiner 17-jährigen Schülerin, weil sie keinen BH darunter trägt, dann bin ich nur eins, und zwar am absolut falschen Ort. Und wenn ich noch bemerke, dass meine anderen Schülerinnen oder Schüler abgelenkt sind von diesem BH-losen T-Shirt tragen, dann muss ich eines machen, und zwar diese Schülerin vor sexistischen Angriffen ihrer Mitschüler schützen. Das ist meine Aufsichtspflicht als Lehrperson und nicht, eine Kleidervorschrift durchzubringen.

Präsident: Als nächster Einzelsprecher Bernhard Hess. Ich glaube, du hast dich gerade abgemeldet. Gut.

Bernhard Hess (SVP), Einzelvotum: Ich mache hier eine kurze Replik. Grundsätzlich ist es natürlich trotzdem so: Man hat gesagt, es sei die persönliche Freiheit der Kinder, und die ist natürlich so oder so eingeschränkt. Zum Beispiel haben natürlich die Eltern die Erziehungsgewalt, wie es übrigens auch im Gesetz steht. Also die können im Prinzip natürlich auch eingreifen. Und sicher wäre ein wichtiger Faktor natürlich auch, dass die Eltern schauen, wie das die Schülerinnen und Schüler in die Schule gehen. Dann haben wir mittlerweile ein weiteres Problem, dass in der multikulturellen Gesellschaft einige Mädchen zum Beispiel ein Kopftuch tragen, also im Prinzip, sagen wir einmal, aus einem islamisch-konservativen Umfeld kommen. Und andere kommen natürlich aus einem, sagen wir einmal, liberalen oder linksliberalen Umfeld, wo natürlich das eigentlich überhaupt keine Rolle spielt, also das ist auch noch so ein bisschen ein Brennpunkt, den es geben kann im Zusammenhang jetzt eben mit diesen Fragen. Nachher habe ich mir da noch aufgeschrieben, was Fuat Köçer gesagt hat. Ich will es ein bisschen anders formulieren, ich hätte mir nie vorgestellt, noch vor einigen Jahren,

dass ich einmal in einem Parlament relativ locker, natürlich mit sauberen Hosen, sauberem Hemd und so im Parlament agiere. Und du hast nachher gesagt: "Ja, eben, ob du nicht sogar in den kurzen Hosen auffällst?" Das muss ich natürlich sagen: Wenn man ein eher konservatives Weltbild hat, gefällt einem das natürlich nicht, auch in einem Parlament nicht. Wenn man da mit kurzen Hosen einmarschiert, gefällt mir das persönlich nicht. Das ist noch lustig, ich wollte das abklären, bin aber noch dran: Also vor 30 Jahren, also in dieser Zeit, hat es noch ein Kleiderreglement gegeben für die Parlamentarierinnen und Parlamentarier hier. Und dann hat es also noch geheissen, also ungefähr, Herren tragen an ausgewiesenen hochsommerlichen Tagen Westen, Bundfaltenhosen, Hemden und Krawatten. Also um das nur so ein bisschen zu verdeutlichen. Und ich finde, wenn man in einem Parlament ist, dann wäre das natürlich auch so ein bisschen die Würde des Parlaments, die man vertreten würde. Das ist das. Nachher zu Georg Häslar: Es ist natürlich so, dass wir von der SVP natürlich neben einem wirtschaftsliberalen Flügel, wir natürlich vor allem auch einen, sagen wir mal, national-konservativen Flügel haben und da haben wir natürlich zum Teil dann natürlich ein bisschen eine andere Sichtweise, aber in anderen Fragen sind wir natürlich in der bürgerlichen Familie, das ist klar. Also ich würde jetzt einfach sagen, im Grossen und Ganzen kann man sagen, ich habe sicher diesen Vorstoss ein bisschen provokativ formuliert. Das ist auch ein bisschen der Parlamentarismus und die Chancen der Opposition, dass man vielleicht auch einmal ein bisschen stichelt, das habe ich vielleicht gemacht und ja, das ist unser gutes Recht, denn wir haben ja immerhin jetzt eine Diskussion anstossen können.

Präsident: Merci, ich habe keine weiteren Voten aus dem Saal. Ist das korrekt? Dann hat das Wort für den Gemeinderat Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Ja, die Frage, ob angemessene Kleidung – ganz fest in Anführungs- und Schlusszeichen, sage ich das –, ins städtische Schulreglement aufgenommen werden soll, berührt 3 zentrale Bereiche, auf die ich gerne eingehen möchte. Nämlich die Grundrechte, die Pädagogik und die Gleichstellung. Rein rechtlich gehört die freie Wahl der Kleidung zum Kernbereich des Rechts auf persönliche Freiheit, das ist in der Bundesverfassung verankert und wir alle stehen ja ziemlich sicher hinter der Bundesverfassung. Der Schutz der persönlichen Freiheit gilt auch für Kinder und Jugendliche, zudem liegt die primäre Erziehungsverantwortung gemäss Zivilgesetzbuch bei den Erziehungsberechtigten. Die gesetzliche Verankerung einer Kleiderordnung für Schüler*innen im Schulreglement wäre daher mehr als heikel und auch völlig unverhältnismässig. Aus pädagogischer Perspektive möchte ich darauf hinweisen, dass die Schule ein Lern- und Lebensraum ist, in dem täglich gemeinsame Regeln diskutiert und ausgehandelt werden und Kinder und Jugendliche, die können das sehr gut. Auch können sie zum Beispiel sehr gut damit umgehen, wenn sie eine Mitschülerin haben, die ein Kopftuch hat oder einen Mitschüler, der Flipflops anhat. Ich glaube, da kann man sehr gut darüber diskutieren, das ist meistens nicht so ein Problem wie bei älteren Personen. Wenn der Dialog über Kleidung, über Mode, Körperbilder, kulturelle und religiöse Ausdrucksformen in den Unterricht integriert wird, dann setzen sich die Schüler*innen mit gesellschaftlichen Normen auseinander und entwickeln einen eigenverantwortlichen Umgang damit und die Erfahrung zeigt eben, dass gemeinsam erarbeitete Regeln das gegenseitige Verständnis und die Akzeptanz weit mehr fördern als von oben starr vorgegebenen Verboten. In der Diskussion um angemessene Kleidung wird zudem oft der Aspekt der Gleichstellung vernachlässigt, denn Kleidervorschriften

treffen Mädchen und junge Frauen wie auch transidente Kinder und Jugendliche deutlich häufiger und viel strenger. Dadurch wird indirekt die problematische Botschaft vermittelt, dass ein bestimmter Kleiderstil von insbesondere Frauen, dass der unangemessen sei und dieses Verhalten andere provoziere. Eine solche Täter-Opferumkehr widerspricht fundamental unserem Ziel, sexualisierte Gewalt und Diskriminierung in jeglicher Form zu bekämpfen und wenn wir hier jetzt noch über Kinder und Jugendliche sprechen, die hier mitsexualisiert werden, dann kann man schon bald davon reden, dass eine rote Linie überschritten ist. Aus all diesen Gründen lehnt der Gemeinderat es ab, im Schulreglement Kleidervorgaben zu machen und der Blick in unsere Schulen zeigt, dass es ohne zentral vorgegebene Vorschriften grundsätzlich sehr gut funktioniert. Sicherheitsspezifische Kleiderhinweise im Sport- und Werkunterricht, das Verbot diskriminierender Aussagen auf T-Shirts, situative Gespräche oder gemeinsam erarbeitete Regeln, all das geschieht bereits heute differenziert und bedarfsgerecht vor Ort im Schulumfeld. Ich nehme aber sehr gerne die Recherche von Anna Jegher entgegen. Offenbar gibt es noch Ausnahmen und ich nehme das gerne mit und kläre das ab und werde das intern thematisieren. Die Flexibilität des gemeinsamen Erarbeitens, des gemeinsamen Regelfindens, das erlaubt Lösungen, die Alter, Schulstufe und konkrete Ereignisse berücksichtigen und die von Lehrpersonen, Schüler*innen sowie Erziehungsberechtigten akzeptiert und mitgetragen werden. Und aus all diesen Gründen lehnt der Gemeinderat diese Motion klar ab.

Präsident: Vielen Dank. Wir kommen somit zur Abstimmung über dieses Postulat. Wer es erheblich erklären möchte, stimmt Grün, wer es ablehnt, Rot.

Abstimmung Nr. 009

2024.SR.0291

Ablehnung

Ja	4
Nein	57
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt das Postulat abgelehnt. Bevor wir zum nächsten Traktandum kommen und wo die Abstimmung jetzt durch ist, erlaube ich mir kurz eine Bemerkung: Es ist korrekt, dass es in diesem Rat keine gesetzliche Kleidervorschrift mehr gibt, es ist aber auch korrekt, dass das Ratspräsidium eine Generalklausel hat bezüglich des parlamentarischen Anstandes. Ich möchte die Gelegenheit nutzen: Ihr dürft hier herumlaufen, wie ihr wohl seid. Was ich nicht akzeptieren würde, wäre barfuss, mit nasser Badekleidung oder mit freiem Oberkörper und letzteres bei sämtlichen Geschlechtern.

2024.SR.0302

9 Postulat Fraktion SP/JUSO (Bernadette Häfliger, SP/Emanuel Amrein, SP/Cemal Özçelik, SP): Ergänzungsleistungen für Working-Poor Familien

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 10. Das ist eine Teilrevision des Geschäftsreglements des Stadtrats. Ich gebe hier bei diesem Geschäft das Wort für die

vorberatende Kommission, GPK, an Lea Bill. Entschuldigt, sorry, ich habe ein Traktandum übersprungen, es tut mir leid. Wir sind bei Traktandum Nummer 9. Traktandum Nummer 9 ist das Postulat der Fraktion SP-JUSO: Ergänzungsleistungen für Working-Poor-Familien. Dieses Postulat ist aus den Reihen des Rates bestritten. Ich erteile das Wort für die Einreichenden an Bernadette Häfliger.

Bernadette Häfliger (SP) für die Einreichenden: Armut bedeutet immer Stress, Stress für das ganze Familiensystem. Es führt zu Verunsicherung, verursacht psychischen Druck. Armut hat bei Kindern gravierende Folgen und zieht immer Einschränkungen nach sich. Vor allem Einschränkungen in der Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und sozialen Leben. Armut beeinflusst die Gesundheit negativ, Armut schränkt die Bildungswege von Kindern massiv ein und zeigt damit sehr häufig negative Auswirkungen auch auf die Zukunftsperspektiven von ihnen. Sehr oft vererbt sich Armut genau gleich, wie sich Reichtum vererbt. Gerade in der reichen Schweiz wird Armut oft versteckt. Das hat sehr stark damit zu tun, dass mit Armut immer der Dünkel von Versagen, von verminderter Intelligenz oder von Faulheit verbunden ist. Unser Bildungssystem schafft es bis heute nicht, benachteiligte arme Kinder wirklich adäquat zu fördern. Die Situation hat sich in den letzten Jahrzehnten nicht ein Müh verbessert. Die Bildungschancen in unserem Land hängen nicht etwa von der Intelligenz, sondern fast ausschliesslich von sozioökonomischen Faktoren ab. Während den Kindern aus wohlhabenden Familien überdurchschnittlich oft das Gymnasium empfohlen wird, wird Kindern aus armen Familien bei gleicher Leistung und gleichem intellektuellem Potenzial sehr vehement das Gefühl vermittelt, es sei besser, dass sie entgegen ihren Interessen etwas anderes machen sollten. Fast jedes arme Kind, das eine höhere Schulbildung anstrebt, hört einmal den Satz, das ist doch nichts für dich, es braucht mehr als gute Noten. Um die bestehenden Vorurteile zu untermauern, werden Menschen hervorgehoben, die es aus einer armen Familie stammend trotz allen Widerständen geschafft haben, erfolgreich eine Karriere zu machen. Dass diese Menschen gegen alle klassizistischen Vorurteile etwas Aussergewöhnliches geschafft haben, ist unbestritten. Was mich an dieser Darstellung stört, ist allerdings, dass damit aufgezeigt werden soll, dass man es schaffen kann, wenn man sich nur genügend anstrengt, und das ist in den allermeisten Fällen eben gerade nicht wahr.

Der Ausbildungsgrad der Ursprungsfamilie ist ein ganz wichtiger Faktor für Armut. Aber auch die Familienkonstellation. Alleinerziehende Mütter sind fast mit 20,1% bzw. bei jungen Müttern im Alter von 24 bis 34 Jahren sogar mit einem Anteil von 41,2% am stärksten von Armut betroffen. Menschen mit Migrationshintergrund sind fast doppelt so oft arm wie andere. Je mehr Kinder in einem Haushalt leben, desto grösser ist das Armutsrisiko und je jünger die Kinder sind, desto häufiger ist die Familie arm, was in erster Linie einen Hinweis auf die Möglichkeiten familienexterner Betreuungen gibt. Deshalb lässt sich das Problem der Familienarmut auch nicht allein mit einem städtischen Mindestlohn lösen, obwohl das natürlich ein weiteres wichtiges Puzzleteil wäre. 2022 sind gemäss den Kriterien der Stadt 11,6% der Berner Haushalte einkommensarm, mindestens weiter 4% der Haushalte sind armutsgefährdet. Das sind fast 23'000 Menschen und mindestens 7'500 Kinder in unserer Stadt. 5,5% der Kinder und Jugendlichen in der Schweiz müssen aus finanziellen Gründen auf jegliche kostenpflichtigen Freizeitbeschäftigungen verzichten. 6,1% können nie eine Ferienwoche ausserhalb des eigenen Zuhauses verbringen. Viele von diesen Kindern haben noch nie neue Kleider oder altersgerechte Bücher gehabt. Solche Entbehrungen beeinträchtigen die Chance auf eine soziale Integration erheblich. Obwohl die Armutsquote in der Stadt Bern zwi-

schen 2012 und 2022 ganz, ganz leicht, nämlich um 0,2% gesunken ist, ist in der Mehrheit der gebräuchlichen Quartiere die Armutsquote gestiegen. Das zeigt, dass wahrscheinlich die Anzahl armer Menschen in der Stadt Bern nicht abgenommen hat, sondern einfach mehr reiche Menschen zugezogen sind. Im Quartierteil Bodenweid beispielsweise beträgt die Quote an armen Haushalten 64,7% und im Freudenberg 34,6%. Ich habe diese Zahlen zusammengetragen, um euch aufzeigen zu können, welche Relevanz unser Postulat hat.

Es ist nicht einfach ein Nischenthema, das wir heute Abend besprechen. Und ich möchte heute auch nicht darüber debattieren müssen, ob man einen armen Menschen arm nennen darf. Arme Menschen haben kein Problem mit dem Begriff arm. Arme Menschen haben kein Problem damit, dass man das Problem offen benennt. Arme Menschen haben ein Problem damit, dass man ihr Problem auch in einer linken Stadt zu wenig ernst nimmt. Arme Menschen haben ein Problem damit, wenn man ihnen patriarchal vorschreibt, was sie zu tun haben. Mit Ergänzungsleistungen für Familien können Familiensysteme massiv entlastet, gestärkt und den Kindern aus armen Familien die Startchancen real verbessert werden. Nach Ansicht der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren und auch der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) sind Ergänzungsleistungen für Familien ein wichtiges Instrument zur Bekämpfung der Familienarmut und ein Ausweg aus der Sozialhilfeabhängigkeit. Bisher haben die Kantone Genf, Solothurn, Tessin, Waadt Familienergänzungsleistungen eingeführt. Die Ergebnisse sind vielversprechend. Die Familienarmut ist in diesen Kantonen rückläufig und die Situation der Familie hat sich dort deutlich verbessert. Wenn man Kinder aus der Sozialhilfe holen kann, stärkt das in erster Linie die Würde und die Autonomie dieser Menschen. Und es hat auch einen volkswirtschaftlichen Wert. Diese Kinder werden im Erwachsenenalter öfter einem Job nachgehen, der ihren Interessen und Fähigkeiten entspricht. Sie werden Steuern und Sozialversicherungsabgaben zahlen. Solche Kinder werden als erwachsene Menschen gesünder sein und damit das Gesundheitssystem weniger belasten. Ich hoffe deswegen sehr, dass der Gemeinderat das Postulat nicht nur zur Annahme empfiehlt, sondern sich bei der Bearbeitung sehr ernsthaft überlegt, wie das Anliegen des Postulats in der Stadt Bern rasch umgesetzt werden kann. Ich könnte nicht akzeptieren, wenn einfach auf die kantonale Zuständigkeit verwiesen würde, weil im Kanton Bern bei den Gemeinden durchaus eine subsidiäre Zuständigkeit für solche Leistungen besteht. Ergänzungsleistungen für Familien sind eine Investition in die Zukunft von Menschen, die sich auf jeden Fall auszahlt.

Präsident: Merci, ihr könnt euch anmelden für die Fraktionsvoten. Für die Fraktion GB/JA!, Anna Jegher.

Anna Jegher (JA) für die Fraktion: Die GB/JA!-Fraktion begrüsst den Vorschlag dieses Postulats, die Einführung einer städtisch finanzierten Ergänzungsleistung für Working-Poor-Familien zu prüfen. Eine solche Ergänzungsleistung, wie sie heute bereits in 4 anderen Kantonen existiert, wäre eine sinnvolle Massnahme in der Armutsbekämpfung und insbesondere, um zu verhindern, dass Armut weitervererbt wird. Denn ob bei Kindern oder Erwachsenen, Armut ist nie selbst verschuldet, sondern ein Systemversagen. Armut hat erhebliche Auswirkungen auf die Chancengerechtigkeit und die soziale Integration von Kindern. Gleichzeitig zeigt der Anfang des Jahres veröffentlichte Bericht zur finanziellen Lage der Haushalte in der Stadt Bern im Jahr 2022 auf, dass die Armutsquote aufgeschlüsselt nach Haushaltstyp bei alleinerziehenden Müttern am höchsten ist. Insgesamt sind laut dem Bericht 11,6% der Haushalte arm und weitere 4% ar-

mutsgefährdet. Und wir haben offenbar nicht einmal einen Konsens, dass es die Aufgabe des Arbeitgebers ist, existenzsichernde Löhne zu bezahlen. Wenn der Lohn nicht zum Leben reicht, weil Arbeitnehmende nicht als Menschen, sondern als Ausbeutungsobjekte des freien Markts verstanden werden, braucht es zusätzliche sozialpolitische Massnahmen, um dieser strukturellen Armut entgegenzuwirken, die über die Sozialhilfe hinausgehen. Es gibt verschiedene Gründe, warum armutsbetroffene Menschen keine Sozialhilfe beziehen. Die im Vorstoss erwähnte Stigmatisierung kann ein Grund sein, aber auch befürchtete ausländerrechtliche Konsequenzen sind häufig ein Grund, warum Menschen ihren Anspruch auf Sozialhilfe nicht geltend machen. Durch diese absurde und unmenschliche Verknüpfung von Sozialhilfe und Migrationsrecht müssen sich Eltern von armutsbetroffenen Familien ohne gesicherten Aufenthaltsstatus zwischen finanzieller oder aufenthaltsrechtlicher Prekarisierung entscheiden, mit entsprechenden Konsequenzen für die Kinder. Zusätzlich ist der Zugang zu Unterstützungs- und Betreuungsangeboten aufgrund sprachlicher Barrieren für viele dieser Familien weniger gut gewährleistet. Und durch den fehlenden Zugang zur Sozialhilfe fallen zudem wichtige Angebote zur Erwerbsintegration weg. Aus diesem Grund unterstützt die GBJA!-Fraktion die Prüfung einer Einführung einer städtisch finanzierten Ergänzungsleistung für Working-Poor-Familien wie auch die Prüfung weiterer Unterstützungsmöglichkeiten ausserhalb der Sozialhilfe.

Präsident: Merci, als nächstes für die Fraktion GFL, Carola Christen.

Carola Christen (GFL) für die Fraktion: Die GFL-Fraktion sympathisiert ebenfalls mit der Stossrichtung und mit der Absicht dieses Postulats und wird auch deshalb der Überweisung zustimmen. Unsere Bedenken beziehen sich auf die Methode, wie Ergänzungsleistungen eingesetzt werden bzw. dessen möglichen Auswirkungen auf die Individuen, wie dies auch bereits Anna angesprochen hat. Ist den Einreichenden bewusst, dass gerade ein grosser Teil der Working Poor in der Stadt Bern einen Migrationshintergrund haben? Gerade für diese Bevölkerungsgruppe kann der Bezug von Ergänzungsleistungen starke Auswirkungen haben. Der Bezug von Ergänzungsleistungen muss den Migrationsbehörden gemeldet werden und diese gelten als Sozialhilfebezüge und können deshalb einen negativen Einfluss auf die Wieder- bzw. Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung haben. Es besteht also, wie schon von Anna angesprochen, ein Zielkonflikt mit dem übergeordneten AIG (Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration). Zweitens: Macht es Sinn, mit solchen staatlichen Leistungen die Privatwirtschaft quer zu finanzieren, welche es laut jüngsten Aussagen des Arbeitgeberverbands Präsidenten ja nicht einmal mehr für notwendig findet, dass die Privatwirtschaft existenzsichernde Löhne bezahlt. Uns scheint es daher zielführender, wenn sich die Stadt dafür einsetzen würde, dass Menschen berufsbegleitend Ausbildungen erwerben können, welche hier anerkannt sind und die ihnen nach Abschluss tatsächlich bessere, lukrativere berufliche Möglichkeiten eröffnen würden und sie unabhängiger machen würden von den unwürdigen Arbeitsbedingungen, die sie ja aktuell sozusagen annehmen müssen, damit sie hierbleiben können, weil ihr Aufenthaltstitel an die Arbeit geknüpft ist. Ein stark integrativer Ansatz also, den wir verfolgen würden. Nichtsdestotrotz kann eine Prüfung gerade in diesem Punkt nicht schaden und daher stimmen wir dem Postulat zu.

Präsident: Merci, als nächstes für die Fraktion SP-JUSO, Emanuel Amrein.

Emanuel Amrein (SP) für die Fraktion: Die SP-JUSO-Fraktion unterstützt selbstverständlich das Postulat. Das Anliegen soll sorgfältig und umfassend geprüft werden mit dem Ziel, Familien und Kinder in prekären Situationen zu unterstützen. Damit sie nicht in die Sozialhilfe abrutschen und aus der Armut ausbrechen können. Ein Viertel der sozialhilfebeziehenden Menschen in der Stadt Bern sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Sie leben meist in Familien, in denen die Eltern arbeiten, aber auch das Einkommen nicht ganz zum Leben reicht. Ergänzungsleistungen für Familien sind ein anerkanntes und funktionierendes Instrument, das bereits in 4 Kantonen angewendet wird. Der Kanton Freiburg führt die Familienergänzungsleistung als 5. Kanton 2026 ein. 6 weitere Kantone prüfen zurzeit die Einführung. Der Kanton Bern macht das nicht. Wir können davon ausgehen, dass er das früher oder später im autonomen Nachvollzug auch einführen wird. Er arbeitet einfach in diesem Bereich, man kann es nicht anders sagen, im Schnecken tempo. Das SKOS, die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe, betont in einem kürzlich veröffentlichten Grundlagenpapier erneut die Wichtigkeit und die Bedeutung der Familienergänzungsleistungen. Sie führen zu einer Besserstellung der Familien mit tiefem Einkommen, andererseits entlastet sie die Sozialhilfe und vor allem kann damit verhindert werden, dass Kinder und Jugendliche nicht in Armut aufwachsen und es braucht nicht viel. Wenn man die Zahlen der Auswärtigen im Kanton Solothurn oder Waadt zum Beispiel anschaut, dürfte es möglich sein, die Stadt Bern bereits mit ein paar 100'000 Franken oder einem tiefen, einstelligen Millionenbetrag etliche Familien entscheidend zu entlasten. Wir sind gespannt, vom Gemeinderat zu erfahren, was mit einer städtischen Lösung möglich ist, und darum unterstützt unsere Fraktion das Anliegen.

Präsident: Vielen Dank. Als nächstes für die Fraktion SVP, Ueli Jaisli.

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion: Ja, Working Poor das existiert, und zwar eigentlich häufiger, als man das annimmt. Ich selber arbeite auch so ein bisschen mit diesen Leuten zusammen. Und ich will mich jetzt nicht als arm bezeichnen, aber manchmal gibt es mir einfach schon zu denken. Wir haben hier Leute, die durchschnittlich vielleicht 3'500 bis höchstens 4'500 Franken im Monat verdienen, haben 2 Kinder zu Hause und da frage ich mich manchmal, wie die das machen. Man hat sich daran gewöhnt, man arrangiert sich, man streckt sich nach der Decke, man verzichtet auf Ferien, verzichtet auf das Auto. Ich habe ein Kollege, der fährt nur noch Velo. Es liegt einfach nicht mehr drin und man hat sich irgendwie daran gewöhnt, man hat sich sogar arrangiert, aber trotzdem ist es einfach schade für die Kinder. Natürlich verbaut es einfach gewisse Ausbildungsmöglichkeiten, weil die finanziellen Mittel fehlen und es ist einfach manchmal auch sehr, sehr schade, dass sich nachher zum Beispiel eben die jungen Familienmitglieder da nicht entsprechend entwickeln können. Oder wir haben – es ist euch vielleicht weniger bekannt – zum Beispiel im Verkauf, Coiffeure und auch im Gastgewerbe einfach Stundenlöhne zwischen 20 und 30 Franken. Man muss mit dem auskommen, ob man will oder nicht. Man hat keine andere Möglichkeit und das ist einfach manchmal auch ein bisschen schade. An und für sich habe ich Verständnis für die Forderung in diesem Postulat. Ob es wirklich in die richtige Richtung geht, alles mit Geld wieder zu retten? Ich glaube, es ist einfach auch ein bisschen ein gesellschaftliches Problem, das uns da begleitet und vor allem finde ich es einfach schade jetzt, dass man der Stadt Bern die Aufgabe geben will, diese Finanzen zu stemmen, die daraus entstehen werden. Das in Anbetracht der hohen Verschuldung, die wir hier haben, will man das einfach auf städtischer Ebene lösen. Aus meiner Sicht ist eine kantonale Lösung sicher erstrebenswert und man müsste auf dieser Stufe ein bisschen mehr Gas geben.

Man müsste stossen, damit man irgendwie eine Lösung finden kann. Aus diesem Grund lehnen wir das Postulat ab, den das zielt einfach wieder auf die Stadt, auf unsere Finanzen ab. Wir haben das Geld nicht für so etwas zu machen. Beim Kanton sieht es ein bisschen anders aus, aber wir sollten in diese Richtung das Problem nachher irgendwie lösen können. Danke.

Präsident: Für die Fraktion FDP, Georg Häsler.

Georg Häsler (FDP) für die Fraktion: Die soziale Realität, auf die das Postulat hinweist, die ist unbestritten. Es gibt Familien in unserer Stadt, die trotz Erwerbsfähigkeit finanziell kaum über die Runden kommen. Dieses Phänomen der Working Pool verdient eine sachliche Debatte, die führen wir gerade. Arbeit muss sich lohnen, wer den Wecker stellt, muss dafür belohnt werden, alles andere wäre nicht liberal. Sprüche, dass ein Lohn nicht zum Leben reichen muss, und das ist mir wichtig hier zu sagen, sind völlig daneben und eben auch nicht liberal. Auch wenn wir durchaus Sympathien für das Anliegen haben, die FDP-Fraktion empfiehlt das Postulat zur Einführung städtischer Ergänzungsleistungen für Erwerbstätige abzulehnen. Wir halten die vorgeschlagene Lösung in mehrfacher Hinsicht für problematisch. Erstens ist es ein Systembruch. Die Einführung einer Ergänzungsleistung für Familien bedeutet einen Eingriff in die bestehende Sozialarchitektur. Ergänzungsleistungen gehören traditionell und aus guten Gründen in die Verantwortung der Kantone. Wir sprechen also hier nicht über ein stufengerechtes Thema. 4 Kantone haben solche Massnahmen eingeführt oder geprüft, sie verfügen über die entsprechende Steuerhoheit, Sozialgesetze und flankierende Instrumente. Die Stadt Bern hingegen wäre mit einem solchen System strukturell überfordert und politisch isoliert. Mit einem Alleingang würden wir dem Kanton ein falsches Signal senden, dass die Stadt Bern übernimmt, was der Kanton nicht will, das ist politisch unklug und haushaltspolitisch gefährlich. Zweitens handelt es sich um einen massiven Eingriff, der mit hohen Kosten und dauerhaften Verpflichtungen verbunden ist. Ein kommunales Ergänzungsleistungsmodell ist nicht einfach ein Zuschuss mit Gutmenschetikette, es bedeutet ein vollständig neues Verwaltungsverfahren, eine komplexe Abgrenzung gegenüber bestehenden Leistungen und eine beständige Anpassung an Steuersysteme, Sozialrichtlinien, Haushaltszusammensetzungen und Lohnentwicklungen. Das mag alles ein bisschen langweilig klingen, aber darum geht es. Wir verhandeln hier etwas, das völlig systemfremd ist. Und dann drittens, es gibt auch sozialpolitische Überlappungen und Fehlanreize. Schon heute existiert ein breites Netz an sozialpolitischen Instrumenten. Ich muss sie nicht alle aufzählen, Prämienverbilligungen, Familienzulagen, wir werden später auch über GüWR reden. Viele der angesprochenen Familien profitieren bereits heute von mehreren dieser Leistungen. Eine zusätzliche Ergänzungsleistung würde Doppelspurigkeiten schaffen. Das ist nicht liberale Sozialpolitik, sondern institutionalisierte Kompensation ohne Entwicklungsperspektive. Das Anliegen des Postulats ist, ich habe es erwähnt und aus liberaler Sicht auch durchaus begrüssenswert, nachvollziehbar, aber der gewählte Weg ist falsch. Was wir brauchen, ist eine starke kantonale Lösung, keine städtische Einzelaktion. Was wir stärken müssen, ist die Eigenverantwortung, gezielte Hilfe, nicht neue pauschale Transfer. Was wir finanzieren sollten, sind nachhaltige Bildungs- und Integrationsmassnahmen, nicht neue Dauerleistungen. Deshalb sagen wir bei aller Sympathie Nein zu diesem Postulat. Herzlichen Dank.

Präsident: Vielen Dank. Gibt es weitere Voten aus dem Saal? Das ist der Fall. Dann hat das Wort für ein Einzelvotum Cemal Özçelik.

Cemal Özçelik (SP), Einzelvotum: Die Schweiz zählt zu den wenigen Ländern weltweit, die ein demokratisches, föderales System, eine mehrsprachige, bunte Kultur, gegenseitigen Respekt und Toleranz vorweisen können. Demokratische Werte gehören zu den Grundvoraussetzungen für die Entwicklung des Wohlstandsniveaus der Gesellschaft. Ebenso ist die soziale Wohlfahrt eine wichtige Quelle für die Verwirklichung demokratischer Werte. In dieser Hinsicht ist die Schweiz ein Land, das nicht nur für seine demokratischen Werte, sondern auch für sein Reichtum und sein hohes Wohlstandsniveau bekannt ist. Auch ihr Sozialsystem unterstreicht die Solidaritätsaspekte. All dies bedeutet jedoch nicht, dass die Schweiz kein problemfreies Land ist. Meiner Meinung nach sind die Ungleichheit und Ungerechtigkeit bei der Einkommensverteilung das grösste Problem, das unter den vielen anderen Problemen der Schweiz hervorsticht. Arbeitgeber tragen offensichtlich zur Verarmung der Arbeiterklasse bei, indem sie behaupten, Löhne müssten nicht zum Leben reichen und Sozialhilfeeinrichtungen könnten dieses Problem lösen. Niedrige Löhne sind eines der Hauptgründe für die zunehmende Armut in der Schweiz in den letzten Jahren. Der Kampf der Arbeiter gegen den Kapitalismus für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen geht weiter. Es handelt sich jedoch um einen langfristigen Kampf und wir wissen noch nicht genau, wie er in naher Zukunft aussehen wird. Und die Arbeiterklasse, alleinerziehende Väter und Mütter und Familien mit Migrationshintergründen, nicht der Willkür der kapitalistischen Klasse und Arbeitgeber zu überlassen, müssen wir zu verschiedenen Massnahmen greifen. Eine davon ist, den Arbeitern durch die Ergänzungsleistungen mehr Unterstützung zu gewähren. Wir müssen unsere Menschen, die zwar 100% arbeiten, aber ihre Familien nicht ernähren können, aus dieser schwierigen und qualvollen Situation befreien. Auch wenn es nur ein bisschen ist. Deshalb bitte ich Sie, unser Postulat zu unterstützen. Besten Dank.

Präsident: Vielen Dank, Cemal. Gibt es noch weitere Voten aus dem Saal? Das ist nicht der Fall. Dann hat das Wort für den Gemeinderat Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Vielen Dank für die intensive und sehr sachliche Debatte. Es geht hier um Working Poor und um Armut allgemein. Auch der Gemeinderat ist sehr besorgt über das Ausmass der Armut und der Armutsbedrohung in der Schweiz, aber auch bei uns in der Stadt Bern. Das wachsende Problem des Nichtbezugs von Sozialhilfe, das ist erkannt und hier arbeiten wir auch schon an verschiedensten Instrumenten. Es gibt nämlich sehr viele Instrumente, um Armut zu bekämpfen. Es gibt auch sehr viele Erfahrungen, welche wirken. Die Frage ist, welche wählt man in welchen Situationen und mit welchen Ressourcen und auf welcher Ebene, das hat die Diskussion heute Abend auch schon gezeigt. Bei Ergänzungsleistungen für Familien handelt es sich um eine neuere Sozialleistung, mit der das Familieneinkommen auf ein Niveau über der Armutschwelle angehoben wird. Untersuchungen zeigen, dass mit der Familien-EL wirkungsvoll Familienarmut bekämpft werden kann, und verschiedene Kantone, das haben wir gehört, haben inzwischen dieses Instrument eingeführt, namentlich Solothurn, Tessin, Waadt und Genf und neuerdings auch der Kanton Freiburg. Wir hier sind in der Situation, dass es auf unserer kantonalen Ebene schon mehrere Versuche gab, dieses Instrument ebenfalls einzuführen, leider erfolglos bis heute. Was ja aber nicht heisst, dass wir uns alle nicht weiter dafür engagieren sollen. Das freut mich sehr, heute Abend zu hören, unter anderem von der SVP und der FDP, dass sie motiviert sind, dieses von euch auch als wirksam anerkannte Instrument auf kantonaler Ebene versuchen, mit einzuführen. Wenn ich an die Parteizusammensetzung denke, dann sollte das eigentlich für eine gute Mehrheit im Grossrat reichen. Vielen Dank für euer

Engagement. Eine kommunale Familien-EL, die existiert zurzeit in keiner Schweizer Gemeinde. Der Gemeinderat ist bereit, im Rahmen dieses Postulatprüfungsberichtes diese Möglichkeit, aber auch die Grenzen einer städtischen Familien-EL vertieft zu untersuchen. Bereits ist allerdings jetzt absehbar, dass eine städtische Familien-EL, also genau analog wie es die Kantone kennen, sowohl hohe Kosten als auch eben eine Kostenverschiebung vom Kanton zur Stadt mit sich bringen würde. Hier müssen wir gut abwägen, mit welchen Instrumenten wir welche armutsbetroffenen Personengruppen erreichen. Für den Gemeinderat stellt sich deshalb insbesondere auch die Frage nach alternativen Unterstützungsansätzen für diese betroffenen Personengruppen, in denen es in diesem Vorstoss darum geht. Diese Fragen werden ja auch in den Ziffern 2 und 3 des Postulates ebenfalls aufgeworfen und im Rahmen der Prüfung sollen insbesondere auch diese Alternativen genau beleuchtet werden und wir werden gerne das ganze Postulat sehr gerne entgegennehmen und euch einen Vorschlag im Rahmen des Prüfungsberichtes dann zur Verfügung stellen.

Präsident: Vielen Dank. Bernhard, ich glaube, du hast dich vertippt. Wir kommen zur Abstimmung über dieses Postulat. Wer das Postulat erheblich erklären möchte, stimmt Grün, wer es ablehnt, stimmt Rot.

Abstimmung Nr. 010

2024.SR.0302: Erheblicherklärung

Annahme

Ja	41
Nein	17
Enthalten	7

Präsident: Ihr habt das Postulat erheblich erklärt.

2024.SR.0135

**10 Teilrevision Geschäftsreglement des Stadtrats: Änderungsantrag
Fraktion SVP: mangelhafte Antworten (GRSR)**

Präsident: Wir sind somit beim Traktandum 10, das ich vorhin schon einmal angekündigt habe. Es geht um die Teilrevision des Geschäftsreglements. Jetzt erteile ich das Wort für die vorberatende Kommission GPK an Lea Bill. Sie hält dieses GPK-Votum in Vertretung für die kranke Seraphine Iseli, der ist noch einmal guter Besserung wünsche.

Lea Bill (GB) für die Kommission: Die GPK hat das Thema "mangelhafte Antworten des Gemeinderates" ausführlich diskutiert und geht mit den Initianten einig, dass die Qualität der Antworten des Gemeinderates auf kleine Anfragen und Interpellationen sehr unterschiedlich ausfällt und Ratsmitglieder verschiedenster politischer Couleur mit den Antworten immer wieder mal nicht zufrieden sind und sich in ihren Fragen und Anliegen nicht ernstgenommen fühlen. Das finden wir als GPK auch oftmals sehr unbefriedigend und das ist aus unserer Sicht auch eine schwierige Situation. Die GPK ist aber aus verschiedenen Überlegungen zum Schluss gekommen, dass die folgende Teilrevision nicht zu einer Lösung des Problems beiträgt, und diese Überlegung werde ich euch gerne kurz darlegen. Der Hauptantrag verlangt, dass sich Ratsmitglieder ans

Ratssekretariat wenden können, wenn sie mit der Antwort nicht zufrieden sind und das Ratssekretariat dann quasi als Beschwerdestelle fungiert. Hier sehen wir von der GPK, wie im Vortrag auch erläutert, ein inhaltliches, formelles und betriebliches Problem. Etwas anders sieht es beim Alternativvorschlag aus, nämlich dass sich unzufriedene Ratsmitglieder an das Ratsbüro wenden können. Dieser Vorschlag erscheint aus Sicht der GPK logischer, weil es zumindest aus formeller und inhaltlicher Sicht die passendere Anlaufstelle ist als das Ratssekretariat. Trotzdem ist die GPK der Meinung, dass es für das Büro mit Blick auf die Ratseffizienz nicht möglich ist, dieser Aufgabe nachzukommen. Ausserdem birgt eine Beschwerdeinstanz aus unserer Sicht die Gefahr von weiteren Unzufriedenheiten. Das Gleichgewicht von Mehrwert und zusätzlichem Aufwand sehen wir hier nicht gegeben. Aus diesen Gründen lehnt die GPK die beiden Vorschläge des vorliegenden Antrags auf Teilrevision des Geschäftsreglements ab und empfiehlt dem Stadtrat, das ebenfalls so zu tun. Die GPK behält sich aber vor, sich im Rahmen ihrer Aufsichtstätigkeit zu einem späteren Zeitpunkt mit der Qualität der Gemeinderatsantworten und der Zufriedenheit der Einreichenden zu beschäftigen. Herzlichen Dank.

Präsident: Merci. Gibt es hier Voten. Für die Fraktion SVP, Alexander Feuz. Nein, du sprichst für die Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Okay, ich habe gemeint, dass ich als Antragsteller gehen kann. Also, wie gesagt, das ist ein wichtiger Vorstoss für uns. Ich danke der Vorrednerin, dass sie das Geschäft vorgestellt hat, und dafür sowie dagegen gesprochen hat. Ich möchte euch einfach eines sagen, wie geht es bei uns Stadträten, wenn wir einen Vorstoss einreichen? Er wird, wenn die formellen Voraussetzungen nicht erfüllt sind, wenn zu viele Fragen sind oder wenn es eine Interpellation ist, und es ist ein Postulat oder Motion, dann wird es zurückgewiesen, das völlig zu Recht. Das akzeptiere ich, im Sinn der Ratseffizienz, denn es macht keinen Sinn, dass der Gemeinderat sich nachher mit einem formell nicht korrekten Vorstoss beschäftigen muss. Zweiter Punkt: Das ist für mich dann das, wenn wir Vorstösse haben – ich schaue jetzt nach links, rechts und in die Mitte –, wo der Gemeinderat die Frage gar nicht beantwortet, dann passiert rein nichts, Nada. Dann sehen wir das einfach. Und ich habe dann auch schon früher einmal mit Luzius Theiler und mit Simone Machado X Vorfälle beanstandet, wo einfach Antworten unvollständig waren, Teilfragen gar nicht beantwortet waren, teilweise mit einer saloppen Art. Da bin ich der Meinung, wir sollten ein Korrelat haben. Und deshalb haben wir hier nachher eben die Anträge gestellt, und das Ratssekretariat genannt. Und wir haben das Ratssekretariat deshalb genommen, weil das eine Stelle der Stadt ist, weil eben das Ratsbüro unabhängig ist vom Gemeinderat. Deshalb sollten sie das machen. Das war mir auch wichtig, als ich den Antrag gestellt habe, dass die Stelle nicht abhängig ist, ob jetzt die Zusammensetzung links, bürgerlich oder was auch immer ist, dass wir eigentlich immer eine Konstanz in der Praxis haben. Das war mein Anliegen.

Und wenn man das nicht will, dann kann man sagen, das soll das Ratsbüro machen, da könnte ich auch noch damit leben. Wenn auf der einen Seite der Gemeinderat im Büro entscheidet – also das Büro kann entscheiden –, ob ein Geschäft dringlich ist oder nicht dringlich, dann haben wir häufig Entscheidungen, die nach meiner Auffassung unbefriedigend sind. Ich bringe immer den Fall von Luzius Theiler, der wollte, dass man die Bäume vor dem Bundeshaus erhalten würde. Und wir haben gesagt, dass wenn man das nicht dringlich erklärt, dann sei es nach 4 Jahren wahrscheinlich durch. Wir

hatten schon X Vorstösse, die man erst behandelt hat, nachdem die Sache schon gebaut ist oder was auch immer, und das ist falsch. Aber ich meine, wenn wir das haben, dann sollten wir auf der anderen Seite, wenn der Gemeinderat offensichtlich unsaubere Arbeit macht, dann muss man korrigieren können. Wir hatten einmal einen Fall, wo wir irgendein Objekt moniert haben, und da haben wir die falschen Hausnummern drin gehabt. Aber im Zeitungsbericht ist es ganz klar gewesen – es ist ein BZ-Artikel gewesen – irgendwie die Zähringerstrasse 22 auf die es sich bezogen hat. Und dann hat der Gemeinderat in einer grossartigen Art gesagt, die Zähringerstrasse 22 oder 24 ist nicht in unserem Portfolio. Und in dem Fall, bin ich der Meinung, muss man korrigieren können. Und das ist für mich eben gerade der Fall, wo man eingreifen sollte können. Wenn wir im Parlament sind, müssen wir einfach nicht alles schlucken. Wir haben sonst gar keine Möglichkeit. Was machen wir dann? Dann muss man eigentlich einen weiteren Vorstoss einreichen und dann natürlich noch sagen, warum habt ihr die Frage 3 nicht beantwortet. Aber das ist für mich der falsche Ansatz. Ich schaue wirklich nach links, nach rechts und in die Mitte, denn es geht mir hier darum, wenn der Gemeinderat offensichtliche Fehler macht. Denn es gibt immer Ermessenssachen. Ich rede nicht darüber, wenn man einfach feststellt, die Frage 2 ist nicht beantwortet oder die Frage 2.1 ist nicht beantwortet. Ihr habt das alle auch teilweise schon gehabt. Ich weiss immer, wenn man die Frage stellt: "Findet ihr das gut?" Dann sagt der Gemeinderat ja oder nein. Ich gebe euch jetzt einen Gratistipp: Ihr müsst immer noch einen Nachsatz machen. Ihr müsst sagen, wenn ja, warum, wenn nein, warum nicht. Aber ihr habt teilweise wirklich Antworten, bei denen ich einfach sage, überlegt euch das noch einmal, ob ihr das wollt. Wäre nicht der Antrag, denn wir machen richtig, dass man das eben hier überprüfen muss. Und ihr seht auch, wie wir es gemeint haben, wie wir das unterschiedlich machen könnten. Deshalb bitte ich euch, dem Vorstoss zuzustimmen. Danke.

Präsident: Merci, gibt es weitere Voten aus dem Saal? Theoretisch hätte hier der Gemeinderat das Wort. Es ist aber ein GRSR-Geschäft, ich denke ihr verzichtet? Der Gemeinderat verzichtet. Dann kommen wir zur Abstimmung. Jetzt müsst ihr ganz kurz gut aufpassen. Wir stimmen über den Antrag der GPK ab und die GPK beantragt quasi nicht einzutreten bzw. keine Teilrevision zu machen. Wenn ihr keine Revision wollt, müsst ihr Ja stimmen, wenn ihr wollt, dass es trotzdem eine Revision gibt, müsst ihr Nein stimmen. Wir stimmen über den Antrag der GPK ab. Wer dem Antrag der GPK Folge leisten will, den Verzicht auf Revision, stimmt Grün, wer diesen Antrag ablehnt, stimmt Rot.

Abstimmung Nr. 011

2024.SR.0135

Annahme

Ja	60
Nein	4
Enthalten	1

Präsident: Ihr folgt dem Antrag der GPK. Jetzt, ich weiss, es ist ein wenig witzlos, aber wir müssten es so machen. Seid ihr bereit, auf eine zweite Lesung dieses Geschäfts zu verzichten? Wenn ihr bereit seid, auf die zweite Lesung zu verzichten, stimmt ihr Grün, sonst Rot.

Abstimmung Nr. 012

2024.SR.0135: Verzicht auf 2. Lesung

2/3-Quorum erreicht

Ja	60
Nein	4
Enthalten	2

Präsident: Für den Verzicht auf eine zweite Lesung braucht es eine Zweidrittelmehrheit. Man muss kein Mathematikgenie sein, um zu wissen, dass 60 zu 4 bei 2 Enthaltungen eine deutliche Zweidrittelmehrheit ist. Das Geschäft ist somit verabschiedet, wir treten quasi nicht darauf ein, es gibt keine entsprechende Teilrevision des Geschäftsreglements. Und noch kurz zur Klärung, Alex, es ist effektiv so, dass es die einzige Geschäftsart ist, bei der es kein Votum der Einreichenden gibt, sondern nur einfach dann der Fraktionen.

2024.FPI.0013

11 WLAN Access Points und Switches base4kids: Ersatz; Investitionskredit

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 11, das ist ein Sachgeschäft mit fakultativem Referendum: WLAN Access Points und Switches base4kids, Ersatzinvestitionskredit. Für die vorberatende Kommission RWSU erteile ich das Wort an Michelle Steinemann, die noch angemeldet werden müsste. Merci.

Michelle Steinemann (Mitte) für die Kommission: Aktuell stehen die 218 Schulgebäude, 2420 WLAN-Zugriffspunkte, Access Points und 206 Access-Switches der Herstellerfirma Cisco im Einsatz. Sie haben das Lebensende erreicht und müssen darum erneuert werden. Um den stabilen und sicheren Betrieb weiterhin zu gewährleisten, müssen die heute eingesetzten Netzwerkkomponenten durch neue und leistungsfähigere Modelle ersetzt werden. Neben dem altersbedingten Ersatz der Infrastruktur sollen neu im Zusammenhang mit der Flexibilisierung des Unterrichts zusätzlich gebäude-nahe, beschattete Aussenbereiche an 17 Standorten mit WLAN erschlossen werden. Das erleichtert den Unterricht im Freien. Für den Ersatz der Geräte und den Zusatzbedarf für die Erschliessung der Aussenbereiche wird ein Investitionskredit in der Höhe von 4,97 Mio. Franken beantragt. Der Grossteil der Access Points und Switches muss bis 2026 ersetzt werden, neuere Geräte bis 2029. Zum Kredit gehören der Austausch der Switches und der Access Points inklusive Grundplatten, Inbetriebnahme und Anbindung an das vorhandene System durch die Lieferantin sowie der Rückbau und die Retournahme der alten Geräte, die Löschung der Konfiguration und die fachgerechte Entsorgung. Die Beschaffung ist nötig, weil die Hardware von den Access Points nach ihrem 7-jährigen Einsatz ihr Lebensende erreicht haben und auch die Gerätewartung seitens des Herstellers per Mitte 2026 ausläuft. Das Gleiche gilt für die Access-Switches, die nach dem 10-jährigen Einsatz ausgetauscht werden müssen. Ersatzteile sind fast nicht mehr verfügbar, die Hersteller bieten keine Wartung mehr an und Sicherheitsupdates werden keine mehr vorgenommen. Ein verspäteter Ersatz der Access-Points und der Switches hat zur Folge, dass die Sicherheit und der Betrieb der WLAN-Services für die Schulen nicht mehr gewährleistet werden könnten oder die Managementsoftware

sich so weiterentwickelt hat in dieser Zeit, dass die Geräte gar nicht mehr gewartet werden können. Darum macht es Sinn, nicht länger mit dieser Beschaffung zu warten und alle Geräte auf einmal auszutauschen. Bezüglich der zweiten Tranche der Geräte: Wenn die zweite Tranche dieser Geräte schon jetzt bestellt wird, ist die Planungs- und Kostensicherheit viel höher. Gerade heutzutage ist es nicht sicher, ob man so eine grosse Menge an Geräten in 3 Jahren zum Beispiel noch bekommt und dann auch nicht zu welchem Preis. Man erteilt also jetzt den Auftrag, würde aber dann, wenn der Austausch ansteht, die neueste Gerätegeneration der Lieferantin bekommen. Es ist also nicht so, dass bereits überholte Geräte in ein paar Jahren an den Schulen installiert werden würden. Bezüglich der Beschwerde: Die Beschwerde ist mangels Beschwerdelegitimation nicht gültig, die Beschwerde ist abgelehnt. Der Beschwerdeführer hat auch keinen Einspruch gemacht, er ist nicht an die nächste Instanz gegangen und damit ist die Beschwerde und das Verfahren definitiv erledigt. Die Kommission empfiehlt darum, das Geschäft zur Annahme.

Präsident: Merci, besteht bei diesem Geschäft Diskussionsbedarf? Der Diskussionsbedarf besteht. Laura, kannst du Michelle noch einmal schnell einloggen, weil dann gebe ich als erstes Michelle das Wort für die Fraktion Mitte.

Michelle Steinemann (Mitte) für die Fraktion: Danke. Es ist zentral, dass Schulen über ein ausreichend gutes und sicheres Internet verfügen. Die Beschaffung dieser Access Points und Switches ist sinnvoll, ebenso die zweite Tranche bereits jetzt zu bestellen, im Wissen, dass die Schulen trotzdem die neuesten und kompatiblen Geräte bekommen. Ebenso unterstützen wir die neuen Zugangspunkte in der Umgebung der Schulhäuser, weil damit die flexiblere Gestaltung des Schulunterrichts gefördert wird. Wir begrüssen den langfristigen Planungshorizont des Geschäfts und werden dem Investitionskredit zustimmen. Danke.

Präsident: Merci, für die Fraktion GFL, Mirjam Roder.

Mirjam Roder (GFL): Die GFL wird diesem Geschäft zustimmen, aber nicht ohne ein paar kritische Bemerkungen. Zunächst aber zum Positiven: Wir sind froh, dass die Beschwerde vom Tisch ist. Sie ist deshalb vom Tisch, wie Michelle schon gesagt hat, weil das Stadthalteramt aufgrund der fehlenden Beschwerdelegitimation gar nicht erst darauf eingetreten ist. Wie gesagt, wir sind froh darüber, denn das gibt zumindest Planungssicherheit. Trotzdem bleibt ein gewisser Nachgeschmack, denn juristisch korrekt war die Ausschreibung wohl nicht so ganz. Dass ein bestimmter Hersteller genannt wurde ohne den Zusatz oder gleichwertig, wie es das öffentliche Beschaffungsrecht eigentlich vorsieht, ist zumindest fragwürdig. Die Stadt argumentiert zwar, es sei nur um eine Auswahl unter verschiedenen Lieferanten innerhalb eines Herstellers gegangen, aber solche Graubereiche sind immer heikel. Wenn wir Wettbewerb und Fairness im Beschaffungswesen wirklich ernst nehmen wollen, müssen wir auch bei solchen Projekten darauf achten, dass der Zugang für Alternativen gewahrt bleibt. Wir fordern deshalb hier künftig mehr Sorgfalt bei der Ausschreibung. Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die Nachhaltigkeit. Die Geräte haben eine Lebensdauer von gerade einmal 7 Jahren. Das mag in der Informatik nicht ungewöhnlich sein, aber es ist dennoch zumindest ernüchternd. Gerade angesichts unserer Klimaziele müssen wir uns fragen, wollen wir uns tatsächlich von den Lifecycle-Zyklen grosser Hersteller abhängig machen. Sogar im Bericht heisst es, dass die Geräte eigentlich noch oft weiterverwendet werden könn-

ten, dass dies aber wegen der fehlenden Sicherheitsupdates nicht möglich ist. Wir müssen deshalb versuchen, langfristige Strategien zu entwickeln, wie wir unabhängiger von einzelnen Herstellenden werden, etwa durch modularere Systeme, längere Wartungsverträge, wobei auch das zumindest bei Rahmenverträgen durch das Beschaffungswesen erschwert wird, oder halt dann auch gezielte Open-Source-Lösungen dort, wo es sinnvoll ist. Zusammengefasst: Wir stimmen zu, weil es um den Betrieb der digitalen Infrastruktur an unseren Schulen geht und dieser muss, sichergestellt bleiben, aber wir erwarten, dass wir bei der nächsten derartigen Beschaffung sowohl in Bezug auf Rechtskonformität der Ausschreibung als auch bei der Nachhaltigkeit der Technologieentscheidungen deutlichere Fortschritte machen. Merci.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion AL/PdA/TIF, Raffael Joggi.

Raffael Joggi (AL) für die Fraktion: Ja, ich habe nicht mehr so viel zu meiner Vorrednerin hinzuzufügen. Unsere Fraktion hat Stimmfreigabe beschlossen bei diesem Geschäft. Ich persönlich werde das Geschäft ablehnen. Es geht natürlich nicht darum, dass nicht die Infrastruktur in den Schulen verbessert werden soll und dass die alt ist mit 10 Jahren ist auch noch plausibel. Wir wollen einfach hier in eine andere Richtung gehen, denn es kann nicht sein, dass wir uns immer beschweren, aber dann trotzdem immer quasi einstimmig diese Geschäfte durchwinken. Wir glauben auch, dass das Beschaffungswesen zumindest vielleicht hier oder besser, wir haben eine Hoffnung, dass das Beschaffungswesen hier eher auf unsere bestehende Infrastruktur eingehen kann. Also Ziel sollte eigentlich sein, dass nicht im Falle von Cisco-Switches heisst, es muss wieder Cisco sein, im Falle von Drucker heisst es dann nach 5 Jahren, es muss jetzt HP sein und dann heisst es wieder für die Informatik, sie muss ihre Print-Server neu konfigurieren und so weiter. Also durch dieses Ausschreibungsverfahren und durch diese kantonale Gesetzgebung ist es halt einfach so, dass wir hier in der Stadt alle 5 Jahre quasi zur Kasse gebeten werden, dass das Zeug alles wieder raus muss, neues Zeug eingekauft werden muss. Entweder kaufen wir es direkt ein oder wir mieten es quasi. Die Argumente sind immer die gleichen und sie werden eigentlich gefühlt auch immer so zurechtgebogen, dass es stimmt. Im Fall von Hardware bin ich persönlich der Meinung, dass es noch weniger dieses Lifecycle-Argument gibt mit der Sicherheit. Also Lifecycle heisst halt immer, dass das Zeug nach 5 Jahren nicht mehr gewartet wird und wenn man es nicht mehr warten kann, hat man die politische Verantwortung, wenn es dann nicht mehr läuft. Aber wenn man hier von einem Drucker redet oder vielleicht eigentlich auch von einem Switch meines Erachtens, sehe ich nicht, wenn das 5 Jahre sicher gelaufen ist, warum das alle 3 Monate ein Security-Update braucht, und das ist halt das, was aber trotzdem in diesen Verträgen steht. Lange Rede, kurzer Sinn, bei Software mag es ja noch stimmen, dass wir ziemlich schnell an die Wand gefahren würden, wenn Betriebssysteme und Office-Software dann nicht mehr gewartet werden. Bei Hardware und dann auch bei Druckern verschärft, das kommt dann, sehe ich das immer wie weniger. Und ich möchte hier einfach auch oder wir möchten hier von der Fraktion halt auch einen Punkt machen, dass wir hier bei der Beschaffung direkt in die Ausschreibung schreiben, wir sind ein Kunde, wir kaufen das ein, aber das ist unsere Infrastruktur und wir wollen die 10 Jahre und nicht nur 5 Jahre behalten beispielsweise. Das wäre nachhaltig, das wäre günstiger und ich glaube im Sinne aller. Vielen Dank.

Präsident: Merci, für die Fraktion SP-JUSO, Judith Schenk.

Judith Schenk (SP) für die Fraktion: Wie es die Vorredner*innen bereits gesagt haben, eine rechtzeitige Erneuerung ist wichtig, um die Netzsicherheit, den stabilen Betrieb sowie die pädagogische Nutzung digitaler Mittel im Unterricht weiterhin gewährleisten zu können, insbesondere angesichts des bevorstehenden Wartungsendes. Wir begrüßen auch die geplante Erweiterung der WLAN-Abdeckung auf ausgewählte Aussenbereiche. Diese Massnahme trägt unserer Ansicht nach der zunehmenden Bedeutung flexibler Unterrichtsformen sowie klimatischen Veränderungen, Rechnungen sowie dem Fakt, dass der Schulalltag zu einem grossen Teil digital geworden ist. Der beantragte Kredit stellt eine notwendige Investition in den funktionierenden Schulbetrieb dar und sichert die digitale Infrastruktur für die kommenden Jahre. Die SP-JUSO-Fraktion stimmt diesem Geschäft deshalb zu.

Präsident: Merci, gibt es weitere Voten aus dem Saal? Das scheint nicht der Fall zu sein. Du müsstest dich doch schnell anmelden. Natürlich hat für den Gemeinderat das Wort Melanie Mettler.

Melanie Mettler, Direktorin FPI: Danke auch der Referentin, Stadträtin Steinemann, für das vorstellen des Geschäfts. Ja, Sie haben es gehört, wir haben hier Geräte, und zwar in einem grossen Umfang, die ihr Lebensende erreicht haben und wie aber auch richtig ausgeführt wurde, ist dieses Lebensende nicht eigentlich durch die Hardware gegeben, sondern dadurch, dass die Gerätewartung durch den Hersteller nicht mehr gewährleistet ist und dann eben auch Ersatzteile kaum mehr verfügbar sind. Ohne Wartung, die Sicherheitsupdates sind auch ein Thema, nur eines von diversen, wie angefügt wurde. Mit diesem Ersatz wird einerseits die bisherige Qualität des Services zur Verfügung gestellt und gleichzeitig ist die neue Hardware auch energieeffizienter. Und nun erlaube ich mir noch ein Wort zu dieser Frage der Ausschreibungen und Beschaffungen. Ja, wir hatten erstens eine Beschwerde gegen diese Ausschreibung, weil der Hersteller des Produkts genannt wurde, das ist aber insofern unproblematisch, weil es ja verschiedene Anbieter gibt, die dieses Produkt herstellen und deswegen ist auch das Regierungstadthalteramt nicht darauf eingetreten. Eine ganz andere Frage ist dieser "Double Bind", in dem wir uns befinden als Bezügerin von IT-Dienstleistungen, sei das in der Hardware oder in der Software. Dort ist es sicher problematisch, wie sich der Markt entwickelt hat, weil man nämlich als Bezügerin gar nicht mehr den Wettbewerb spielen lassen kann und auch gar nicht mehr aus solchen Verträgen aussteigen kann. Es ist absolut in meinem Sinn, dass wir weitere Varianten prüfen, wie wir mit dieser Situation umgehen wollen, denn der IT-Markt verändern wir als Stadtverwaltung wohl alleine nicht. Danke.

Präsident: Vielen Dank, wir stimmen somit über dieses Geschäft ab. Wenn ihr dem Antrag des Gemeinderates folgen wollt, stimmt ihr Grün, ansonsten Rot.

Abstimmung Nr. 013

2024.FPI.0013

Annahme

Ja	56
Nein	3
Enthalten	3

Präsident: Ihr habt diesem Investitionskredit zugestimmt.

2019.FPI.000126

12 Entwicklung Viererfeld/Mittelfeld; Abgabe einer Landfläche im Baurecht an die Pensionskasse der Technischen Verbände (Baustein O51)

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 12, das ist ein Sachgeschäft ohne Referendum. Es geht um die Entwicklung Viererfeld/Mittelfeld, die Abgabe einer Landfläche im Baurecht an die Pensionskasse der Technischen Verbände beim Baustein O51. Für die vorberatende Kommission RWSU hat das Wort Lukas Schnyder.

Lukas Schnyder (SP) für die Kommission: Beim Projekt im Viererfeld geht es um die Abgabe einer Landfläche im Baurecht an die Pensionskasse der technischen Verbände, genauer gesagt geht es um den Baustein 51, den man an die Pensionskasse, die PTV der Vorsorgekasse der Architekt*innen und Ingenieur*innen vergeben will. Diese springt ein für die Personalvorsorgekasse der Stadt Bern, welche ausgestiegen ist. Beim Nebenbaustein 52 ist auch bereits die Pensionskasse der technischen Verbände zum Zug gekommen, weil hier die Pensionskasse der Berner Kantonalbank ausgestiegen ist. Mit dieser Vergabe hätte die PTV jetzt 2 Bausteine nebeneinander. Da nur sehr wenige Bauträgerschaften ein solches Engagement eingehen möchten und können und zur Schonung der städtischen Ressourcen hat sich der Gemeinderat entschieden, den Baustein 51 nicht öffentlich auszuschreiben, sondern mit gezielten Sondierungsgesprächen direkt zu vergeben. Die definitiven Baurechtszinseinnahmen können zurzeit noch nicht abschliessend beziffert werden, es wird aber damit gerechnet, dass der Barwert wie bei der Vorgängerin PVK über 5 Mio. Franken ist und deshalb liegt die Kompetenz bei uns, dem Stadtrat. Der Baurechtsvertrag wird für eine Dauer von 80 Jahren abgeschlossen und die Baurechtszinsen werden alle 5 Jahre angepasst. Die bisherige gemachte Planung der Pensionskasse der Stadt Bern übernimmt die PTV. Die Kommission empfiehlt euch, dieser Vergabe einstimmig zuzustimmen. Vielen Dank.

Präsident: Merci. Ihr habt es gehört, das Geschäft war einstimmig in der vorberatenden Kommission. Gibt es Diskussionsbedarf zu diesem Geschäft? Das ist der Fall. Ihr könnt euch einfach anmelden, dann ist automatisch Diskussionsbedarf gegeben. Als Erstes für die Fraktion GB/JA! hat das Wort Esther Meier.

Esther Meier (GB) für die Fraktion: Gemäss Vortrag wird, ich zitiere, "das Vermietungsangebot auf die Marktbedürfnisse ausgerichtet und soll qualitativ hochstehenden Ansprüchen genügen." Das Baurecht soll nach dem Rückzug der PVK also wieder an einen marktorientierten Träger abgegeben werden. Dass profitorientierte Investoren auf städtischem Boden bauen dürfen, erachten wir von der GB/JA!-Fraktion grundsätzlich als problematisch. Denn was die Stadt Bern braucht, sind bezahlbare Wohnungen und keine Luxusüberbauungen. Das heisst, es entstehen zwar zusätzliche Wohnungen, aber im völlig falschen Preissegment. Während die durchschnittlichen Mietzinsen in den letzten 20 Jahren in der Stadt Bern nur eine Richtung kannten, nämlich immer steil nach oben, verharrte der Leerwohnungsbestand auf extrem tiefem Niveau bei rund einem halben Prozent und damit sind wir beim "Aber" angelangt. Denn zur Bekämpfung der Wohnungsnot in der Stadt Bern müssen mehr Wohnungen gebaut werden und es ist wichtig, dass bei den städtischen Bauprojekten rasch vorwärts gemacht werden kann. Mit der PTV übernimmt eine Investorin den Baustein, die bereits Baurechtsneh-

merin im Viererfeld ist und dadurch von bisherigen Erfahrungen und Synergien profitieren kann. Vor allem aber übernimmt sie die bisherigen Planungen von ihrer Vorgängerin. Dadurch können grössere Verzögerungen vermieden werden und es entsteht möglichst schnell zusätzlicher Wohnraum. Dieses Argument haben wir im aktuellen Planungsstand des Projekts in der GB/JA!-Fraktion höher gewichtet. Wir werden der Baurechtsvergabe deshalb ohne Begeisterung und mit einigen Enthaltungen zustimmen, trotz den grundsätzlichen Vorbehalten gegenüber Baurechtsabgaben an profitorientierte Investor*innen. Umso dringender ist es allerdings notwendig, dass die Stadt Bern bei den weiteren Bauetappen im Vierer- und aktuellen Mittelfeld bereits bei der Ausschreibung ideale Bedingungen schafft für gemeinnützige Trägerschaften und den Bau von preisgünstigen und bezahlbaren Wohnungen einfordert.

Präsident: Danke, als nächstes für die Fraktion SVP, Ueli Jaisli.

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion: Ja, das Viererfeld, das ist einfach ein bisschen eine mühsame Geschichte dort oben. Ich muss ehrlich sagen, ich als Investor, wenn ich es wäre, würde dort also auch kein Geld investieren, weil mit diesen Auflagen, mit denen das ganze Bauvorhaben heute verbunden ist, kann man praktisch froh sein, wenn man auf 0,01 Renditen schlussendlich kommt, und das kann es einfach nicht sein. Ich hätte auch Mühe als Mieter dort zu wohnen, weil mit diesen Auflagen darf ich kein Auto haben oder eben muss ich zum Nachbar gehen und fragen, ob ich seinen Anteil kaufen darf, muss einem anderen Nachbar noch fragen, ob ich seinen Anteil auch kaufen darf, etc. Und jetzt vielleicht ein bisschen überspitzt gesagt, eben für jedes Zimmer müsste ich praktisch ein Velo kaufen. Das stimmt aber nicht, aber es überspannt wirklich den Bogen und wenn es so weitergeht, bezweifle ich, dass das Bauvorhaben überhaupt einmal richtig zustande kommt. Und jetzt auch hier mit dem Technischen Verband hat die Stadt natürlich eigentlich einen Handel gemacht. Wobei eben jetzt bei dem Handel ist der Ertrag für die Stadt so tief angesetzt, dass eigentlich der Technische Verband zusagen musste. Und solche Sachen finde ich einfach auch nicht richtig, dass irgendwie eben nachher jemand da ist, der das übernimmt, das Loch, das jetzt entstanden ist durch den Rückzug der anderen Unternehmen. Und also eben, wie gesagt, ich werde dem ganzen Geschäft da oder unsere Partei wird dem ganzen Geschäft nicht zustimmen. Danke.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion SP-JUSO, Lukas Wegmüller.

Lukas Wegmüller (SP) für die Fraktion: Die Stadt Bern entwickelt im Gebiet Viererfeld-Mittelfeld ein neues Quartier, das uns als SP-JUSO-Fraktion sehr wichtig ist. Im Stadtquartier Viererfeld-Mittelfeld entsteht guten und bezahlbaren Wohnraum in einem durchmischten und ökologisch nachhaltigen Quartier. Dass die SVP ein solches Projekt wie immer schlechtredet, ist schon fast ein Qualitätsmerkmal für uns. Die Pensionskasse der Technischen Verbände hat sich bei der Ausschreibung des benachbarten Bausteins 52 erfolgreich beworben, verfügt über die nötige Erfahrung, ein starkes Portfolio und ist in der Lage, anspruchsvolle Entwicklungsprojekte umzusetzen. Damit bietet sie Kontinuität und Planungssicherheit und das ist für die Stadt und vor allem auch für das Projekt einer gewissen Relevanz. Die SP-JUSO-Fraktion begrüsst darum die Übernahme und den Vertragsabschluss durch den Gemeinderat. Wir freuen uns, wenn es bei diesem Projekt endlich vorwärtsgeht, denn wir freuen uns sehr auf das Quartier. Vielen Dank für eure Unterstützung und eure Aufmerksamkeit.

Präsident: Merci, gibt es weitere Voten aus dem Saal? Für die SVP als Einzelsprecher, Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Wir sind nicht gegen zahlbaren Wohnraum, aber was im Viererfeld abgeht, ist es ein Riesenchaos. Ich bin auch noch gespannt, was noch alles hervorkommt. Ich glaube, man sieht jetzt vielleicht einfach ein bisschen die Bergspitze, aber was noch alles verborgen wird. Eine Berner Kantonalbank, das sind Leute, die rechnen können, das sind Leute, die aus dem Projekt ausgestiegen sind, weil es eben nicht rentabel ist, weil es eben ein Defizit ist. Es ist eine der grössten Überbauungen, die die Stadt Bern in der Geschichte gemacht hat. Ja, man hätte auch ein bisschen mehr in die Höhe bauen dürfen, dort hätte man eben bauen können, dann hätte man dann keine Einsprachen gehabt von der Denkmalpflege, aber nein, man hat die 16 Hektaren willkürlich verpfuscht. Durch die Innenarchitektur und durch das ganze Zeug. Schlussendlich bin ich gespannt, wie das finanziell herauskommt. Das wird ein Riesendesaster geben und es wird so herauskommen, dass man dann vielleicht noch bauliche Probleme hat, und deshalb lehnen wir ganz klar die Sache ab.

Präsident: Merci und somit jetzt für den Gemeinderat, Melanie Mettler.

Melanie Mettler, Direktorin FPI: Merci vielmals an Lukas Schnyder, Referent für die gute Vorstellung des Geschäfts. Sie haben es gehört, die Personalvorsorgekasse der Stadt Bern hat sich im November 2024 entschieden, sich aus dem Entwicklungsprozess zurückzuziehen und auf den Erwerb des Bausteins 051 zu verzichten. Der Rückzug der PVK erfolgt im Austausch mit der Stadt. Die Rahmenbedingungen haben sich insofern geändert, als die Priorität der PVK heute bei der Sanierung von Immobilien im bestehenden Portfolio liegt. Nun konnte für dieses Baufeld eine bereits bestehende Bauträgerin für ein Feld auf dem Viererfeld gewonnen werden, nämlich die Pensionskasse der Technischen Verbände. Pensionskassen legen Pensionsgelder an, die einen Ertrag erwirtschaften müssen, damit die Renten bezahlt werden können. Ich denke, Pensionskassen können rechnen und auch andere Bauträgerschaften wie die Mobiliar, die Burgergemeinde oder auch die AG Innere Enge können natürlich rechnen und wissen auch, dass auf dem Viererfeld attraktiver Wohnraum entsteht. Dieser attraktive Wohnraum ermöglicht es der Stadt dann eben auch, unterschiedliche Baurechtszinse zu vergeben und den gemeinnützigen Bauträgern einen entsprechend vergünstigten Baurechtszins anbieten zu können für die Leistungen, die sie erbringen im Bereich des günstigen Wohnraums. Ein Vorteil ist, dass die PTV auch die bisher erfolgte Planung im Detailkonzept inklusive den aus dem Prüfungsbericht im Detailbericht festgehaltenen Auflagen, alle Empfehlungen, Ausnahmeregelungen und auch das bisher beauftragte Planungsteam für die weiteren Planungsschritte übernimmt und wir somit auch mit diesem Wechsel der Trägerschaft in der Planung selbst nicht beeinträchtigt werden. Mit der PTV wird dereinst ein Baurechtsvertrag basierend auf dem Musterbaurechtsvertrag für marktorientierte Wohnbauträgerschaften abgeschlossen werden können. Ich bin froh, wenn Sie diesem Wechsel zustimmen und der Empfehlung Ihrer Kommission folgen.

Präsident: Vielen Dank. Wir stimmen somit über den Antrag des Gemeinderates ab. Wenn ihr dem zustimmen wollt, stimmt ihr Grün, wenn ihr den ablehnt, stimmt ihr Rot.

Abstimmung Nr. 014

2019.FPI.000126

Annahme	
Ja	61
Nein	5
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt diesem Geschäft zugestimmt.

2024.SR.0303

13 Postulat Fraktion SP/JUSO (Bernadette Häfliger/Lena Allenspach, SP): GüWR-Kriterien für armutsgefährdete Personen erweitern

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 13, ein Postulat der Fraktion SP-JUSO: GüWR-Kriterien für armutsgefährdete Personen erweitern. Das Postulat ist aus den Reihen des Rats bestritten. Ich erteile den Einreichenden das Wort. Für die Einreichenden hat das Wort, Bernadette Häfliger.

Bernadette Häfliger (SP): Die durchschnittlichen Mieten für eine 4-Zimmer-Wohnung in der Stadt Bern kostet gemäss Statistik 1'646 Franken. Damit man zu den Privilegierten gehört, die über eine solche Wohnung verfügen, muss man entweder schon sehr, sehr lange in einer solchen wohnen oder aber über sehr gute Beziehungen verfügen. Alle anderen Menschen zahlen deutlich mehr für eine 4-Zimmer-Wohnung in der Stadt Bern. Sucht man auf "Immoscout24" 4-Zimmer-Wohnungen, findet man zumindest am letzten Sonntag genau 2 Objekte. In der Stadt Bern braucht also eine 4-köpfige Familie für den Grundbedarf des SKOS, der aktuell bei 552 Franken pro Person liegt und einer durchschnittlichen Wohnungsmiete mindestens ein verfügbares Haushaltseinkommen von 46'226 Franken. Mit diesem Einkommen hat man dann auch keinen Anspruch mehr auf Prämienvverbilligungen durch den Kanton, womit die Familie weitere 18'177 Franken pro Jahr verdienen muss, um eine durchschnittliche Krankenkassenprämie bezahlen zu können. Diese Menschen gehen dann, wenn immer möglich, nicht zum Arzt, weil sie sich den Selbstbehalt nicht leisten können.

Präsident: Entschuldigung bitte, Bernadette. Es wird enorm unruhig im Saal, es ist mega warm, es ist 10 vor 10, aber bitte, wir sitzen noch 40 Minuten hier, haltet euch bitte an die Regeln. Ich verstehe Bernadette kaum und ich glaube, das Votum ist es wert, zuzuhören. Merci.

Bernadette Häfliger (SP): Merci. Man braucht also in der Stadt Bern für eine vierköpfige Familie wohlverstanden für das SKOS-Minimum beim Grundbedarf ein verfügbares Haushaltseinkommen von mindestens 64'403 Franken. Dazu kommen noch Steuern, die in diesem Segment etwa 10'000 Franken betragen dürften. Summa summarum liegt also die Eintrittsschwelle, um in der Stadt Bern wohnen zu können, für eine vierköpfige Familie bei 74'500 Franken. Der Mindestlohn in der Stadt Bern liegt aktuell bei 48'000 Franken, das ist auch der Mindestlohn für eine Fachfrau Betreuung in einer privaten Kita. Der tiefste Lohn bei der EWB liegt bei 52'000 Franken, im Bauhauptgewerbe bei 63'275 Franken und bei einer Pflegefachfrau bei 67'416 Franken, bei einer kaufmännischen Angestellten bei 59'400 Franken und, und, und. Ich möchte noch kurz auf den Grundbedarf, der 552 Franken eingehen, um mich der Definition der Armutsgefährdung zu nähern. Mit diesem Grundbedarf muss in meinem konkreten Beispiel bei

einer Familie, die keine Sozialhilfe bezieht, das Essen bezahlt werden, Kleider, Coiffeur, Schulausflüge, zusätzliches Schulmaterial, Zahnbehandlungen, Brille, der Selbstbehalt beim Arzt, Anschaffungen und jetzt gehe ich schon in die illusorische Sphäre bei diesen Einkommen für Beiträge für Sportvereine, eventuell für einen Musikunterricht oder für ein Instrument, Geburtstagsgeschenke oder Freizeitveranstaltungen. Dass das mit ganz grosser Wahrscheinlichkeit nicht aufgehen dürfte, ist jedem klar, der das entweder einmal ganz konkret durchrechnet oder schon einmal mit so wenig Geld auskommen musste. Familien mit dem Einkommen können anders als beispielsweise Studierende, die in diesen Medianeinkommensberechnungen der Stadt mit einfliessen, in aller Regel in Notfällen weder auf eigenes Ersparnis noch auf Ersparnis von ihren Eltern zurückgreifen. Das bedeutet Armutsgefährdung in der Realität. Es gehört zwar gerade zum politischen Mainstream, dass die Realität der sogenannten unteren Mittelschicht allein schon den Begriff ignoriert, die tatsächlichen Verhältnisse dieser Menschen negiert bzw. relativiert werden. In diese Kategorie gehört für mich die Aussage des Arbeitgeber-Direktor Müller, der sagt, dass die Wirtschaft nicht verantwortlich für existenzsichernde Löhne sei, genauso wie die Antwort des Gemeinderates auf unser Postulat. Zwischen der Realität und der Logik des Gemeinderates, die den Anspruch auf eine GüWR-Wohnung bei einem steuerbaren Einkommen bei weniger als 48'600 Franken festlegt, liegen fast 30'000 Franken. Das bedeutet ganz konkret, dass in der Stadt Bern Menschen, die der unteren Mittelschicht angehören, keinen Platz haben. Und das ist etwas, das ich persönlich nicht will. Ich will nicht, dass in der Stadt Bern nur noch Vermögende, Gutverdienende, Studierende und allenfalls noch ein paar Sozialhilfebezüger*innen leben können. Ich möchte in einer Stadt leben, in der auch eine Kita-Betreuerin, ein Bauarbeiter, ein Strassenreiniger, eine Pflegefachfrau oder eine kaufmännische Angestellte mit ihrer Familie sich genauso eine Wohnung leisten können. Und von dem ist die Stadt Bern in der Zwischenzeit meilenweit entfernt. Dadurch, dass die GüWR-Kriterien weiter verschärft worden sind, schleicht sich die Stadt einmal mehr aus der sozialpolitischen Verantwortung für Menschen, die sich als Working Poor ein Leben in der Stadt finanzieren müssen. Die Antwort auf unser Postulat zeigt dann auch in keiner Art und Weise auf, wie das geändert werden könnte. Wohin eine solche Ignoranz führt, zeigen, glaube ich, aktuell die Verhältnisse in den USA oder in Ostdeutschland. Ich bitte den Stadtrat, das Postulat zu überweisen und vom Gemeinderat einen differenzierten Postulatsbericht und Lösungen zu verlangen, die die im Postulat aufgeworfenen Fragen ernsthaft angehen und nicht einfach einer rechtsbürgerlich geprägten Meinung aufhocken. In dem Sinn bitte ich euch auch den Antrag des Gemeinderates, die Stellungnahme gleichzeitig als Postulatsbericht entgegenzunehmen nicht zu folgen.

Präsident: Danke, Bernadette und danke für den Geräuschpegel herunterfahren. Ihr könnt euch jetzt für die Fraktionsvoten anmelden. Für die Fraktion SP-JUSO, Lena Allenspach.

Lena Allenspach (SP) für die Fraktion: Unser Postulat verlangt eine Prüfung, wie die Kriterien für günstigen Wohnraum des Fonds für Wohnbau und Bodenpolitik so angepasst werden, dass nicht nur Armutsbetroffene, sondern auch armutsgefährdete Personen in den Genuss der vergünstigten Mietzinsen der GüWR-Wohnungen kommen. Diese Prüfung, und Bernadette hat es bereits ausgeführt, ist heute dringend nötig, denn die Lebenshaltungskosten steigen, der Wohnraum wird teurer, die Prämien sind für viele Familien kaum mehr bezahlbar. Gleichzeitig werden die Bemühungen für einen gesetzlichen und sozialpolitischen Mindestlohn auf Stadt- und jetzt auch auf Bundesebene blockiert und torpediert. Wir wissen, dass die Zahlen der Armutsbetroffenen und

Gefährdeten steigen und dass auch immer mehr Menschen und Familien betroffen sind, die sich knapp über diesen sehr tief definierten Grenzen der Armutsbetroffenheit oder auch der sogenannten definierten Armutsgefährdung befinden. Wenn wir von Armuts- politik sprechen, müssen wir zwingend auch über Wohnen sprechen. Wohnen ist das grösste Armutsrisiko, denn gerade bei tieferen, aber auch bei mittleren Einkommen ist die Miete der grösste Posten im Haushaltsbudget. Die Problemstellung geht bei Men- schen mit sehr wenig verfügbarem Geld aber über die reine finanzielle Problematik hinaus. Wer über wenig Geld verfügt, hat zunehmend und mehr Schwierigkeiten, über- haupt noch eine geeignete Wohnung zu finden. Zusätzlich drängen die Wohnkosten immer mehr auch Menschen in prekären Lagen, die bis anhin gut über die Runden kamen. Es braucht daher auch zwingend auf kommunaler Ebene Lösungen, damit nicht noch mehr Menschen in die Armut rutschen. Der Gemeinderat führt in seiner Antwort aus, dass aus seiner Sicht das Postulat bereits erfüllt ist. Diese Meinung teilt die SP- JUSO-Fraktion nicht. Die Stadt Bern tut bereits vieles im Bereich Wohnen und nimmt auch vielerorts in der Wohnpolitik eine Vorbildrolle ein. Diesen Weg müssen wir weiter- gehen und mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen. Gleichzeitig sind aber die Einkom- menslimiten der GüWR-Wohnungen so tief angesetzt, dass sie heute Menschen, die von Armut gefährdet sind, nicht davor schützen können, in ein strukturelles Defizit und damit in die Armut abzurutschen. Das Postulat verlangt eben daher eine Überprüfung dieser Kriterien und der Gemeinderat hat die aktuelle Ausgestaltung dieser Grenzen im Bericht dargelegt. Das Postulat ist aus Sicht der SP-JUSO-Fraktion jedoch damit nicht erfüllt. Wir nehmen daher das Postulat an und lehnen hingegen die Antwort des Ge- meinderates als Prüfungsbericht ab. Danke.

Präsident: Für die Fraktion FDP, Georg Häsler.

Georg Häsler (FDP) für die Fraktion: Ich habe immer noch meine furchtbare Ersatzle- serbrille, man entschuldige das Optische. Die FDP-Fraktion empfiehlt die Ablehnung des Postulats, nimmt aber den Prüfbericht zustimmend zur Kenntnis. Ich stelle fest, dass der Gemeinderat das Anliegen sehr ernst nimmt und entsprechend sorgfältig prüft und argumentiert. Die Stadt Bern ist, und es ist richtig so, eine soziale Stadt. Weshalb lehnen wir das Postulat aber dennoch ab? Erstens ist der Prüfauftrag sachlich überholt. Der Gemeinderat hat die Kriterien für die vergünstigten GüWR-Wohnungen in den letz- ten Jahren mehrfach angepasst, zuletzt 2023 unter Berücksichtigung der Preisentwick- lung. Die aktuellen Einkommenslimiten decken nachweislich auch armutsgefährdete Haushalte ab. Zweitens droht bei einer weiteren Auswertung der Kriterien eine Verwäs- serung der Zielgruppen. Die begrenzten Mittel des Fonds sollen jenen zugutekommen, die tatsächlich auf Unterstützung angewiesen sind, nicht dem unteren Mittelstand, und das ist eben auch eine soziale Haltung. Drittens widerspricht das Postulat dem Subsidiaritätsprinzip. Die Definition von Armutsgrenzen und Sozialhilfeschwellen liegt auch hier wieder beim Kanton, nicht bei der Stadt. Es kann nicht Aufgabe der Stadt Bern sein, kantonale Sozialpolitik durch Wohnsubventionen auszugleichen. Kurz, wir verste- hen das Anliegen, aber es ist sachlich erfüllt, finanziell riskant und politisch fehladres- siert. Und vielleicht noch ein Punkt. Ja, es stimmt, geschätzte Kolleginnen und Kolle- gen, am Ende des Monats fliesst bei einem guten Lohn sehr viel Geld in die Fixkosten. Das heisst aber, und ein Teil dieser Fixkosten sind jeweils auch die Steuern, und ich halte es für sinnvoller, vielleicht mit den Steuern runterzugehen und dort die Anreize zu schaffen, vielleicht auch mehr zu sparen, als einfach mehr Geld auszugeben. Gute Idee, schlechte Umsetzung, deshalb Ablehnung des Postulats.

Präsident: Für die Fraktion SVP, Stephan Ischi.

Stephan Ischi (SVP) für die Fraktion: Aus unserer Sicht haben wir schon einige Male argumentiert, dass die Entlastung von betroffenen Personen, und das stellen wir gar nicht in Abrede, über verbilligte Wohnungen oder über GüWR einfach der falsche Weg ist, und zwar grundsätzlich der falsche Weg. Die Einkommenssituation kann sich alle Jahre ändern, also in beide Richtungen, es kann auch jemand aus der Armut oder aus der Armutsgefährdung herauskommen, und eine Wohnungsmiete ist in der Regel etwas eher Langfristiges. Also muss man Armutsbetroffene oder armutsgefährdete Personen nicht so unterstützen, sondern direkt unterstützen und das kann man in politischen Prozessen wie nicht weggeben. Es kommt also auch nicht von ungefähr, dass Sozialhilfe, Krankenkassenverbilligung, Familienzulage, Arbeitslosengeld und eigentlich jede Hilfe den Begünstigten direkt pro Jahr gesprochen wird. Nehmen wir einmal das Beispiel, dass eine betroffene Familie eine Stadtwohnung mit GüWR bekommt und jetzt zu Reichtum kommt oder zu einem besseren Lohn. Was macht ihr dann? Streicht ihr den GüWR-Beitrag oder schiesst ihr sie raus? Denn sie besetzt eigentlich – die Familie, die aus der Armut gekommen ist – eine Wohnung, die einer armutsbetroffenen Person jetzt zugutekommen sollte. Und ausserdem wegen der reichen Leute, die hier in Bern sind und so, da müsst ihr euch keine Sorgen machen, die hat man schon relativ erfolgreich vertrieben, ziemlich viel von denen. Aus diesen Gründen sind wir weiterhin der Meinung, dass bedürftigen Personen, sagen wir es noch einmal, direkt geholfen wird und die Erweiterung der GüWR-Kriterien sicher nicht der richtige Weg ist. Merci vielmals.

Präsident: Vielen Dank. Gibt es hier weitere Voten aus dem Saal? Das ist nicht der Fall. Dann hat für den Gemeinderat das Wort, Melanie Mettler.

Melanie Mettler, Direktorin FPI: Ja, der Gemeinderat ist der Meinung, dass die Postulantinnen grosse und wichtige Themen ansprechen, mit denen sich die Schweiz auseinandersetzen muss, aber die natürlich auch für die Stadt Bern zentral sind. Und die konkrete Frage ist es, zu prüfen, wie wir in diesem Fall die GüWR-Kriterien des Fonds so anpassen können, dass auch armutsgefährdete Personen in den Genuss der vergünstigten Mietzinse der GüWR-Wohnungen kommen. Und weil der Gemeinderat der Meinung ist, dass das durchaus ein berechtigtes Anliegen ist, hat er auch beschlossen, dieses Postulat entgegenzunehmen und hat aber auch gleich diese Prüfung schon vorgenommen, weil es ja auch nicht Ultra kompliziert ist. Man kann hier schauen, ob es jetzt so ist, dass die GüWR-Wohnungen den Menschen zugutekommen, die darauf angewiesen sind und eben auch die Armutsgefährdeten und das ist mit den geltenden Ansätzen nach Meinung des Gemeinderates der Fall. Diese Wohnungen stehen auch armutsgefährdeten Personen zur Verfügung. Wir haben gemäss Selbstdeklaration sogar mehr Personen in GüWR-Wohnungen, die nicht Sozialhilfe beziehen, als solche, die Sozialhilfe beziehen. Wir bitten den Rat deshalb, dieses Postulat so entgegenzunehmen und aber auch diese Überprüfung als erledigt zu akzeptieren.

Präsident: Vielen Dank. Wir kommen somit zur Abstimmung. Zuerst über das Postulat. Wenn ihr das erheblich erklären möchtet, stimmt ihr Grün, sonst Rot.

Abstimmung Nr. 015

2024.SR.0303

Annahme

Ja	51
Nein	12
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt das Postulat erheblich erklärt. Wir stimmen somit darüber ab, ob ihr die Antwort des Gemeinderates als Prüfungsbericht annehmen wollt oder nicht.

Abstimmung Nr. 016

2024.SR.0303: als Prüfungsbericht

Ablehnung

Ja	30
Nein	36
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt dies abgelehnt, das heisst, der Gemeinderat wird einen neuen Prüfungsbericht schreiben. Kurz ein Hinweis, denkt bitte an die Karte von Mehmet, sie liegt da vorne auf. Es hat noch sehr wenige Unterschriften, verhindert einen Stau nach der Sitzung, ihr könnt jetzt unterschreiben gehen.

2019.SR.000258

14 Postulat Fraktion SP/JUSO (Bernadette Häfliger, SP): Gesellschaftliche Auswirkungen der digitalen Transformation in der Stadt Bern

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 14. Es ist eine Fristverlängerung, ein Postulat der Fraktion SP-JUSO. Diese Fristverlängerung wurde in der Kommission bestritten. Aus diesem Grund ist sie jetzt im Stadtrat traktandiert. Ich erlaube mir den Hinweis, wir führen eine Verhandlung über die Fristverlängerung und nicht über den Inhalt des Vorstosses. Für die vorberatende Kommission SBK hat das Wort Emanuel Amrein, der noch angemeldet werden müsste.

Emanuel Amrein (SP) für die Kommission: Das Postulat fordert vom Gemeinderat zu prüfen, welche Auswirkungen die Digitalisierung auf die Gesellschaft hat und wie die Stadt Bern darauf reagieren muss. Der Vorstoss beschreibt kurz und klar, dass es sich bei der digitalen Transformation um einen tiefgreifenden strukturellen Wandel handelt, in dem wir uns zurzeit befinden. Und dass dieser Wandel zu neuen Ungleichheiten führt. Erwähnt wird das Auseinandertriften von hochqualifizierten Digitalisierungsspezialist*innen auf der einen Seite und einer Masse an Arbeitslosen, Prekären und Offline-Menschen auf der anderen Seite. Die Digitalisierung verändert auch unser Sozialverhalten oder unseren Bezug zu Behörden und sie hat ihre Tücken. Wer schon einmal versucht hat, auf der Plattform kiBon einen Betreuungsgutschein in dieser Stadt zu beantragen, um das Thema von vorn aufzunehmen, der weiss, von was ich rede. Wichtig ist deshalb die Forderung in Punkt 4 des Postulats nach einem chancengleichen Zugang für alle Einwohner. In der Kommission wurde das Anliegen unterstützt

und die Wichtigkeit der verschiedenen Punkte unterstrichen. Der Gemeinderat soll sich dieser Fragen annehmen. Die Stadtpräsidentin und die Vertreter der Verwaltung haben glaubhaft dargelegt, dass sie das tun. Alle Kommissionen, Gemeinderat und Verwaltung waren sich einig, dass die Transformation rasant voranschreitet und damit auch die grossen Veränderungen, die sie mit sich bringt. Zur Diskussion Anlass gab das Tempo, mit dem diese Fragen bearbeitet werden. Der Vorstoss wurde am 12. September 2019 eingereicht. Ein halbes Jahr vor Ausbruch der Covid-Pandemie. In diesem Sinn ist der Vorstoss visionär. Wer von uns arbeitete 2019 im Homeoffice, wer verfügte über VPN und organisierte Videokonferenzen etc. Es ging dann bis Januar 2024, bis das Postulat hier im Rat traktandiert worden ist. Der Stadtrat hat das erheblich erklärt. Die Antwort des Gemeinderates folgte ein Jahr später, am 15. Januar 2025. In der Kommission war das Geschäft im Mai 2025. Heute ist der 12. Juni 2025 beantragt wird eine Fristverlängerung bis Januar 2026. In der Kommission wurde die Fristverlängerung grossmehrheitlich zugestimmt. Die Kommission fand es nachvollziehbar, dass der Gemeinderat im Rahmen der Digitalisierungsstrategie 2030 und umfassend berichten will. Eine Minderheit beurteilte eine Fristverlängerung als ein untaugliches Instrument, um der Digitalisierung zu begegnen und die Frist bis Januar 2026 als zu lang.

Präsident: Vielen Dank. Jetzt hat die Einreichende das Wort, wenn du möchtest. Du kannst dich anmelden. Als Einreichende hat das Wort Bernadette Häfliger.

Bernadette Häfliger (SP) für die Einreichenden: Ich rede auch für die Fraktion. Das Postulat hat eine sehr, sehr lange Ouvertüre, sodass das Finale spektakulär sein müsste. Ob ich es jedoch in dem Rat noch erleben werde, scheint mir mit zunehmend fragwürdiger zu sein. Vor 6 Jahren eingereicht, erst im Jahr 2024 vom Stadtrat überwiesen, jetzt eine weitere Fristverlängerung, bei der die SP-JUSO zwar zustimmen wird, aber mehr im Bewusstsein, dass eine Ablehnung einer Fristverlängerung wohl nicht wirklich zielführend wäre. Ich erlaube mir als Einreichende allerdings die Bemerkung, dass im Zusammenhang mit der Digitalisierung das Sprichwort, "Was lange währt, wird endlich gut", hier weniger zutreffen dürfte. Das Postulat verlangt vom Gemeinderat Szenarien zur digitalen Transformation, nur mit solchen lässt sich auch eine aktive Strategie entwickeln. Allerdings dürfte die endlose Verzögerung der Behandlung dieses Postulats auch eher dazu führen, dass sich viele mögliche Szenarien zum politischen Handeln in der Zwischenzeit erledigt hätten. Eine verpasste Chance, schade.

Präsident: Vielen Dank. Gibt es zu diesem Geschäft Fraktionsvoten? Gibt es Einzelvoten? Wünscht die Gemeinderätin das Wort? Für den Gemeinderat, Marieke Kruit.

Marieke Kruit, Stadtpräsidentin: Für den Gemeinderat sind die aufgeworfenen Fragen wichtig. Er teilt die Auffassung, dass die umsichtige Steuerung und Gestaltung der digitalen Transformation eine zentrale Aufgabe ist. Die digitale Entwicklung führt zu grossen Veränderungen in vielen Lebensbereichen, gleichzeitig eröffnet sich der Gesellschaft dadurch auch ein grosses Verbesserungspotenzial. Der Gemeinderat will den digitalen Wandel in der Stadt Bern so gestalten, dass ein dauerhafter Mehrwert für die Bevölkerung, die Wirtschaft und die Mitarbeitenden entsteht. Mit der Digitalstrategie 2030 der Stadt Bern will der Gemeinderat den digitalen Wandel in seinen Einflussbereich verantwortungsvoll mitgestalten und die neuen Technologien in den Dienst eines leistungsstarken digitalen Service public stellen. Die Arbeiten zur Digitalstrategie 2030 sind jetzt weit fortgeschritten und sollen 2025, also noch das Jahr, abgeschlossen werden. Mit der Digitalstrategie 2030 der Stadt Bern wird der Gemeinderat differenziert auf

Anliegen des Postulats eingehen können. Er beantragt deshalb eben diese Fristverlängerung um ein Jahr und ja Bernadette, ich hoffe sehr, dass du das noch als Stadträtin miterleben wirst.

Präsident: Vielen Dank, wir stimmen somit ab. Wenn ihr dem Antrag des Gemeinderates auf Fristverlängerung bis 21. Januar 2026 zustimmen wollt, stimmt ihr Grün, sonst Rot.

Abstimmung Nr. 017

2019.SR.000258: Fristverlängerung

Annahme

Ja	55
Nein	4
Enthalten	4

Präsident: Ihr habt dieser Fristverlängerung zugestimmt.

2023.SR.0123

15 Postulat Fraktion GB/JA (Katharina Gallizzi / Franziska Geiser / Mirjam Arn, GB): Denkmalschutz und energetisch nachhaltigen Sanierungsbedarf in Einklang bringen

Präsident: Wir kommen zu Traktandum 4. Auch das ist eine Fristverlängerung. Es geht um das Postulat der Fraktion GB/JA!: „Denkmalschutz und energetisch nachhaltigen Sanierungsbedarf in Einklang bringen. Auch hier wurde die Fristverlängerung in der Kommission bestritten. Ich erteile das Wort für die vorberatende Kommission, SBK, an Anna Leissing. Die Einreichenden können sich auch anmelden, falls sie das Votum wünschen.

Anna Leissing (GB) für die Kommission: Die SBK hat am 5. Mai dieses Jahres über die Fristverlängerung für das vorliegende Postulat der GB/JA!-Fraktion diskutiert. Das Postulat wurde im Mai 2023 eingereicht und im Februar 2024 im Stadtrat für erheblich erklärt. Das Postulat ist auf folgender Ausgangslage entstanden. Erstens macht der Bereich Wärme in der Stadt Bern mehr als die Hälfte aller Emissionen aus. Zweitens sind in der Stadt Bern rund 80% der Gebäude vor 1970 gebaut worden und das bedeutet, dass viele davon grundsätzlich sanierungsbedürftig sind und zudem mit fossilen Heizungssystemen ausgestattet und schlecht isoliert eine sehr schlechte Energiebilanz aufweisen. Bei dieser Ausgangslage ist es wichtig, dass Sanierungen unbedingt auch aus energetischer Perspektive angegangen werden. Es braucht Investitionen in den Ersatz der fossilen Heizungen sowie energetische Sanierung der Gebäudehüllen, um die Emissionen im Bereich Wärme auf 0,5 Tonnen pro Kopf und Jahr zu senken, wie es der Absenkpfad im Klimareglement vorsieht. Das Tempo, das dafür notwendig ist, wird durch mehrere Faktoren wie zum Beispiel Finanzierung oder auch Fachkräftemangel gebremst. Doch das sind nicht die einzigen Hindernisse. Wie im vorliegenden Postulat aufgezeigt wird, ist auch der Denkmal- und Ortsbildschutz bei mehr als der Hälfte der Gebäude in der Stadt Bern ein Thema. Während für schützens- und erhaltenswerte

Gebäude, die zu einer Baugruppe gehören, kantonale Vorgaben gelten, liegen die Kompetenzen im Umgang mit sogenannten Strukturgruppen bei der Stadt, namentlich der Stadtbildkommission. Dabei ist vorgesehen, dass Gebäude in einer Strukturgruppe ein einheitliches Erscheinungsbild haben. Das Problem, das bei Gebäuden in eine Strukturgruppe hinzukommt, ist, dass oft eine Vielzahl von Eigentümer*innen besteht. Das macht energetische Sanierungen von Fassaden bei verschiedenen Eigentümer*innen sehr schwierig, denn alle müssen sich einig sein und mehr oder weniger dieselben Eingriffe zum selben Zeitpunkt vornehmen. In 5 Punkten fordert das vorliegende Postulat dem Gemeinderat deshalb auch zu prüfen, wie diese Hürden für energetische Sanierung in diesem Kontext gesenkt werden können. Der Gemeinderat anerkennt in der Antwort die Relevanz der Fragen, die das Postulat aufwirft. Er geht auch auf die Komplexität dieser Prozesse und die Vielzahl involvierter AkteurInnen ein und er verweist auf die anstehende Bauordnungsrevision, die unter anderem Lösungsvorschläge für die baurechtliche Definition von Bau- und Strukturgruppen vorsieht. Zudem gilt es aus Sicht des Gemeinderats, Zuständigkeiten und Prozesse zu gestalten, die Qualitätssicherung sicherzustellen, die Ausrichtung der Stadtbildkommission zu prüfen und die Beratungsangebote mit Blick auf Sanierungen weiterzuentwickeln. Zudem sollen Synergien mit der BGO-Revision (baurechtliche Grundordnung) genutzt werden. All diese Prozesse brauchen selbstverständlich Zeit. Der Gemeinderat hat deshalb eine Fristverlängerung bis Ende Dezember 2026 beantragt. Aus Sicht der SBK war die Antwort des Gemeinderates jedoch nur mässig befriedigend. Die SBK anerkennt zwar, dass die Fragen komplex sind und dass verschiedene Akteurinnen in die Prüfung einbezogen werden müssen, doch genau deshalb wurde das vorliegende Postulat ja eingereicht, damit man die Prüfung an die Hand nimmt. Damit dies möglichst bald geschieht, beantragt die SBK eine Verkürzung der Frist auf Mai 2026. Dabei haben 8 Mitglieder der SBK für die Verkürzung der Frist und 3 Mitglieder für die vom Gemeinderat vorgeschlagene Frist gestimmt. Überzeugt hat die Mehrheit der Kommission vor allem die 2 folgenden Überlegungen. Erstens: Sanierungen von Gebäuden in Bau- und Strukturgruppen sind tatsächlich stark eingeschränkt, weil die Koordination zwischen all den Eigentümer*innen vielerorts ein Ding der Unmöglichkeit ist. So verliert die Stadt wichtiges Momentum, denn wenn einige motivierte Eigentümer*innen frustriert von ihrem Vorhaben absehen, einfach weil sie nebst den finanziellen Investitionen auch noch enorm viel Zeit und Energie in die Koordination mit anderen Eigentümern investieren müssen, dann hat die Stadt hier eine Chance verpasst und den Hebel der energetischen Sanierungen, den sie hat, bei den Strukturgruppen zu wenig genutzt. Und zweitens, hält die SBK auch die erwähnte Synergie mit der BGO-Revision für sinnvoll. Doch genau deshalb ist es entscheidend, dass die Fragen, die dieses Postulat aufwirft, so bald wie möglich geprüft werden, damit die Erkenntnisse aus dieser Prüfung in die BGO-Revision einfließen können. In diesem Sinn empfiehlt euch die Kommission eine Fristverlängerung bis Mai 2026, dann sind seit Einreichung des Postulats 3 Jahre vergangen, die für die Beantwortung und Prüfung der Fragen ausreichen sollten. Vielen Dank.

Präsident: Merci, die Einreichenden haben sich nicht angemeldet. Ihr verzichtet auf ein Votum. Gibt es hier Fraktionsvoten? Dominik Fitze für die Fraktion SP/JUSO.

Dominik Fitze (SP) für die Fraktion: Sorry, wenn ich euch jetzt noch mit einem längeren Votum stören muss, aber mir wurde gesagt, mein T-Shirt sei hypnotisch, falls ihr einschläft, hilft das vielleicht. Ja, also ich möchte hier kurz zwei Dinge ansprechen. Erstens einmal würde ich sehr gerne darüber sprechen, wieso das überhaupt so lange dauert und danach noch etwas zu den Zielen, die hier verfolgt werden. Vielleicht zuerst zu den

Zielen. Eigentlich haben wir ja hier einfach einen klassischen Zielkonflikt und ich sage das deshalb, weil es gleich bei der Zeit auch noch relevant wird, wir haben den Zielkonflikt zwischen energetischen Sanierungen einerseits und dem Denkmalschutz und Ortsbild und eben diesen Strukturgruppen andererseits. Das Ding ist einfach, hier haben wir eigentlich sehr breiten politischen Konsens, welche Priorität wir hier in der Klimakrise setzen wollen. 90% des Stadtrats hat nämlich hier diesem Postulat am Ende zugestimmt. Umso unverständlicher ist es für mich, dass dann eben diese Überlegungen hier bis jetzt in dieser Zeit noch nicht weitergeführt wurden und die Stadt das seit Jahren prüft. Auch deshalb, weil wir ja in anderen Bereichen zum Beispiel schon das Primat von Photovoltaikanlagen in der Interessensabwägung auch schon in einigen Reglementen festgelegt haben. Nur zurzeit eben, ich glaube, es ist ziemlich frustrierend für alle, dass man hier einfach nicht vorankommt, und ich möchte das vielleicht noch einmal kurz ausdeutschen. Also der alte Gemeinderat hatte 2 Jahre Zeit, seit der Einreichung des Postulats und der sehr absehbaren Annahme, dieses Thema zu bearbeiten. Er hat dann im November 2023 selbst die Erheblicherklärung des Postulats beantragt. Der Stadtrat hat zu 90% Ja gesagt, im Übrigen zusammen mit einer Diskussion eines Postulats, ich glaube von Timo, dass die sehr spannende Frage aufwirft, ob wir nicht irgendwann in einem Freilichtmuseum leben, wenn das so weitergeht. Und wenn ich das so sagen darf, geht es hier ja inhaltlich auch genau darum, werden denn die Fassaden energetisch saniert oder werden wir sie im Sinne eines Ballen-Berns beibehalten?

Dann hat der Gemeinderat offensichtlich ein Jahr benötigt, um uns zu sagen, dass vertiefte Abklärungen nötig sind. Ja, das ist natürlich schon gut, dass im Antrag des Gemeinderates zu dieser Fristverlängerung detailliert aufgeführt wird, welche Stellen jetzt einbezogen werden müssen und darüber sprechen müssen. Jetzt sind aber auch schon wieder 4 Monate vergangen, seit der Antrag auf Fristverlängerung gestellt wurde, im Übrigen unter neuer Führung des Departements. Ich hoffe, das wurde dann auch genutzt. Wie gesagt, glaube ich, eilt es auch ein wenig langsam mit diesen energetischen Sanierungen, siehe auch die Hitze, die wir gerade haben, aufgrund des Klimawandels. Und irgendwann möchte ich hier dann schon einmal die Frage aufbringen, wieso Prioritäten, die breit politisch abgestützt sind, nicht mit der entsprechenden Dringlichkeit verfolgt werden. Wenn der Gemeinderat findet oder fand, dass dieses Anliegen eigentlich eine tiefere Priorität hat, dass die Gemeindeverwaltung vielleicht zu wenig Zeit hat und man deshalb andere Sachen dringlicher angeht, dann hätte man aber auch erwarten können, dass er das sagt, als man eben die Beratung des Postulats gemacht hat. Das hat er aber nicht gemacht, denn der damalige Stadtpräsident hat vor allem über Realbauweise gesprochen und uns erzählt, dass das Postulat eine wichtige Diskussion anstosse. Diese wurde aber bisher sehr offensichtlich noch nicht geführt, wäre ja dann auch in seiner Zuständigkeit noch gewesen. Okay, das war jetzt ein bisschen ein Rundumschlag auf einen bestimmten Vorstoss. Sorry, aber es fällt mir einfach, und das ist jetzt ein genereller Punkt, immer wieder auf bei ganz vielen Geschäften, dass Fristverlängerungen beantragt und dann auch gewährt wurden, weil es, wenn wir das so sagen dürfen, einfach letztlich nicht richtig priorisiert wird. Das war zum Beispiel auch beim letzten Geschäft, das wir gerade besprochen haben, der Fall.

Und irgendwann wird das dann demokratiepolitisch einerseits, aber auch für die Glaubwürdigkeit der Politik zu einem Problem, wenn wir als Stadtrat sagen, das ist eine Priorität für uns und das wird nicht umgesetzt, dann wird das zu einem Problem. Ich möchte hier auch zum Beispiel an all die Vorstösse zur Baurechtsrevision erinnern, die allesamt ziemlich weitgehend unbestritten sind, zumindest irgendwie ab dieser Grenze im Ratssaal. die letztlich dann eben auch alle 10 Jahre dauern, bis sie dann erfüllt sind

und hoffentlich ist es dann noch nicht zu spät. Es gäbe aber auch noch andere Beispiele, wir hatten letztens mal über die Beleuchtung der Marzili-Treppe gesprochen, die eigentlich ein viel kleinerer Wurf ist und trotzdem musste er verlängert werden und irgendwo müssen wir das einfach mal ansprechen. Und es tut mir leid, dass ihr zwei jetzt noch dasitzt oder dass nur noch du da sitzt, Marieke, eigentlich hätten es die anderen 4 genauso betroffen und nicht nur dich. Ich hoffe, du kannst ihnen dann den Protokollauszug oder von mir aus auch das Audio-Protokoll als Podcast zukommen lassen. Das hat jetzt nämlich auch schon ein wenig gedauert. Summa summarum folgen wir deshalb der SBK mit der kürzeren Fristverlängerung und hoffen, dass jetzt die PRD das Geschäft unter der neuen Führung mit der richtigen Priorität behandelt. Danke.

Präsident: Vielen Dank. Gibt es noch weitere Voten? Das ist nicht der Fall. Dann hat das Wort für den Gemeinderat, Marieke Kruit.

Marieke Kruit, Stadtpräsidentin: Es ist nicht ganz so einfach, wie es zum Teil jetzt dargestellt wurde. Das Postulat umfasst sowohl rechtliche wie auch baukulturelle Themen, die vor dem Hintergrund sich weiterentwickelnder Methoden zur Bemessung nachhaltigen Bauens beantwortet werden müssen. Die Fragestellungen betreffen da nebst der städtischen Denkmalpflege directionsübergreifend verschiedene Amts- und Dienststellen, darunter das Stadtplanungsamt, das Amt für Umweltschutz oder das Bauinspektorat. Im Rahmen der Energie- und Klimastrategie wurden Aufgaben definiert, die einen direkten Zusammenhang mit dem Planen und Bauen in der Stadt Bern aufweisen und verschiedene Amtsstellen betreffen, darunter eben auch die Denkmalpflege. Resultate liegen dazu leider noch keine vor. Im Rahmen des UNESCO-Managementplans werden im Austausch eben auch wieder mit dem Amt für Umweltschutz der Stadt Bern und dem Amt für Umweltschutz des Kantons Bern zurzeit Praxisblätter zu baulichen Themen erarbeitet. Das ist auch sehr wichtig und wird dann auch Klarheit schaffen. Bezüglich des Umgangs mit Bau- und Strukturgruppen muss die Beantwortung des Postulats insbesondere eben auch auf den Erkenntnissen aufbauen, die zurzeit im Rahmen der BGO-Revision gewonnen werden. Und weiter muss sie konsolidierte Überlegungen zur Ausrichtung der Stadtbildkommission beinhalten, denn wir müssen dann auch bewilligungsfähige Projekte haben. Ja, Fazit, diverse Projekte und Vorhaben, die für das Verfassen eines konsolidierten Prüfberichts von Relevanz sind, müssen zuerst abgeschlossen werden oder mindestens einen belastbaren Zwischenstand erreichen. Aus diesen Gründen beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat vorliegende eine Fristerstreckung bis Ende 2026 und nicht, weil nichts geschehen ist.

Präsident: Vielen Dank, wir kommen somit zur Abstimmung. Wir haben 2 Anträge: Antrag Gemeinderat Grün, Fristverlängerung bis Ende Dezember 2026. Antrag SBK Rot, Fristverlängerung bis 31. Mai 2026. Wenn ihr dem Antrag Gemeinderat die Mehrheit geben wollt, stimmt ihr Grün, sonst stimmt ihr Rot, das heisst Antrag SBK.

Antrag

Antrag 1 Gemeinderat

Fristverlängerung bis Ende Dezember 2026.

vs.

Antrag 1 SBK

Die Frist zur Vorlage des Prüfungsberichts wird bis 31. Mai 2026 verlängert.

Abstimmung Nr. 018

2023.SR.0123: Antrag 1 vs. 1 SBK

Antrag 1 obsiegt

Ja	19
Nein	45
Enthalten	5

Präsident: Wir haben dem Antrag SBK den Vorzug gegeben. Wir stimmen somit noch über diesen Antrag SBK ab. Wenn ihr die Frist bis 31. Mai 2026 verlängern wollt, stimmt ihr Grün, sonst Rot.

Abstimmung Nr. 019

2023.SR.0123: Antrag 1 SBK

Annahme

Ja	65
Nein	0
Enthalten	4

Präsident: Ihr habt dieser Fristverlängerung zugestimmt. Wir sind am Ende der heutigen Sitzung. Ich danke euch für das gute Mitarbeiten. Eine kleine Erinnerung, es gibt noch, glaube ich, 10 Personen, die sich noch nicht für den Ausflug an- oder abgemeldet haben. Die Frist dort ist bis Montag. Wer bis dann nicht reagiert hat, gilt als abgemeldet. Ich erlaube mir aber noch einmal den Hinweis, ihr macht wirklich den Leuten, die das Ganze organisieren, einen riesigen Gefallen, wenn ihr es ausfüllt. Es dauert zweieinhalb Minuten, dieses Formular auszufüllen. Und dann noch ein zweiter Hinweis: Ich wurde jetzt mehrmals darauf angesprochen, ja, am 26. Juni beginnen wir um 13.30 Uhr. Das ist eigentlich Usus. Die letzte Sitzung im Juni ist standardmässig die Dreifachsitzung, bei der wir um 13.30 Uhr beginnen. Und die letzte Mitteilung: Am Freitag, 27. Juni wird der FC Stadtrat auch in diesem Jahr wieder am Coronation Cup der britischen Botschaft mitspielen. Einige von euch sind im WhatsApp-Chat des FC Stadtrats. Wenn irgendeine Person von euch Lust hat, mal mitzuspielen, meldet euch bei mir, dann seid ihr ein Teil davon. Das ist immer eine lustige Sache und somit seid ihr definitiv am Ende. Merci vielmals und Prost.

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:

Traktandum: 16 | 2024.SR.0312

Motion Natalie Bertsch (GLP), Maurice Lindgren (GLP): Mehr Vielfalt im Monbijou-park

Traktandum: 17 | 2024.SR.0289

Motion Maurice Lindgren/Janina Aeberhard (GLP)/Bettina Jans-Troxler (EVP): Jede Stimme zählt: faireres Wahlverfahren für die Stadt Bern

Traktandum: 18 | 2024.SR.0014

Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GB/JA, GFL/EVP, AL/PdA (Bernadette Häfliger, SP/Lea Bill, GB/Francesca Chukwunyere, GFL/Raffael Joggi, AL): Bewilligungspflicht für private Kameraüberwachung im öffentlichen Raum

Traktandum: 19 | 2024.SR.0015

Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Bernhard Hess/Thomas Glauser): Auf öffentlich zugänglichen Plätzen, den die Stadt für öffentlich zugängliche Veranstaltungen zur Verfügung stellt (Bsp. «Sternenmärit»), muss weiterhin das Zahlen mit Bargeld möglich sein

Traktandum: 20 | 2020.SR.000328

Motion Fraktion GB/JA! (Eva Krattiger/Seraina Patzen, JA!) - übernommen durch Lea Bill (GB): Klare Leitlinien für Polizeieinsätze an Kundgebungen

Traktandum: 21 | 2021.SR.000129

Postulat Fraktion GB/JA! (Eva Krattiger, JA!/Katharina Gallizzi, GB): Klimabudget nach dem Vorbild von Oslo auch für Bern

Traktandum: 22 | 2024.SR.0209

Motion Fraktion SP/JUSO (Chandru Somasundaram, SP/Paula Zysset, JUSO): Finanzielle Hürden bei Einbürgerungen senken

Traktandum: 23 | 2024.SR.0300

Motion Fraktion SP/JUSO (Chandru Somasundaram, SP/Johannes Wartenweiler, SP//Halua Pinto de Magalhães, SP/Ingrid Kissling-Näf, SP): Ausbau der Solarenergie in der Stadt Bern jetzt; Annahme als Richtlinie

Eingereichte Vorstösse

Anlässlich der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

<https://stadtrat.bern.ch/de/aktuelles/meldungen/Vorstoesse-und-GRSR-Revisio-nen/8974932855.php>

2025.SR.0182 | Postulat | Eingereicht

Postulat: Nach Nein zur Variante Bundesgasse-Kochergasse: Die Stadt soll die Optimierung des ÖV-Netzes im Stadtzentrum unabhängig überprüfen

2025.SR.0183 | Postulat | Eingereicht

Postulat: 2. Tramachse Innenstadt: Laufende Arbeiten der Regionalkonferenz Bern-Mittelland nach eindeutiger Mitwirkung sofort abbrechen

2025.SR.0184 | Postulat | Eingereicht

Postulat: Reduktion der Hallengebühren für Breitensportvereine mit Nachwuchsförderung

2025.SR.0185 | Postulat | Eingereicht

Postulat: Fraktion SP/JUSO: Eine dynamische Fussgängerzone Bümpliz - für soziale Vernetzung und urbane Lebensqualität

2025.SR.0189 | Postulat | Eingereicht

Postulat: Fraktion GB/JA!: Den 14. Juni der feministischen Bewegung sichern – bis die Gleichberechtigung Realität ist

2025.SR.0175 | Dringliche Motion | Eingereicht

Dringliche Motion: Eingliederung Kitas Stadt Bern in die Kernverwaltung

2025.SR.0179 | Motion | Eingereicht

Motion: Fraktion GLP/EVP: Städtische Fachberichte und Lärmschutzgutachten im Gastgewerbeverfahren ermöglichen

2025.SR.0186 | Motion | Eingereicht

Motion: BernMobil muss einen sicheren Winterbetrieb gewährleisten! Wenn dies im Calacantal gut klappt, darf es nicht mehr vorkommen, dass ganze Stadtteile bei uns während Tagen im Winter nicht mehr mit dem ÖV erreichbar sind.

2025.SR.0187 | Motion | Eingereicht

Motion: Der ÖV muss versuchen, auch während Demos und Veranstaltungen zumindest einen Notbetrieb auf einem allenfalls reduzierten Netz zu gewährleisten! Die Stadt Bern muss sich im Rahmen der Eignerstrategie aber auch in den zuständigen Gremien und bei den Transportunternehmungen des öffentlichen Verkehrs dafür einsetzen, dass die wichtigen ÖV Destinationen weiterhin auf geeignete Art irgendwie erreichbar sind. Eventualplanungen sicherstellen

2025.SR.0188 | Motion | Eingereicht

Motion: Mehr Sicherheit! Es braucht angesichts der erhöhten sicherheitspolitischen Herausforderungen mehr sichtbare Polizeipräsenz in der Stadt Bern! Die Zusatzvereinbarung mit der KAPO betr. polizeilicher Leistungen ist auf den Stand vor FIT II zurückzuführen!

2025.SR.0192 | Motion | Eingereicht

Motion: Fraktion GB/JA!: Pride statt Patriotismus

2025.SR.0176 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Abbau von Bernmobil Billettautomaten

2025.SR.0177 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Fraktion GB/JA!: Warum ist der Polizeieinsatz gegen die Palästina-Demo eskaliert? Welche Konsequenzen zieht der Gemeinderat daraus?

2025.SR.0178 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Fraktion GB/JA!: Warum ist der Polizeieinsatz gegen die Palästina-Demo eskaliert? Welche Konsequenzen zieht die Kantonspolizei daraus?

2025.SR.0180 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Längere Grünphase für Fussgängerinnen und Fussgänger beim Bollwerk

2025.SR.0181 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Beflaggung von öffentlichen Gebäuden mit linken Symbolen

2025.SR.0190 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Unbewilligte Demonstration vom 24.5.2025

2025.SR.0193 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Schulwegsicherheit Provisorium VS Kirchenfeld: Was gilt jetzt betr. E-Bikes? Müssen sämtliche E-Bikes auf der Mobijoubrücke fahren, wie diese den Eltern mit Schreiben der Co-Schulleitung vom 2.6.2025 zugesichert wurde oder gilt die Antwort des Gemeinderates, dass nur E-Bikes mit gelben Kontrollschildern die Busspur benutzen müssen?

2025.SR.0174 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Fraktion GB/JA!: Resultate Pilotprojekt mobiler Beleuchtungsanlagen auf Rasensportfeldern

2025.SR.0191 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Polizeigewalt an Palästina-Demo

Schluss der Sitzung: 22.30 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

02.09.2025

X 

Signiert von: THOMAS CHRISTIAN BERGER

für das Protokoll

03.09.2025

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Redaktion: Clara Rüsi